

## Systemische Markttheorie – Eine Neuinterpretation der Keynesischen Theorie

Hermann Meemken Berlin

### 1 Unfreiwillige Arbeitslosigkeit – ein Problem der konjunkturellen, strukturellen und generationenübergreifenden politischen Stabilisierung von Marktwirtschaften

Fünfundsiebzig Jahre nach dem Erscheinen der Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes (GT) sind die theoretischen und praktischen Probleme zur Bewältigung der *unfreiwilligen* Arbeitslosigkeit mit denen der Entstehungszeit dieser damals bahnbrechenden Makrotheorie vergleichbar. Die unfreiwillige Arbeitslosigkeit ist zwar auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten, sie ist aber nicht über den Lohn-Preis-Mechanismus zu bewältigen, sondern nur aus einer Makro-Perspektive heraus zu analysieren und auf politischem Wege zu überwinden. Der Keynesischen Botschaft folgend kann sich eine Volkswirtschaft praktisch am eigenen Schopf aus dem Sumpf einer sich träge dahinschleppenden Unterbeschäftigungssituation befreien, sofern sie sich dabei auf dem sicheren Fundament einer dem Problem angemessenen Theorie befindet. Die alte Vorstellung, nach der ein sparsamer Hausvater zunächst sparen muss, um anschließend investieren zu können, schien durch die in der neuen Makroperspektive veranschaulichte *Gleichzeitigkeit* von Investition und Finanzierung ein für allemal überwunden. Sparen und Investieren werden in der GT nicht mehr über den Zins geregelt, sondern das für die Investitionen erforderliche Finanzierungs- oder Sparvolumen wird im Gleichschritt mit dem wie auch immer in Szene zu setzenden Investitionsprozess aus einem simultan steigenden Einkommen erzeugt, welches wiederum über den Multiplikatorprozess durch ebendiese Investitionen initiiert wird. Der Zins regelt dieser neuen Sichtweise zufolge die Allokation, nicht aber die Akkumulation des Vermögens. Durch eine konsequente, neuartige Verknüpfung von Mikro- und Makroebene werden sämtliche Entscheidungen innerhalb der Lohnperiode auf der Basis von Gewinnerwartungen getroffen, sogenannte „intertemporale“ Alternativentscheidungen wirken in einer monetär organisierten Wirtschaft deplatziert. Eine richtig inszenierte, auf die aktuelle Situation ausgerichtete Investitionspolitik finanziert sich über steigende Einkommen quasi aus sich selbst heraus, wobei sie aus den Kreislaufbeziehungen der Lohnperiode heraus nachhaltig stimulierende Impulse an sämtliche Wirtschaftszweige aussendet. In den drei Nachkriegsdekaden hat die auf diesem schlichten Ausgaben-Einnahmen-Schema aufbauende Beschäftigungspolitik große Erfolge erzielt, sie bescherte breiten Bevölkerungsschichten Wachstum und Wohlstand.

Zu Beginn der siebziger Jahre, d. h. in der Hochphase keynesianischer Wirtschaftspolitik zeigten sich neue Phänomene am Horizont, deren Deutung im Rahmen einer *allgemeinen* Theorie der Beschäftigung unvollständig blieb: aus Verteilungskämpfen heraus entwickelte sich eine hartnäckige Inflation, völlig neue Erfahrungen brachten zudem Energie- und Umweltprobleme, mit der Kündigung des Bretton-Woods-Abkommens traten neue außenwirtschaftliche Konflikte zutage und eine sich offenbar *strukturell* entwickelnde, neue Art der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit ging mit einer schleichend zunehmenden Staatsverschuldung einher. Auf diese neuen Herausforderungen an Theorie und Praxis wurden von den Keynesianern keine neuen Fragen entwickelt und entsprechend auch keine neuen Antworten gesucht. Die goldenen Jahre des Keynesianismus schienen gezählt, in den Journalen wurden seitdem die alten, längst als beendet geglaubten Schlachten gegen die Monetaristen in immer neuen Varianten bekannter Argumente ausgetragen. Das Einnahmen-Ausgabenmodell war den großen Herausforderungen einer sich zunehmend lokal, regional und global unentwegt weiter ausdifferenzierenden Arbeitsteilung nicht mehr gewachsen. Die Mehrheit der Ökonomen sowie der Praktiker wandte sich nach und nach wieder den vor dem Erscheinen der GT vorherrschenden Denkstrukturen einer

Realtauschökonomie, der Quantitätstheorie des Geldes und einer Politik der „ruhigen Hand“ zu. Der „sparsame Hausvater“ betrat in dem neuen Gewand „rationaler Reallohnernwartungen“ und einer „natürlichen“ Arbeitslosenrate die Bühne. Das breite Publikum wandte sich von den sich wiederholenden Auseinandersetzungen ab und hoffte, auch ohne Theorie durch schwieriger werdende Zeiten zu kommen. Die Bankenkrise des Jahres 2008 hat zwar schlagartig eine Rückbesinnung auf die traditionelle Keynesche Stabilisierungspolitik ausgelöst, auf der Ebene der *Theorie* verhallte der sich um den Globus wälzende Finanz-Tsunami jedoch nahezu ohne Resonanz. Der Beinahe-Kollaps des weltweiten Finanzsystems wurde in den Kategorien einer verfehlten Praxis (Gier, Maßlosigkeit, Unvernunft), selten als Konsequenz einer unzureichenden, gar weltfremden Theorie thematisiert.

Angesichts der höchst unbefriedigenden Entwicklungen in der Wirtschaft erscheint es naheliegend, sich den Text der GT nochmals unvoreingenommen anzuschauen. In den bisherigen Interpretationen des Keyneschen Hauptwerkes blieben nämlich die als Ideen und Kategorien vorgetragenen *Fundamente* einer neuen, monetären Wert- und Entscheidungstheorie und die daraus abzuleitende *binäre* Dynamik der Interaktion von Entscheidungsabfolgen unerkannt.<sup>1</sup> Die Beschreibung eines nachhaltigen, qualitativen Wirtschaftswachstums oder im Sinne von F. Radermacher, einer zeitgemäßen, ökosozialen Marktwirtschaft bedarf aber einer dynamischen Fundierung der Entscheidungstheorie sowie eine entsprechend deutliche Erweiterung des mit der GT einst begründeten, *allgemeinen* Standardmodells der Beschäftigung.<sup>2</sup> Mittels einer fundamentalen, in der Systemtheorie entwickelten, binären *Unterscheidungslogik* wird im folgenden Beitrag in Verbindung mit einer Offenlegung der bisher im Verborgenen gebliebenen werttheoretischen Fundamente der GT eine *dynamische Prozessperspektive* der Wirtschaftsentwicklung ausgearbeitet. Insbesondere H. Riese fordert seit langem eine fundamentale Neuorientierung in der Werttheorie ein.<sup>3</sup> Die in der GT nur skizzenhaft präsentierte Werttheorie kombiniert eine *vor*-klassische *Arbeitswerttheorie*, ein endogenes, d. h. aus Kreditbeziehungen und in Geldlohnverträgen erzeugtes *Geld* und eine die Entscheidungen strukturierende *Zeit* zu einem vollkommen neuen Dreiergespann sich wechselseitig antreibender Kräfte. Der Aufforderung im Vorwort der englischen Ausgabe der GT, die vorherrschenden *Grundlagen* der orthodoxen Lehre radikal in Frage zu stellen und die sich daraus möglicherweise ergebenden, nicht minder grundlegenden Konsequenzen für die Politik zu erforschen, folgten die Interpreten der GT - damals wie auch heute – leider nicht.<sup>4</sup> Die Keynesianer waren sich ihrer Sache damals aufgrund der praktischen Erfolge der fiskalpolitischen Nachfragesteuerung sehr sicher, sie wollten wohl nicht wahrhaben, dass die „Keynesianische Revolution“ wie J. Robinson formulierte, auf den ungeprüft übernommenen Fundamenten einer auf Realtauschvorgängen reduzierten, komparativ-statisch operierenden Mikrotheorie und einer nur oberflächlich modifizierten Quantitätstheorie des Geldes errichtet wurde. J. M. Keynes rüttelte aber in vielen Passagen unübersehbar an ebendiesen Grundfesten, seine Schüler bemühten sich hingegen um mathematische Eleganz in der Darstellung eines neuen makroökonomischen Überbaues.<sup>5</sup> Ma-

---

<sup>1</sup> GT S. VIII: „Aber unser Verfahren, das wirtschaftliche Verhalten der Gegenwart unter dem Einfluss sich ändernder Vorstellungen über die Zukunft zu analysieren, ist abhängig von dem Zusammenspiel (im Original : interaction; h. m.) von Angebot und Nachfrage und in dieser Weise mit unserer grundlegenden Werttheorie verbunden.“

<sup>2</sup> F. Radermacher (2002)

<sup>3</sup> H. Riese (2001) S. 19-20: „Keynes lieferte keine Beschäftigungstheorie, die Abweichungen vom Zustand der Vollbeschäftigung zulässt, sondern eine Geldtheorie, die eine zinstheoretische Erklärung von Unterbeschäftigung erlaubt.“

<sup>4</sup> GT S. VII: Denn wenn die orthodoxe Wirtschaftslehre auf der falschen Fährte ist, so liegt der Fehler nicht im Überbau, der mit großer Sorge für logische Geschlossenheit errichtet worden ist, sondern in einem Mangel an Klarheit und an allgemeiner Gültigkeit in den Voraussetzungen.“

<sup>5</sup> GT S. 251: „Es ist ein großer Fehler der symbolischen pseudomathematischen Methoden, die ein System wirtschaftlicher Analyse formalisieren, in der Art, ...dass sie ausdrücklich strenge Unabhängigkeit zwischen den

thematik vermag es zwar, die Grundannahmen eines Modells durch logisches Denken in seinen Konsequenzen zu veranschaulichen, sie vermag aber nicht, das Durchdenken dieser Denk-Voraussetzungen an sich zu ersetzen. Die in einem Briefwechsel mit G. B. Shaw von J. M. Keynes angekündigte Revolution im Denken über ökonomische Zusammenhänge scheint im Licht der aktuellen theoretischen und praktischen Debatten gescheitert.<sup>6</sup>

Nur ein an den Wurzeln ansetzendes, *unterscheidungslogisches* Überdenken der immer noch in den Lehrbüchern vorherrschenden Grundfesten der Neoklassik (mikrotheoretisch begründetes, statisches Realtauschgleichgewicht bei exogenem Geldangebot) führt zu einem erweiterten Verständnis der in der GT vorgetragenen Ideen. Es ist an der Zeit, die den aktuellen makroökonomischen Problemen nicht angemessenen Fundamente der traditionellen Realtauschtheorie unterscheidungslogisch offenzulegen und die GT von in einzelnen Kapiteln verstreut skizzierten, *radikal andersartigen Grundannahmen* ausgehend neu zu interpretieren und problemorientiert weiter zu entwickeln. Das Phänomen der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit, so lautet eine Kernthese des folgenden Beitrages, ist nach wie vor in einer geschlossenen Volkswirtschaft zunächst als ein konjunkturelles, aber auch als ein damit eng verbundenes, aus dem strukturellen Wandel heraus sich entwickelndes Phänomen aufzufassen, welches mit einer auf radikal neuen Bemessungsprinzipien zu errichtenden Finanzierung der Fiskalpolitik zu stabilisieren ist. Unfreiwillige Arbeitslosigkeit, so lässt sich aus heutiger Sicht hinzufügen, hat aber mittlerweile eine weitere, generationenübergreifende Dimension, die nur mittels einer zu neuen Horizonten führenden Steuerpolitik zu bekämpfen ist. Die nachhaltige Allokation der natürlichen Ressourcen, die Distribution des Einkommens zwischen Erwerbsbevölkerung und junger Generation und die Stabilisierung der Gesamtinvestitionen können in hochentwickelten Volkswirtschaften nur im Rahmen einer großen, von der Politik zu initiierten Steuerreform als zusätzlich zu berücksichtigende *Zukunftsdimension* der für die aktuelle Lohnperiode ausgerichteten Beschäftigungspolitik integriert werden. Eine in den Fundamenten neu errichtete Makrotheorie liefert dazu die notwendigen Argumente und bringt der Politik die in den vergangenen Jahrzehnten verloren gegangene Handlungsfähigkeit zurück. Um also den vollen Umfang der heutigen unfreiwilligen Arbeitslosigkeit zu erfassen, muss das keynesianische Standardmodell auf ein in der GT und einigen Vorarbeiten angedeutetes wert- und entscheidungstheoretisches Fundament gestellt werden, um es anschließend zeitgemäß zu erweitern.

Die Entscheidungsgrundlage der Theorie soll nicht länger vom zeitgleichen Austausch realer Güter und zwei im Prinzip vollständig voneinander getrennt wirkenden Akteuren geprägt sein. Der im Pareto-Kriterium verankerte, komparativ-statische Zwei-Personen-Gleichgewichtstausch wird durch ein dynamisches *Dreier-Ensemble* aus miteinander kommunizierenden Produzenten und Konsumenten sowie einem den jeweiligen Entscheidungshorizont überblickenden Beobachter ersetzt. Diese dritte, stabilisierende Kraft wirkt auf das dynamisch-dialogische Wechselspiel auf dem Basismarkt, d. h. den Arbeits- und Warenmärkten mittels Handelsgeld, Investitionskredit, Eigenkapital und schließlich mittels politisch initiierten Steuerungen unterstützend ein und überbrückt dabei den jeweils unterschiedlich weiten Erwartungshorizont der beiden an der Basis im Rahmen der Lohnperiode wirkenden Entscheidungsgruppen. Sämtliche Entscheidungen werden in einer konsequent dynamischen Sichtweise einer Lohnperiode im Hinblick auf eine *ungewisse* Zukunft als Erwartungshandeln formuliert, welches auf ein komplementäres, zeitlich nachfolgendes Erwartungshandeln der auf der jeweils gegenüberstehenden Marktseite handelnden Akteure innerhalb der Periode zwingend angewiesen ist. Diese unmittel-

---

bezüglichen Faktoren voraussetzen und alle ihre zwingende Gewalt verlieren, wenn diese Hypothese ausgeschlossen wird.“

<sup>6</sup> The General Theory and After; Part I Preparation S. 492:“To understand my state of mind, however, you have to know that I believe myself to be writing a book on economic theory which will largely revolutionize ....the way, the world thinks about economic problems.”

telbare Interaktion der beiden in ihren Interessen einander diametral gegenüberstehenden Marktparteien wird jedoch jeweils von einer die Weite des Entscheidungshorizontes der beiden unmittelbar wirkenden Akteure vollständig überblickenden Institution in monetärer Hinsicht vervollständigt und auf diese Weise entscheidend stabilisiert.

Geldlohnverträge, die nur im Wechselspiel mit jeweils komplementären Kaufverträgen zu betrachten sind, schaffen im Vertragsschluss ein *simultan* mit dem Arbeitsprozess entstehendes, virtuell geschaffenes, endogenes Geld, welches den für die Organisation einer komplexen Arbeitsteilung notwendigen Austauschprozess zwischen Produzenten und Konsumenten in Szene setzt. Geld entsteht in Nominalwertverträgen in einer neuen, höheren *Gleichzeitigkeit* simultan mit von Unternehmen in Bewegung gesetzten Arbeitsstunden als Ergebnis von Verpflichtungen, mit denen Haftung und Verantwortlichkeiten der komplexen Arbeitsteilung fixiert werden. Indem diese individuell oder unternehmensbezogen übernommenen Verpflichtungen innerhalb der betrachteten Periode durch Rückkopplungen mit der gegenüberliegenden Marktseite erfüllt werden, entwickelt sich ein sich selbst steuernder, d. h. sich unentwegt öffnender und schließender Kommunikationsprozess. Dabei wird die anonym wirkende, analog operierende „invisible hand“ der komparativ-statischen Markttheorie in eine virtuelle, in Verträgen von den Akteuren geschaffene, dialogisch und in Frequenzen operierende Geldvermögensenergie transformiert, mit der die sich unentwegt weiter ausdifferenzierende Arbeitsteilung zwischen unabhängigen Produzenten und Konsumenten auf dem Markt durch sich selbst regulierende Frequenz- oder Preisanpassungen (€/h) kommuniziert wird.

Von einer mit den Begriffen Arbeit, Geld und Zeit völlig neu zu formulierenden Mikroebene von unabhängigen, sich im Wettbewerb befindenden Produzenten ausgehend wird bereits im ersten Analyseschritt jeweils eine *beobachtende*, die Selbststeuerung erst ermöglichende *Makroebene* hinzugezogen, um so die Kommunikation der Produzenten mit den Konsumenten in einem Zwei-Phasen-Wechselstrom-Modell als Ergebnis des Zusammenspiels dieser drei Akteure darzustellen. Bereits diese relativ kurze Zeitspanne zwischen der Produktion und dem Verbrauch der für die unmittelbare Reproduktion der Bevölkerung notwendigen Konsumgüter sowie der für die Reproduktion der dabei eingesetzten Maschinen notwendigen Gebrauchskosten wird durch die von außen durch die Banken kontrollierte Interaktion zwischen Produzenten und Konsumenten mittels Geldlohn- und Kaufverträgen im Rahmen allgemein vereinbarter Zeitstrukturen kommuniziert. Sämtliche Entscheidungen lassen sich einerseits auf vereinbarte Arbeitsstunden und Stundenlöhne zurückführen, die in Relation zu einer von außen vorgegebenen Zeitstruktur innerhalb der Lohnperiode analysiert werden. Dabei überbrücken von einer ersten, d. h. der untersten Makroebene aus zunächst die beobachtenden Banken in diesem Dreier-Ensemble auf den Arbeits- und Warenmärkten mit herauszugebenden und wiedereinzuziehenden Handelswechselln im Rahmen einer ersten *Fremdreferenz* die Zeitspanne zwischen Produktion und Reproduktion von Arbeitsstunden.

Die für die quantitative und qualitative Verbesserung der Produktion notwendigen Investitionen werden dann wiederum auf einer zweiten, höheren Beobachter- oder Makroebene auf dem Vermögensmarkt durch die Interaktion von Investitionsbanken und Vermögensverwaltern organisiert. Indem Eigentum und Lenkung (Besitz) der Unternehmen rechtlich voneinander getrennt werden und damit das Nachfolgeproblem der Unternehmensleitung auf höherer Ebene gelöst wird, können die Eigentumsanteile (Aktien) der Unternehmen auf diesem speziell entwickelten Markt zu jeder Zeit gehandelt werden; der Erwartungshorizont der einzelnen Vermögensmarktakteure reduziert sich durch diese neue Institution auf die unmittelbare Gegenwart der Lohnperiode, da unerwartete Entwicklungen

durch den spontanen Handel der Anteile auf dem Vermögensmarkt kompensiert werden.<sup>7</sup> Die auf dieser zweiten Makroebene agierenden Akteure versuchen aus dieser Beobachterebene heraus sämtliche aktuellen und erwarteten Investitionsentscheidungen der Unternehmen in ihrem Zusammenspiel mit zu erwartenden Konsumentenentscheidungen zu überblicken. Auch den Banken fällt es im Zusammenwirken mit der Börse leichter, sich an Investitionen mit eigenen Krediten oder verwaltetem Kapital zu beteiligen. Die bereits bestehenden und die neuen Eigentumsanteile an den verschiedenen Unternehmen werden in der systemisch regulierten Wirtschaft jeweils von denjenigen Beobachtern der Waren- und Arbeitsmärkte gehalten, die am besten informiert erscheinen und entsprechend den höchsten Überschuss in den konkret beobachteten Unternehmen erwarten. Sämtliche verfügbaren Informationen über die unmittelbaren, aber auch den in naher Zukunft allgemein erwarteten Erwartungen der Unternehmer und der Haushalte werden an der Börse durch den ständigen Handel mit dem Bestand an alten in Verbindung mit dem Kauf von neuen Aktien optimal in den Investitionsprozess eingebracht. Ein an der Börse – im Zusammenspiel mit den Banken – aus dem zyklisch, schubweise neu entstehenden Informationen sich ergebender Herdentrieb im Investitionsverhalten löst, wie zu zeigen sein wird, konjunkturelle Schwankungen der Beschäftigung aus, die wiederum auf einer darüber liegenden, jetzt politisch besetzten Beobachterebene mittels einer instrumentell zeitgemäß ausgerüsteten Fiskalpolitik stabilisiert werden können.

Diese Investitionen führen aber spätestens seit dem Ende der siebziger Jahre deutlich erkennbar dazu, dass sich in den verschiedenen Branchen die Arbeitsproduktivität systematisch *unterschiedlich* schnell entwickelt. Mit hochproduktiver Arbeit hergestellte Endverbrauchsgüter werden aufgrund der enormen *Prozessinnovationen* angesichts der damit einhergehenden *Produktinnovationen* bei nahezu stagnierendem Einkommen gegenüber arbeitsintensiven Dienstleistungen relativ preiswerter, wodurch wegen der zwischen den Branchen bestehenden Komplementarität der Waren und Dienstleistungen die Wettbewerbsfähigkeit der arbeitsintensiven Bereiche sich verschlechtert. Da der Lohn-Preismechanismus wegen des stagnierenden Einkommens, wie zu zeigen sein wird, die sich entwickelnde Schieflage der relativen Preise nicht zu bewältigen vermag, entsteht allmählich eine strukturelle Arbeitslosigkeit. Im Gefolge ergibt sich für die Finanzpolitik das Problem, die insbesondere in den arbeitsintensiven Branchen zu finanzierenden öffentlichen Aufgaben mit strukturell unpassenden Bemessungsgrundlagen der Besteuerung zu bewältigen. Eine der Entwicklung der relativen Arbeitsproduktivitäten folgende Lohnpolitik verschärft die Ungleichverteilung der Einkommen und die mit dieser Entwicklung verbundene Binnenmarktschwäche. Die hochproduktiven Branchen tragen gemessen an ihrem quantitativen *und* qualitativen Produktivitätsfortschritt und angesichts eines global veranstalteten Besteuerungswettbewerbes immer weniger zum nationalen Steueraufkommen bei, sodass schlussendlich die Politik die Steuer- und Abgabekraft der arbeitsintensiven Bereiche überfordert und daher einen immer größer werdenden Teil der öffentlichen Ausgaben nur noch durch zusätzliche Schulden finanzieren kann. Da der Zinsanteil an den öffentlichen Ausgaben zwangsläufig im Zeitverlauf steigt, wird die Entscheidungskompetenz der Politik zunehmend eingeschränkt. Die traditionelle keynesianische Stabilisierungspolitik bewegt sich seit dem Ende der siebziger Jahre wegen der sich aus der strukturellen Dynamik heraus ergebenden Verschlechterung der Steuerbemessungsgrundlagen immer tiefer in eine Entscheidungssackgasse. Auf schwachem Einnahmefundament vermag die Politik schon allein die konjunkturelle Arbeitslosigkeit nicht mehr erfolgreich zu bekämpfen, sie vermag zudem die sich aus der strukturellen Entwicklung heraus zusätzlich ergebenden binnen- und außenwirtschaftlichen Probleme nicht angemessen zu analysieren, geschweige denn, diese entschieden anzupacken.

---

<sup>7</sup> GT S. 128: "Mit der heute vorherrschenden Trennung von Eigentum und Management und der Entwicklung organisierter Investmentmärkte ist jedoch ein neuer Faktor von großer Wichtigkeit eingeführt worden, der zuweilen das Investment erleichtert, zuweilen aber auch stark zu der Unbeständigkeit des Systems beiträgt."

Schließlich beobachtet die kritische Öffentlichkeit jedoch, und das ist das völlig Neue an der folgenden Argumentation, in einem nochmals erweiterten, generationenübergreifenden Erwartungshorizont auch offensichtlich entstehende Differenzen in der *erweiterten Reproduktion der Produktionsgrundlagen*, d. h. sie überblickt einen Zeitraum, der über den individuellen Erwartungshorizont der Produzenten, Konsumenten und Börsen-Akteure und einer auch konjunkturell sowie theoretisch denkbar auch strukturell stabilisierenden Konjunkturpolitik noch deutlich hinausgeht. Mit nochmals den Horizont erweiternden Fiskaloperationen soll die Politik von einer Meta-Ebene aus Differenzen in der erweiterten Reproduktion der zwei grundlegenden Produktionsfaktoren Arbeit und Boden beobachten und dabei im Rahmen einer zusätzlich zu konzipierenden Globalsteuerung von Geldströmen die von dort ausgehenden, sich träge entwickelnden Störungen im Rahmen einer erweiterten Beschäftigungspolitik stabilisieren. Durch eine in zwei zusätzlichen Kreisläufen inszenierte Stabilisierungspolitik wird Vollbeschäftigung wieder möglich, d. h. sämtliche Potenziale der Erwerbsbevölkerung werden in bezahlte Beschäftigungsverhältnisse überführt. Die Analyse der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit ist somit in ihrer ganzen Tragweite nur in einer *Prozessperspektive* und in einem deutlich erweiterten Rahmen übereinander geschichteter, die Erwartungshorizonte erweiternden Makroebenen möglich.

Mittels einer sowohl konventionell, d. h. statisch-analogisch als auch völlig neuartig, dynamisch-dialogisch operierenden Marktkommunikation werden im folgenden Modell eine Mikro- und jeweils komplementäre Makroebenen schrittweise übereinander geschichtet und auf eine neue Art und Weise zu einer ganzheitlichen Betrachtung des Wirtschaftsprozesses verbunden. Die zunächst zu beschreibende Selbststeuerung oder *Selbstreferenz* zwischen Produzenten und Konsumenten erfordert somit zwingend als ergänzendes Stabilisierungsmoment auf den jeweils übergeordneten, für Beobachtung von Differenzen ausgelegt Makroebenen (Banken, Börse, Politik) eine den ins Auge gefassten Zeitraum überbrückende *Fremdreferenz*, die den dort aufgespannten Erwartungs- bzw. Entscheidungshorizont von den unmittelbar wirkenden Akteuren auf dem Arbeits- und Warenmarkt institutionell auf das zeit-räumlich notwendige Ausmaß erweitert und im Auftrag des Kollektivs die für den jeweils analysierten Überbrückungsprozess notwendige Geld- bzw. Kapitalversorgung verantwortet. Mikroebene und jeweils komplementäre, schrittweise hinzu zu konstruierende Makroebenen müssen unmittelbar ineinandergreifend operieren, damit die individuellen Interessen und das gleichrangig zu berücksichtigende Kontrollinteresse des Kollektivs in der aktuellen Entscheidungssituation zusammenfinden. Der zwischen Produzenten und Konsumenten schrittweise weitergehend zu überbrückende Zeithorizont wird somit nur durch die Inanspruchnahme einer jeweils übergeordneten, institutionell abzusichernden Beobachter- oder Makroebene überwunden, sodass die Mikro- und die jeweils komplementären Makroebenen sich miteinander zu einem erweiterten, allein auf unmittelbare Gegenwartsentscheidungen bezogenes Standardmodell der Beschäftigungstheorie vernetzen. Die von Anfang an monetär zu formulierende Mikroebene und verschiedene, auf sich schrittweise erweiternde Zeithorizonte bezogene Makroebenen werden dabei von Anfang an als Dreiergespann in einer dynamischen *Prozessperspektive* in wechselseitig ineinandergreifenden, dialogischen Entscheidungszusammenhängen beschrieben, die es ermöglichen, sämtliche in der Wirtschaft vorhandenen Informationen, d. h. Kognitionen und Re-Kognitionen im Hier und Jetzt systemisch vollständig zu berücksichtigen.

Sofern dabei die Banken- und Börsenentscheidungen auf dem Prinzip der persönlichen Haftung und damit Verantwortung basieren und zudem das Geldangebot der Zentralbank einer sinnvollen Regulierungssystematik folgt, so kann auch in einer sich global verändernden Umwelt die Fiskalpolitik aus ihren schrittweise übergeordneten Beobachterpositionen heraus den Marktprozess auf jeder Ebene mit einer auf das jeweilige Phänomen abgestimmten Stabilisierungspolitik erfolgreich mitgestalten, so wird zu zeigen sein. Auch die in der Gegenwart zu treffenden politischen Entscheidungen zur Stabilisierung der *erweiterten Reproduktionsgrundlagen*, d. h. der in der Zukunft vermuteten sozialen und ökologischen Probleme, werden durch ein systematisches Erzeugen oder Umlenken von

Kapital-, bzw. Geldströmen in den unmittelbaren Entscheidungsbereich von Produzenten und Konsumenten überführt. Die Politik integriert somit von der höchsten Makro-Ebene aus in einem durch kollektive Entscheidungen erweiterten, d. h. generationenübergreifenden Horizont auch die für die Reproduktion der Produktionsgrundlagen notwendigen Investitionen sowie die damit direkt zu verknüpfende Finanzierung in den aktuell wirkenden Basis-Prozess und absorbiert dabei die noch nicht in den konjunkturellen Schwankungen und strukturellen Verschiebungen enthaltenen Komponenten einer unfreiwilligen, weil auf dem Arbeits- und Warenmarkt über Löhne und Preise nicht sinnvoll zu steuernden Arbeitslosigkeit.

Im vierundzwanzigsten Kapitel der GT unterbreitet J. M. Keynes bereits grundlegende Vorschläge zur Bekämpfung des, den Konjunkturzyklus nochmals überlagernden Phänomens unfreiwilliger Arbeitslosigkeit. Neben einer gezielten, kurzfristig wirkenden Geldpolitik empfiehlt er im Rahmen einer neuen Fiskal- oder treffender – *steuernden Steuerpolitik* eine umfassende Investitionslenkung, ferner eine systematische Umverteilung von Einkommen und schließlich eine Börsenumsatzsteuer; an diese Vorschläge knüpfen die folgenden Ideen an.<sup>8</sup> Das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit wird in der GT noch nicht angesprochen, gleichwohl kann es in dem in der GT vorgeschlagenen Branchenmodell problemlos integriert und entsprechend prinzipiell steuerungstechnisch gelöst werden. Durch eine von einer politisch-ökonomisch argumentierenden Theorie ausgehend möglichst europaweit in Szene zu setzenden, *großen* Steuerreform sollen dem folgenden Vorschlag zufolge im Rahmen einer Globalsteuerung von Geldströmen die Freiräume der Produzenten und Konsumenten *erweitert*, diejenigen der Staatsbürokratie und der weltumspannenden Unternehmensimperien systematisch zurückgedrängt werden.<sup>9</sup> Indem die Ziele einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft durch eine *steuernde Steuerpolitik* verwirklicht werden, ergibt sich in Verbindung mit einer enormen Vermehrung der bezahlten Beschäftigungsverhältnisse eine Erweiterung der Entscheidungshorizonte der Produzenten und Konsumenten und für die Stabilisierungspolitik die dringend gebotene Rückgewinnung der im regionalen und globalen Strukturwandel verloren gegangenen Entscheidungskompetenz.

## 2 Die Integration von Geld und Zeit in die Motivations- und Entscheidungsgründe der Akteure

J. M. Keynes analysiert im zweiten Kapitel der GT - angesichts fehlender neuer analytischer Alternativkonzepte– die unfreiwillige Arbeitslosigkeit zunächst in den Kategorien der traditionellen Arbeitsmarkttheorie. Das ist schon methodisch äußerst problematisch, da auf einer solchen Grundlage die theoretischen Gegner ein leichtes Spiel haben, auf den alten Dogmen aufbauend eine Gegenposition aufzubauen. Dafür sind die von in den siebziger Jahren aus Chicago eingeführten Konzepte einer natürlichen Arbeitslosigkeit und rationaler Reallohn-Erwartungen ein beredtes Zeugnis. Indem J. M. Keynes gegen seine in den Vorarbeiten der GT geäußerten Absichten doch wieder auf das Konzept eines „Reallohnes“ und der Grenzzentscheidungen von Unternehmen und Haushalten zurückgreift, definiert er unfreiwillige Arbeitslosigkeit als von den Arbeitnehmern akzeptierte Differenz zwischen Grenzprodukt und Grenzleid der Arbeit.<sup>10</sup> Keynes gibt also offen zu, dass eine höhere Beschäftigung

---

<sup>8</sup> GT S. 319: „Ich denke mir daher, dass eine ziemlich umfassende gesellschaftliche Steuerung der Investitionen sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird;... Es ist nicht der Besitz der Produktionsgüter, deren Aneignung wichtig für den Staat ist. Wenn der Staat die der Vermehrung dieser Güter gewidmete Gesamtmenge der Ressourcen und die grundlegende Rate der Belohnung an ihre Besitzer bestimmen kann, wird er alles erfüllt haben, was notwendig ist.“

<sup>9</sup> GT S. 321: „Durch eine richtige Analyse des Problems sollte es aber möglich sein, die Krankheit zu heilen und gleichzeitig Leistungsfähigkeit und Freiheit zu bewahren.“

<sup>10</sup> GT S. 109: „Wenn es unfreiwillige Arbeitslosigkeit gibt, ist die marginale Nutzeneinbuße durch Arbeit notwendigerweise niedriger als der Nutzen des Grenzproduktes.“

im Rahmen der traditionellen Grenznutzenbetrachtung zu Nutzeneinbußen führt.<sup>11</sup> Diese Einbuße wäre über die Lohnperiode hinausgehend zu interpretieren und steht wegen der dabei unterstellten zusätzlichen Investitionen, so wird zu zeigen sein, mit einem höheren Nutzen in der Zukunft in Verbindung. Insofern ist es nicht überraschend, dass sich die Arbeiter einer Lohnkürzung, die mit öffentlichen oder privaten Investitionen in Verbindung stehen und die aus steigenden Preisen resultiert, nicht widersetzen. J. M. Keynes versäumt es in diesem Zusammenhang, auf das Zusammenspiel von C- und I-Sektor sowie die Möglichkeit der Innenfinanzierung von Investitionen hinzuweisen, wie zu erläutern sein wird. Produktionstechnisch ist eine höhere Arbeitsnachfrage im C-Sektor wegen der abnehmenden Grenzerträge der Arbeit oder steigender Stückkosten mit einer geringeren realen Entlohnung verbunden, dementsprechend müssen auch die Arbeitnehmer bei einer höheren Beschäftigung - der Gleichgewichtslogik folgend - einen geringeren Reallohn akzeptieren. Die Gegner einer systematisch stabilisierenden Wirtschaftspolitik fragen daher naheliegend, warum dann die ganze Angelegenheit nicht gleich doch zwischen rational entscheidenden Vertragsparteien auf dem Arbeitsmarkt geklärt wird?

Die im Folgenden vorzustellende, systemrationale Entscheidungslogik greift in diesem Zusammenhang nicht auf die gebräuchlichen Kunstgriffe zur Überbrückung von Zeit, wie z.B. Geld-, Fiskal- oder Vermögensillusion zurück, sondern sie beschreibt die über die Lohnperiode hinausgehenden Erwartungshorizonte durch ein Zusammenspiel unterschiedlicher Beobachterebenen in Verbindung mit Investitionsentscheidungen und deren in einer längeren Zeitperspektive sich zeigenden Konsequenzen für die Lohnentwicklung und dirigiert diese in die aktuelle Lohnperiode zurück. In der realen Welt, so wird zu zeigen sein, überblickt das Individuum nur den eigenen, beschränkt rationalen, unmittelbar erfahrbaren Erwartungshorizont einer Lohnperiode, die Entscheidungen der anderen, nicht minder frei entscheidenden Individuen können nur über institutionell zu arrangierende, übergeordnete Beobachterebenen in den eigenen Erwartungshorizont als zeitgleiche Entscheidungen implementiert werden, um so zu systemrationalen, d. h. auf das Ganze der Gegenwart bezogene Entscheidungen vorzudringen und nicht allein auf dem engen Horizont nur individuell-rationaler Entscheidungen zu verharren. Die z. B. über eine höhere Beschäftigung im I-Sektor erzeugte Mehrnachfrage nach Waren und Dienstleistungen führt unmittelbar zu einem Anstieg des Preisniveaus und in der neuen Konzeption in der folgenden Periode als Entschädigung für diese Zwangspersparnis der Arbeitnehmer im C-Sektor zu einer höheren Produktivität und zu einem höheren Stundenlohn.

J. M. Keynes argumentiert im neunzehnten Kapitel zwar überzeugend gegen einen Lösungsversuch auf der Ebene des Arbeitsmarktes, indem er nachweist, dass dort durch Nominallohnänderungen keine Lösung des auf einer Makro-Ebene zu lösenden Investitionsproblems zu erwarten ist. Die Verbindung zwischen Mikro- und einer den Erwartungshorizont erweiternden Makro-Ebene wird aber nicht beschrieben. Es gilt zu klären, warum das Niveau der von den Investitionen abhängigen Gesamtbeschäftigung nur auf der höheren Makroebene im Rahmen der Theorie der effektiven Nachfrage zu bestimmen ist. Dazu ist es aber zwingend notwendig, auch den Arbeitsmarkt in den Kategorien einer monetären Ökonomie zu formulieren, was leider im zweiten Kapitel nur ansatzweise gelingt. In der dortigen Argumentation sind aus *technischen Produktionszusammenhängen heraus* wegen der steigenden Beschäftigung fallende Reallöhne oder steigende Stückkosten zu diagnostizieren, sofern über zusätzliche Investitionen oder Ausgaben die Beschäftigung steigt. Diese freiwillige Nutzeneinbuße soll aber anscheinend als Konsequenz der höheren Beschäftigung (stillschweigend) von den Arbeitern akzeptiert werden, tatsächlich sind steigende Preise akzeptabel, wenn die damit einhergehenden, zu-

---

<sup>11</sup> GT: "Personen sind unfreiwillig arbeitslos, wenn im Falle einer geringen Preissteigerung von Lohngütern im Verhältnis zum Nominallohn sowohl das aggregierte Arbeitsangebot, bei dem laufenden Lohn zu arbeiten, als auch die aggregierte Arbeitsnachfrage bei diesem Lohn größer wäre als die bestehende Beschäftigungsmenge."

sätzlichen Investitionen die Aussicht in sich tragen, in Zukunft höhere Nominallöhne und damit zusätzliche Kaufkraft zu erhalten.

Die vertragstheoretische Behandlung des Arbeitsmarktes im Rahmen einer Realtauschbetrachtung bleibt problematisch, da der dort überschaubare Zeithorizont der Vertragspartner nicht explizit thematisiert werden kann. Warum sollen die Arbeitnehmer einen Vertrag auf Basis eines Warenkorbes schließen, von dem sie nicht einmal wissen, ob der für die überschaubare Lohnperiode tatsächlich realisiert werden kann?<sup>12</sup> Andererseits bewegen sich die Arbeitgeber stets auf dem sicheren Geleise der neoklassischen Grenzproduktivitätstheorie und realisieren im Zustand vollkommener Voraussicht auf Basis realer Größen ein Gewinnmaximum. Warum schließen die Arbeitnehmer einen Vertrag, der nicht dem damit verbundenen Grenzleid des Verzichtes von Freizeit entspricht? In der neuen Interpretation der GT soll auf die Begriffe „Reallohn“ und „Grenzertrag“ und Maximierung als Residuen einer Realtauschtheorie verzichtet werden. Auf diesem Teil-Basismarkt der Markttheorie wird in einem Branchenvergleich nur die *Querverteilung* der Arbeit anhand *relativer Geldlöhne* beschrieben. Anhand der verfügbaren Informationen wird der relative Anteil an Einkommen vertraglich fixiert, während das im Konjunkturverlauf realisierte *Niveau* der Beschäftigung und damit auch das vom tatsächlichen Investitionsniveau abhängige Warenpreisniveau auf einer Makroebene auf dem Vermögensmarkt entschieden und auf dieser Basis das tatsächliche und das in folgenden Periode sich ergebende Gesamteinkommen bestimmt wird, von dem der Einzelne in Zukunft einen Teil für sich beanspruchen wird. Das tatsächlich realisierte Preisniveau ist somit erst am Periodenende bekannt, während der relative Geldlohn definitiv am Periodenanfang vereinbart wird. Dementsprechend entscheiden die Unternehmen und Haushalte auf dem Arbeitsmarkt auf der Basis von zu beschäftigenden Arbeitsstunden und deren *relativer* Bezahlung anhand der zu *erwartenden* Relation aus Absatzmengen und –erlösen die für die unmittelbare Reproduktion der Arbeit und des Kapitals notwendige Beschäftigung. Sie machen sich in diesem Zusammenhang über das sich daraus ergebende allgemeine Warenpreisniveau sowie das dadurch zwangsweise herbeigeführte Zwangssparvolumen nicht allzu viele Gedanken, da die damit einhergehenden Erträge sich ohnehin erst in der *folgenden* Lohnperiode zu verhandeln sind. Sich aus der inneren Wachstumsdynamik ergebende, unerwartete Veränderungen im Preisniveau spielen daher in den Nominallohnverhandlungen nur eine untergeordnete Rolle. Die darüber hinaus in einem näher zu spezifizierenden Investitionssektor beschäftigten Arbeitsstunden werden über die zu beschreibende Institution eines Vermögensmarktes, d. h. außerhalb des Arbeitsmarktes entschieden und wirken über Produktivitätssteigerungen auf den Geldlohn und die Kaufkraft der folgenden Periode ein. Über den Multiplikator wirkt die sich verändernde Beschäftigung im I-Sektor zudem auf die Beschäftigung im C-Sektor und damit auf die Stückkosten ein, die in den Preisen weitergegeben werden.

In der Neuinterpretation der GT wird somit unterstellt, dass der Erwartungshorizont der Arbeitnehmer – und erst Recht derjenige der Arbeitgeber – nicht ausreicht, um die sich mit dem Phänomen der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit ergebenden Entscheidungshorizonte *unmittelbar* auf dem Arbeitsmarkt zu überblicken. Um die Lücke zwischen der Vollbeschäftigung und dem nach dem Grenzertrags- bzw. Grenznutzenprinzip sich einstellenden Niveau an Beschäftigung zu füllen, bedarf es übergeordneter Ebenen, von denen aus die Investitionszusammenhänge sowie darüber hinausgehend schließlich auch die generationenübergreifenden Zusammenhänge beobachtet werden und entsprechend eine jeweils angemessene Stabilisierungspolitik formuliert wird, mit der die noch nicht berücksichtigten Zeithorizonte in die unmittelbaren Entscheidungen von Unternehmen und Haushalten integriert werden. Die Abwendung von der traditionellen Grenzproduktivitätstheorie des Arbeitsmarktes wird in der GT – entgegen vorheriger Ankündigungen - leider nicht konsequent durchgeführt. Erst

---

<sup>12</sup> AT 11: „Denn es ist möglich, dass die Arbeiterklasse über keine Methode verfügt, durch die sie den Lohngegenwert des allgemeinen Niveaus der Nominallöhne mit dem marginalen Nutzenverlust durch Arbeit bei dem aktuellen Beschäftigungsniveau in Übereinstimmung bringen kann“.

wenn das Reallohn- oder Grenzertragskonzept auch für die Entscheidungen der Unternehmen konsequent aufgegeben und durch eine Frequenzanpassung von Nominalwerten in der Zeit ersetzt werden, lassen sich konsistente Vertragsbeziehungen zwischen unterschiedlichen Horizonten der Entscheidung beschreiben. Das konjunkturell wirksame Niveau der Beschäftigung wird durch die effektive Nachfrage auf dem Warenmarkt und letztendlich durch das realisierte Investitionsniveau und damit von den Aktivitäten auf dem Vermögensmarkt bestimmt, die Allokation der Arbeit auf unterschiedliche Branchen und Firmen und damit die Bestimmung der *relativen* Geldlöhne wird hingegen auf dem Arbeitsmarkt bewältigt.<sup>13</sup> Im zweiten Kapitel der GT gelingt es J. M. Keynes offensichtlich noch nicht, sich konsequent vom Realtauschparadigma zu distanzieren, obwohl in den Vorarbeiten ebendieses Konzept verworfen wird.

Die Überwindung der auch die heutigen Lehrbücher prägenden *Voraussetzungen* der traditionellen Wirtschaftstheorie erreicht J. M. Keynes in der GT durch eine Rückbesinnung auf eine vor-klassische Arbeitswerttheorie und eine radikal neue *Unterscheidungslogik*, mit der Arbeits-, Geld- und Zeiteinheiten zu einer bisher unbeachtet gebliebenen, abstrakten Grundgleichung der Makrotheorie zusammengefügt werden:<sup>14</sup> „Ich schlage daher bei der Behandlung der Theorie der Beschäftigung vor, nur zwei grundlegende Mengeneinheiten zu gebrauchen, nämlich Mengen von Nominalwerten und Mengen der Beschäftigung. Die erste dieser Mengen ist streng homogen, und die andere kann so gestaltet werden; ... Wir werden die Einheit, in der die Menge der Beschäftigung gemessen wird, die Arbeitseinheit und den Nominallohn einer Arbeitseinheit die Lohneinheit nennen. Wenn somit E die Lohn- (und Gehalts-)summe, W die Lohneinheit und N die Menge der Beschäftigung ist, so ist  $E = N \cdot W$ .“<sup>15</sup>

Durch diese Fundamentalunterscheidung von beschäftigten Arbeitsstunden und deren zugeordneten, in Verträgen vereinbarten (Be-)Zahlungen wird mittels höchst abstrakter Vergleiche von zweistelligen oder binär verknüpften Mengenrelationsänderungen dieser beiden Kategorien *in der Zeit* der Weg zu einer dynamischen Prozessanalyse einer monetär organisierten Ökonomie bereitet. Diese abstrakte Makrogleichung wird im Laufe der weiteren Argumentation im Rahmen einer Gegenüberstellung grundsätzlich zu unterscheidender Unterscheidungslogiken im dritten Abschnitt des Beitrages im Hinblick auf ihre erkenntnistheoretischen Grundlagen hin überprüft, um dabei die Grundvoraussetzungen einer dynamischen Entscheidungstheorie offen zu legen. Im einundzwanzigsten Kapitel der GT wendet sich J. M. Keynes in diesem Zusammenhang entschieden gegen die klassische Zweiteilung des Preisbildungsprozesses, nämlich zunächst im Rahmen eines Realtauschmodells die Bildung und Koordination der Produzenten- und Konsumentenentscheidungen bereits in einer reinen Güterwelt vollständig abzuschließen, um anschließend, quasi in einem zweiten Akt und *außerhalb der Entscheidungssphäre der Akteure*, die Geldmenge und damit eine Bestimmung von Geldgrößen an ein entscheidungstheoretisch bereits in sich geschlossenes Modell anzuhängen.<sup>16</sup> Mit völlig neuen Grundan-

---

<sup>13</sup> GT S. 12:“(Mit anderen Worten), der Kampf um die Nominallöhne beeinflusst in erster Linie die *Verteilung* der realen Lohnsumme zwischen den verschiedenen Arbeitsgruppen und nicht deren Durchschnittsbeträge je Beschäftigungseinheit, der, wie wir sehen werden, von einer anderen Reihe von Kräften abhängt. Das Zusammenwirken einer Gruppe von Arbeitern bewirkt den Schutz des *relativen* Geldlohnes. Das *allgemeine* Niveau der Reallöhne hängt von den anderen Kräften in der Wirtschaft ab.“

<sup>14</sup> GT S. 180: „Ich neige daher zu der vorklassischen Lehre, dass alles durch Arbeit erzeugt wird; ... Die erklärt teilweise, warum wir die Arbeitseinheit als die einzige physische Einheit nehmen konnten, die wir, abgesehen von Einheiten des Geldes und der Zeit, in unserem Wirtschaftssystem benötigen.“

<sup>15</sup> GT S. 36 - 37

<sup>16</sup> GT S. 247:“Solange sich Ökonomen mit dem beschäftigten, was die Werttheorie genannt wird, waren sie gewohnt, zu lehren, dass die Preise durch die Bedingungen des Angebotes und der Nachfrage beherrscht werden, wobei insbesondere Änderungen der Grenzkosten und die Elastizität des kurzfristigen Angebotes eine hervorstechende Rolle spielten. Wenn sie aber im zweiten Band, oder häufiger noch in einer besonderen Ab-

nahmen versucht J. M. Keynes, „diesem Doppelleben zu entrinnen und die Theorie der Preise als Ganzes in enge Föhlung mit der Theorie des Wertes zuröckzubringen.“<sup>17</sup>

Mit dieser Aussage bezieht J. M. Keynes, so wird zu zeigen sein, eine gegenöber der Orthodoxie völlig andersartige erkenntnistheoretische oder unterscheidungslogische Grundposition, mit der er insbesondere die Voraussetzungen zu einer binären oder dialogischen Entscheidungstheorie schafft, die wiederum im zwölfsten Kapitel der GT in zahlreichen Beispielen eindrucksvoll thematisiert wird. Im einundzwanzigsten Kapitel wird entsprechend auch für die Mikroebene eine neue, der neueren Systemtheorie entlehnte Unterscheidungslogik angedeutet, nämlich das Theoriegebäude nicht von einem seine Vermögensbestände tauschenden „homo oeconomicus“ ausgehend zu errichten,<sup>18</sup> sondern – in der Tradition der arbeitswertorientierten Klassik - zunächst die System-Umwelt-Beziehungen in der *Produktionssphäre* einer einzelnen Unternehmensorganisation *vollständig* als ein mit Geldlohnverträgen operierendes Entscheidungssystem zu beschreiben, dass heißt deren reale und monetäre Wechselbeziehungen als in sich geschlossene Organisationseinheit mit dem sich wandelnden, in unterschiedlichen Zeithorizonten *schrittweise* zu erweiternden Marktumfeld zu kontrastieren.<sup>19</sup> Anschließend werden das Gesamtsystem sämtlicher Unternehmensbeziehungen und damit das Einkommen einer Periode in einem *Branchenmodell* entwickelt: „Die richtige Einteilung ist, wie ich annehme, die Einteilung in die Theorie der individuellen Branche oder Firma, der Entlohnungen und der Verteilung zwischen verschiedenen Verwendungsarten einer gegebenen Menge an Ressourcen einerseits, und die Theorie der Produktion als Ganzes andererseits.“<sup>20</sup>

In den Vorarbeiten zur GT entwickelt J. M. Keynes zum Beispiel bereits den Begriff einer *Geldlohn- oder Unternehmerökonomie*, die er von einer kooperativen Barter- oder Reallohnökonomie kategorisch unterschieden wissen will. In diesem Zusammenhang geht er sogar soweit, das gesamte Maximierungskonzept der Neoklassik und damit die komparativ-statische Kommunikationslogik einer Realtauschökonomie als Grundlage der Theorie entschieden abzulehnen - wäre er doch nur bei dieser konsequenten Position geblieben.<sup>21</sup> Im Rahmen einer *monetären Theorie der Produktion* soll dem Geld bereits auf der Ebene der *Motive und Beweggründe der Entscheidungen*, so J. M. Keynes in den Vorarbeiten zur GT, eine ganz und gar *eigenständige* Rolle zugebilligt werden: „The Theory, which I desiderate would deal, in contradistinction to this, with an economy, in which money plays a part of its own and affects motives and decisions and is, in short, one of the operative factors in the situation, so that the course of events cannot be predicted, either in the long period or in the short, without knowledge of the

---

handlung, zur Theorie des Geldes und der Preise übergehen, hören wir nichts mehr von diesen schlichte, aber verständlichen Begriffen.“

<sup>17</sup> GT S. 247 und weiter: „Die Einteilung der Wirtschaftslehre in die Theorie des Wertes und der Verteilung einerseits und die Theorie des Geldes andererseits ist nach meiner Ansicht eine falsche Einteilung.“

<sup>18</sup> GT S. 17: „(Erstens) mögen diese Schlüsse auf die Art von Volkswirtschaft, in der wir heute leben, durch eine falsche Analogie mit einer Art Nichttausch-Robinson-Crusoe-Wirtschaft angewandt worden sein, in der das durch die Tätigkeit der Menschen geschaffene Einkommen, ob verbraucht oder aufbewahrt, tatsächlich und ausschließlich aus den Gütern besteht, die sie mit ihrer Tätigkeit produziert haben.“

<sup>19</sup> Von diesem Fundament aus lässt sich dann auch klären, wie ein „homo oeconomicus“ überhaupt zu dem Geld kommt, welches er im Kaufvorgang einzusetzen vermag.

<sup>20</sup> Ebenda. GT S. 247

<sup>21</sup> Coll. Writings Vol. 29, 83: „For it is not true, that the entrepreneur’s demand for labor depends on the share of the product which falls to the entrepreneur; and it is not true, that the supply of labor depends on the share of the product which falls to labor. It is these fundamental divergence at the outset which makes it impracticable to start with the classical theory and then, at an advanced stage of the argument, to adopt its conclusions to the vagaries of an Entrepreneur Economy“.

behavior of money between the first state and the last. And it is this which we ought to mean when we speak of a monetary economy.”<sup>22</sup>

Eine Kernaussage der folgenden Argumentation lautet, dass in einer monetär organisierten Ökonomie die Kaufkraft des Geldes unmittelbar im Geldlohnvertrag endogen, d. h. aus den *Handlungsabsichten* von Arbeitgeber und Arbeitnehmer als permanenter, in zwei Phasen zu beschreibender, virtuell operierender Wechselstrom zu begründen ist, der die Kommunikation mit den Verbrauchern durch das im Rahmen von zeitlich befristeten Verträgen geschaffene Bezahlungssystem ermöglicht. Geld wird aus den Vertragsschlüssen der Akteure - mithilfe der den Prozess beobachtenden und die Vertragserfüllung unterstützenden Banken - in der *Produktionssphäre* im Zeitverlauf als endogene *Energie* erzeugt, damit diese in einer sich anschließenden Reproduktionsphase von den Konsumenten wieder an die Unternehmen zurückdirigiert wird. Das „Geldmaterial“ läuft also nicht in der Wirtschaft im Kreis herum, sondern es wird als Frequenz (Geldlohn pro Woche; 168 h) im Vertragsschluss als virtuelle, in der Zeit entstehende Kraft geschaffen und in einer komplementären Frequenz (Geldeinheit pro Stunde) dialogisch zurückoszilliert. Die wechselseitige Angleichung dieser beiden Frequenzen aus Leistungen und virtuellen Gegenleistungen wird auf der höchsten, d. h. abstraktesten Beobachterebene der Wirtschaft im durchschnittlichen Stundenlohn (W) des betrachteten Zeitabschnittes zur *Basisfrequenz* des Modells komprimiert. Indem die Einkommensgrößen in Stundenlöhnen (Lohneinheiten) formuliert werden, können auch diese auf Arbeitsstunden pro Zeiteinheit zurückgeführt werden. Die Selbst-Steuerung von Handlungen und sich zyklisch ergebenden Entscheidungen zwischen den Vertragsparteien ergibt sich aus von den Akteuren selbst erzeugten und wieder verausgabten Energien, die im Rahmen einer in zwei sich ergänzenden Phasen gegliederten Zeitstruktur als Wechselstrom von Arbeitsstunden und in *Gegenrichtung* wirkenden Geldbeträgen beschrieben wird. Aus den Verpflichtungen der beiden Vertragsparteien heraus entsteht während des Kommunikationsprozesses zwischen Produzenten und Re-Produzenten zweimal eine in zwei Phasen operierende *Wechselspannung* zwischen Arbeitsstunden und vertraglich erzeugten Geldbeträgen. Mit diesen, multiplikativ miteinander verbundenen Mengen wird die binäre Dynamik einer sich selbst steuernden Marktwirtschaft im Rahmen einer geschichteten Struktur von Mikro- und schrittweise zuzuordnenden Makroebenen beschrieben. Diese vierstellige, sich unentwegt öffnende und schließende Dynamik unterscheidet sich grundlegend von der analogen oder zweistelligen Dynamik, die in den traditionellen Modellen als Stabilitätsbedingungen für das allmähliche Erreichen eines statischen Gleichgewichtes thematisiert wird. Eine binär gesteuerte Ökonomie ist jedoch im Prinzip keineswegs in sich instabiler, sofern die jeweils komplementären Makroebenen (Banken, Börse, Politik) die jeweils zuzuordnenden, ergänzenden Steuerungsaufgaben in instrumenteller Hinsicht zu bewältigen vermögen.

Das Handlungsgeld, der Investitionskredit, das Aktienkapital und schließlich die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben bilden dabei das überbrückende Kommunikationsmedium, beginnend mit der Ebene der Beschreibung der *unmittelbaren* Reproduktion der Arbeitskraft innerhalb der betrachteten, noch relativ kurzen Zeitspanne zwischen der Gegenwartentscheidung der Produktion und der erwarteten Zukunft des Verkaufs dieser Produkte. Die Überwindung der jeweils zu betrachtenden Zeitspanne wird in allen im Folgenden zu betrachtenden Erwartungshorizonten jeweils von einem Dritten oder *Bürgen* ermöglicht, der den Bezahlungsvorgang, z. B. die Investitionskreditschöpfung gegenüber den Interessen der Allgemeinheit rückversichert. Dieses monetäre *Rückversicherungsprinzip* sämtlicher Entscheidungen durch Dritte oder Beobachter kann als grundlegende Stabilitätsbedingung einer vierstelligen, d. h. dynamisch-dialogischen Entscheidungslogik aufgefasst werden; diese wurde insbesondere während der jüngsten, weltweiten Finanzkrise im Zusammenspiel zwischen Geschäftsbanken und Zentralbank überdeutlich. Sämtliche in Freiheit zu entscheidenden Handlungen basieren dabei in einer monetär organisierten Ökonomie auf Erwartungen, in denen sich die Unge-

---

<sup>22</sup> The General Theory an After; Part I Preparation S. 408

wissheit über die Entscheidungen der übrigen, ebenso frei zu entscheidenden Akteure spiegeln, insofern übernimmt die Beobachterebene eine unterstützende Rückkoppelung mit der Gesamtheit der jeweils interagierenden Akteure. Dementsprechend betont J. M. Keynes: „Denn die Bedeutung des Geldes rührt im wesentlichen daher, dass es ein Verbindungsglied zwischen der Gegenwart und der Zukunft darstellt.“<sup>23</sup> Die Kommunikation zwischen den Marktakteuren innerhalb des sich wechselseitig bedingenden Austauschprozesses, so wird zu zeigen sein, kann eben nicht zunächst im Rahmen eines im Prinzip zeitlosen, komparativ-statisch oder analog operierenden Realausgleichgewichtes beschrieben werden, sondern deren Beschreibung bedarf von Anfang an einer zusätzlichen, dialogischen Struktur, um bereits innerhalb der Produktionssphäre und damit *simultan* zur Entstehung der spezifischen Produkte eine entsprechende monetäre Spiegelung oder energetische Entgegensetzung zu den Handlungen aufzuzeigen, wie sie bspw. in einer Unternehmensbilanz (komparativ-statisch) im Zusammenspiel mit einer Einnahmen-Ausgaben-Rechnung (dynamisch) als Abbild von realer und monetärer Sphäre zum Ausdruck gebracht wird. Kein Unternehmen kann eine Produktion starten, sofern nicht zeitgleich deren Finanzierung vertraglich geregelt ist. Die Gegenwart der Produzentenentscheidungen muss mit den erwarteten Zukunftsentscheidungen der Konsumenten durch in Nominalwerte vereinbarte, interaktive Vertragskonstruktionen, d. h. durch eine neue, monetäre Werttheorie verbunden werden.<sup>24</sup> Durch diese Konzeption wird auf altbekannte Kategorien, wie z. B. das Grenzprodukt der Arbeit oder das Gewinnmaximum, aber auch auf Begriffe wie „Umlaufgeschwindigkeit des Geldes“ als Relikte einer komparativ-statischen Analogtauschperspektive vollkommen verzichtet; auch die Begriffe Geldangebot und Geldnachfrage sind zu überdenken, da *jeder* Vertragsschluss mit der Geldkategorie verbunden wird.

Der im Vorwort zur englischen Ausgabe und an einigen markanten Stellen der GT angekündigte, radikale Bruch mit den *Grundvoraussetzungen* der herrschenden Wert- und Entscheidungstheorie wird in den frühen, aber auch in den späteren Interpretationen des Keyneschen Hauptwerkes nicht ernsthaft weiterverfolgt, wozu J.M. Keynes leider selbst entscheidend beigetragen hat, indem er nach den soeben zitierten äußerst kritischen Passagen des einundzwanzigsten Kapitels zuguterletzt feststellt, auf der Ebene der Mikrotheorie – entgegen seinen ursprünglichen Entwürfen - doch noch an der gewohnten Konzeption der Marshallianischen Angebotstheorie der Firma festhalten zu können und sich nur auf der Aggregatebene mit den maßgebenden Merkmalen des Geldes beschäftigen zu wollen.<sup>25</sup> In der folgenden Neuinterpretation wird dieser mikrotheoretischen Vereinfachung entschieden widersprochen, um insbesondere der im vierten und zwölften Kapitel begründeten, dem Kommunikationsprozess einer monetären Wert- und Entscheidungstheorie innewohnenden *vierstelligen* Dynamik von Arbeitsstunden und Geldbeträgen zu folgen. Geld soll von Anfang an als ein Element der Entscheidungsbildung innerhalb der monetär organisierten Produktionssphäre behandelt werden. Es schafft aus einer Vertragssystematik heraus eine endogene Energie, mit der die Unternehmensentscheidungen in einen effizienten Kommunikationsprozess mit der gegenüberliegenden Marktseite überführt werden. Die auf die Einheit von System-Umwelt-Beziehungen und der Unterscheidung von Arbeitsstunden und Nominalwerten aufbauende Keynes-Interpretation unterscheidet sich somit insbesondere im Hinblick auf die Formulierung der (Einkommen erzeugenden) *Produzentenentscheidungen* unzweideutig

---

<sup>23</sup> Ebenda S. 248

<sup>24</sup> GR S. VIII: „Aber unser Verfahren, das wirtschaftliche Verhalten der Gegenwart unter dem Einfluss sich ändernder Vorstellungen über die Zukunft zu analysieren, ist abhängig von dem Zusammenspiel (im Original „Interaction; h. m.) von Angebot und Nachfrage und in dieser Weise mit unserer grundlegenden Werttheorie verbunden.“

<sup>25</sup> Ebenda S. 248: „Solange wir uns auf die Erforschung der individuellen Branche oder Firma beschränken, unter der Voraussetzung, dass die gesamte Menge der beschäftigten Ressourcen konstant ist, und dass die Lage der anderen Branchen oder Firmen unverändert ist, ist es richtig, dass wir uns mit den maßgebenden Merkmalen des Geldes nicht zu beschäftigen brauchen.“

von den bisherigen Interpretationen. Die gesamte Marshallianische Angebotstheorie der Firma und der diesem Grenzertragskonzept inhärente, statische Gleichgewichtslogik wird aufgegeben und durch ein Konzept von Zwei-Mengen-Beziehungen und deren vierstellig-dynamischer Interaktion ersetzt, wie sie insbesondere als stock-flow Betrachtung zwischen Bilanz und Erfolgsrechnung geläufig ist.

Dieser radikale Neuanfang dient jedoch nicht einem Selbstdarstellungszweck, um mit äußerst ungewohnten, d. h. möglicherweise gar Misstrauen erweckenden systemischen Methoden und Begrifflichkeiten die bereits vertrauten, mathematisch exakt beschriebenen Sachverhalte der Mikroebene der GT lediglich in neuen Kleidern zu präsentieren. Der radikale Neuanfang in den *Voraussetzungen* der Theorie, so wird zu zeigen sein, ist vor allem notwendig, um völlig neue, angemessene Verbindungen zwischen einer Mikro- und verschiedenen darüber zu spannenden Makroebenen zu formulieren, aus denen heraus schließlich auch die sich schichtenweise aufbauende, schließlich vollständige, generationenübergreifende Stabilisierung des Marktsystems abgeleitet werden kann. In der Entstehungszeit der GT forderte kein geringerer als W. Eucken bereits eine solche Gesamtschau *ineinandergreifender* betrieblicher und politischer Entscheidungen.<sup>26</sup> Durch eine systemische, d. h. die Mikro- und Makroebene unmittelbar miteinander verbindende, zeitgleiche Betrachtung individueller und vom Kollektiv zurück zu koppelnder Entscheidungen soll das Phänomen der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit – das Hauptanliegen der Keynes'schen Theorie – theoretisch solide aufgearbeitet und entsprechend politisch im Rahmen einer im Sinne von Keynes im vierundzwanzigsten Kapitel angedachten, erweiterten Stabilisierungspolitik bewältigt werden.

### 3 Zwei strengverschiedene Unterscheidungslogiken als Grundlage einer dynamischen Entscheidungstheorie

Ein sich nur träge entwickelndes Niveau an unfreiwilliger Arbeitslosigkeit wird in einer binären, d. h. dynamisch-dialogischen Entscheidungsstruktur als *Kommunikationsproblem* zwischen Produzenten und Konsumenten dargestellt, welches durch den unmittelbaren Lohn-Preis-Mechanismus nicht zu überwinden ist. Weil die Konsumenten am Markt momentan zwar die aktuellen, nicht aber die erwarteten Preise zum Ausdruck bringen, müssen die Unternehmen in einem Zustand der Ungewissheit über die in Zukunft zu erwartenden Preise selbst entscheiden, in denen sich die vermuteten Prioritäten und Präferenzen der Konsumenten wiederfinden sollten. Durch die aktive Mitwirkung eines die Gemeinschaft vertretenden Beobachters, d. h. durch eine unterstützende Fremdreferenz kann das auf den verschiedenen Ebenen jeweils bestehende, spezifische Kommunikationsproblem überwunden werden. Die individuellen Entscheidungen müssen unmittelbar am Markt im Spannungsfeld mit dem Kollektiv, d. h. auch an fremdreferentiell operierenden Kontrollinstitutionen reflektiert werden, um so in einem Drei-Kräfte-Feld die komplexe Dynamik der Arbeitsteilung im Spannungsfeld von Individuum und Gesellschaft zu spiegeln. Das analoge Kommunikationsmodell der Wirtschaftstheorie bedarf keiner Fremdreferenz, wie das walrasianische, allgemeine Gleichgewichtsmodell eindrucksvoll belegt. Der dort als Repräsentant der kooperativen Gleichgewichtslösung in Szene gesetzte Auktionator agiert als der aus dem *aristotelischen* Theater bekannte „deus ex Machina“, d. h. er wirkt quasi als „unbewegter Beweger“ außerhalb der Entscheidungssphäre der Akteure zielursächlich auf einen harmonischen Ruhezustand hin. Die Arbeitslosigkeit ist in dieser Sichtweise ein Phänomen unzureichender Proportionen auf dem Arbeitsmarkt. Im modernen epischen, Brechtschen Theater wird der Konflikt zwischen zwei entgegengesetzten Interessen auf der Bühne hingegen als *dialektischer* Widerspruch dargestellt, der durch das beobachtende Kollektiv (Publikum) in eine Synthese zu über-

---

<sup>26</sup> Eucken 1989, 143: „Nur das Ineinandergreifen einzelwirtschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Analysen lässt die Zusammenhänge, die wir suchen, erkennen.“

führen ist. Um aus dem unzureichenden, weil nur analog operierenden Kommunikationsmodell der neoklassischen Gleichgewichtstheorie zu entkommen, ist die in der GT bereits angelegte, dialogisch-dynamische Grundstruktur von zwei grundverschiedenen Mengen mittels einer von J. Diekmann vorgestellten Gegenüberstellung von zwei grundverschiedenen Unterscheidungslogiken herauszuarbeiten. Die dialogische Austauschdynamik zwischen zwei von unterschiedlichen Interessen geleiteten Gruppen von Akteuren – d. h. von Produzenten und Konsumenten bzw. Unternehmern und Spekulanten – steht dabei im Mittelpunkt, dementsprechend ist diese Unterscheidungslogik von der analogischen Grundstruktur der von A. Smith begründeten, grundsätzlich kooperativen Realtauschlogik zu unterscheiden.

Die traditionelle, auf Aristoteles zurückreichende Grundunterscheidung der Unterscheidungslogik unterstellt in einem ersten Schritt ein *Ganzes* (Einheit, System, Gleichgewicht, Substanz), so J. Diekmann in seiner Einführung in die Systemtheorie, welches dann in seine Teile zerlegt und dabei durch fortschreitende Differenzierung immer weitergehend in Teile zergliedert wird. Durch die Reflexion der Teile auf die *Einheit* (das Ganze) als universeller Bezugsgröße können die Teile beliebig weit auf Ähnlichkeiten und weitere, jeweils *gleichrangige* Unterscheidungen unterschieden werden. Das klassische Modell der Unterscheidungslogik kontrastiert dabei eine übergeordnete, statische Einheit jeweils mit der Vielheit der Teile. Diese Unterscheidungslogik bestimmt bis heute insbesondere die ökonomische Gleichgewichtstheorie. Die Dynamik der Teile findet dabei immer im Rahmen des übergeordneten Ganzen der Einheit eines Gleichgewichtes statt und bleibt insofern statisch oder analog, als dass stets *Ähnliches mit Ähnlichem* verglichen wird und sämtliche Proportionen im Ganzen der Einheit reflektiert werden. Das Ganze an sich, so J. Diekmann, erhält in einem solchen Unterscheidungssystem keinen eigenständigen, d. h. sich selbst *reflektierenden* Rang, sondern es dient nur als Referenzgröße zur Untersuchung der Proportionen zwischen den Teilen.<sup>27</sup> Die Einheit wird den Teilen einseitig als an sich inhaltslose Hülle übergeordnet bzw. sämtliche Teile müssen sich der Einheit (dem Ganzen) als Referenzsystem fügen.

Einer solchen Unterscheidungslogik folgend integriert bereits A. Smith das Geld als ein mit spezifischen Eigenschaften ausgestattetes, n-tes Gut in die Wirtschaftstheorie.<sup>28</sup> Ein unterscheidungslogisch in dieser Weise eingeführtes Geldmaterial steht dem handelnden Subjekt lediglich als ein Objekt, d. h. als gleichrangiger Tauschgegenstand gegenüber, der im System umläuft, um die Vielzahl von Tauschhandlungen zu bewältigen. Ein Mehr an Handlungen erfordert entweder ein Mehr an Tauschobjekten oder eine höhere, im Prinzip unendliche Umlaufgeschwindigkeit dieser Objekte. Die Tauschakte können nur in zeitgleich analogen Handlungen mit zwei verschiedenen, aber gleichrangigen (ähnlichen) Objekten bewältigt werden. In einem analogen Kommunikationsmodell werden Störungen der Tauschakte im Zeitverlauf durch die Anpassung der Teile an die übergeordnete, außerhalb der Entscheidungen wirkenden Einheit bewerkstelligt, bis die Teile sich insgesamt zu einem ge-

---

<sup>28</sup> J. Diekmann (2003) S. 24: Der von Aristoteles geprägte Satz: Das Sein und das Eine werden zuoberst von allem ausgesagt (Metaphysik 1053 b). Damit gilt Einheit als ranghöchster Grundbegriff. Alles andere wird aus dem Grundmodell der Einheit abgeleitet, da es in ihm enthalten ist. Aristoteles bemerkt, dass es genügt, die obersten Gattungen der Gegensätze einzusehen, etwa den Gegensatz von Einheit und Vielheit, weil alle anderen auf diese zurückgeführt werden (Ebenda 1055).

<sup>27</sup> A. Smith; (1978), S. 23: „Am Ende haben aber dann die Menschen in allen Ländern aus vernünftigen Gründen Metalle als Tauschmittel allen anderen Waren vorgezogen.“

<sup>28</sup> A. Smith (1978); S. 23: „Am Ende haben aber dann die Menschen in allen Ländern aus vernünftigen Gründen Metalle als Tauschmittel allen anderen Waren vorgezogen.“ ebenso D. Patinkin (1965); insbes. S. 14 ff.

wünschten Ganzen oder einem Gleichgewicht zusammenfügen.<sup>29</sup> In der Beschreibung werden jeweils die (Gleichgewichts-)Bedingungen oder Proportionen der Teile gesucht, mit denen sich diese zu einem Ganzen zusammenfügen.

J. Diekmann stellt dieser aristotelischen Unterscheidungslogik eine ältere, in der Erkenntnistheorie offenbar uneinheitlich thematisierte, auf Parmenides zurückreichende, dialogische oder binäre Unterscheidungslogik gegenüber. In dieser werden der Austausch und die Dynamik von Handlungen und Entscheidungen auf einer von Anfang an *binären* Entscheidungsstruktur aufgebaut.<sup>30</sup> Das Ganze (Einheit, System) wird dabei bereits im ersten Schritt als etwas *Zwei-Geteiltes* aufgefasst. Es besteht somit von Anfang an als *eigenständige* Kategorie, weil dieser Einheit eine entgegengesetzte „Schein-Einheit“ gegenübergestellt wird, die eben nicht Einheit ist, d. h. die als logisch vollkommen *entgegengesetzt* von dieser Einheit aufzufassen ist. Das Ganze setzt sich in dieser völlig andersartigen Unterscheidungslogik aus der Einheit und der ihr entgegen zu setzenden „Nicht-Einheit“ zusammen, die *kategorial* grundverschieden und die *funktional* als notwendige Ergänzung der Einheit anzusehen ist, damit aus diesen beiden gleichrangigen Teilen, d. h. einem konkret beobachtbarem Ganzen und einem nur im Bewusstsein der Menschen reflektierten „Schein-Ganzen“ von einer Meta-Perspektive aus ein Zwei-Geteiltes als Ganzes betrachtet werden kann. Während die Gegenstände der Einheit in der realen Welt konkret existieren und in Ähnlichkeiten aufgeteilt werden können, besteht deren Entgegengesetztes nur in Spiegelungen innerhalb der menschlichen Vorstellungswelt, d. h. im Bewusst-Sein der Menschen. Die „Scheinelemente“ der Nicht-Einheit existieren nur in einer zwischenmenschlich zu kommunizierenden Sphäre und oszillieren unentwegt mit dem Gegenüber der Einheit und der in dieser enthaltenen Vielheit. Es werden somit von Anfang an zwei Einheiten in *Einem* einander gegenübergestellt, die in Ihrer Binarität (unentwegt) miteinander korrespondieren müssen, um sie als Ganzes zu analysieren.<sup>31</sup> Durch diese Unterscheidungslogik stehen sich einerseits das Ganze in einer Zwei-Teilung und darüber hinaus auch andererseits das Insgesamt der Teile als Vielheit des Seins *gleichrangig* gegenüber, um so insgesamt vier Unterscheidungen in einer Ganzheit in einem zwischenmenschlich, d. h. vertraglich zu vereinbarenden Zeit-Raum nachvollziehen zu können.

Im Kontext der ökonomischen Theorie werden konkrete, im physischen *Grad* und, in der *Art* unterschiedliche, monetär-relational bewertete Arbeitsstunden in virtuellen, einheitlichen Geldbeträgen, aber eben auch die Mikro- und Makroebene *gleichrangig* einander gegenüber gestellt, um so aus den Handlungen der Akteure heraus eine exakte Selbststeuerung des Marktes im Zusammenwirken mit einer komplementären, das Ganze oder Kollektiv repräsentierenden, notwendig *ergänzenden* Fremdsteuerung zu beschreiben. Die Analyse wird nicht von der Dominanz einer der beiden Seiten des Ganzen (Mikro- oder Makro-) geprägt, wie dieses in der neoklassischen bzw. keynesianischen Tradition der Fall ist. Die Gleichrangigkeit des Ganzen als Zwei-Geteiltes einerseits und des Insgesamt der Teile andererseits ist notwendig, um die dynamisch-dialogischen Wechselbeziehungen zwischen diesen beiden Ebenen von Anfang an als sich unentwegt im Dialog Trennendes und Verbindendes in Interaktion zu beschreiben. Der Gegensatz zur Einheit des Ganzen wird bei Parmenides binär, d. h. von der *Negation* der Einheit, d. h. einem kategorial vollkommen *Entgegengesetztem* gebildet, während bei Aristoteles die unmittelbar beobachtbare, analoge Vielheit den Gegensatz zur Einheit bildet.<sup>32</sup>

---

<sup>29</sup> J. Diekmann (2003) S. 25: „Die Teileinheiten müssen einander so ähnlich oder gleich sein, dass sie die Individualität des Systems nicht verlassen. Jede Teileinheit oder jedes Element muss in das Ganze des Systems hineinpassen. Andernfalls ist die Analogizität des Systems nicht gegeben.“

<sup>30</sup> J. Diekmann (2003) S. 27 ff.

<sup>31</sup> J. Diekmann (2003) S. 28: „Die Teile zusammen sind Eines. Auch das Ganze ist eines. Alle Teile werden vom Ganzen umfasst. Unter diesen Voraussetzungen wäre das Eine in sich selbst (aus Platons Parmenides)“

<sup>32</sup> J. Diekmann S. 29: „Der Begriff der Vielheit bedeutet für Aristoteles die Vervielfachung von Einheit, nicht etwa die Negation der Einheit im Sinne des binären Modells.“

Sein und Bewusst-Sein stehen in einer spannungsgeladenen Wechselbeziehung, die nur durch radikale, abstrakte Entgegensetzungen von beobachtbarer Einheit und nur virtuell vorstellbarer, d. h. nur im Bewusstsein konstruierter Nicht-Einheit als Entwicklungsprozess darstellbar ist. Wie soll jedoch die Geschlossenheit der Einheit verlassen werden, um das Entgegengesetzte kategorisch und funktional zu bestimmen? Die Negation oder das „Nichts“ hat keine Substanz, sie lässt sich nicht unmittelbar, sondern nur mittelbar darstellen. In der Negation der Einheit kann nicht Ähnliches mit Ähnlichem, sondern nur Ähnliches mit Nicht-Ähnlichem verglichen werden. Es gibt also gute Gründe, warum das aristotelische Analogmodell sich in der empirisch ausgerichteten Wissenschaft durchgesetzt hat. Zunächst und vor allem muss die Beobachtung der Zweiteilung des Ganzen in der Analyse von *außerhalb* der Einheit erfolgen, um aus einer andersartigen Perspektive heraus die Einheit und die Nicht-Einheit als Ganzes, d. h. in der voranschreitenden Zeit als einen sich durch ein systematisches Zusammenwirken von Selbst- und Fremdreferenz selbst steuernden Prozess zu beobachten. Die beiden Teile dieser „Einheit in Zweiheit“ erhalten jetzt jeweils einen eigenständigen Rang, sie sind nicht einheitlich oder ähnlich, sondern jeweils eigen und eigenständig zur Interaktion mit dem jeweils absolut Entgegengesetzten befähigt.<sup>33</sup> Die kategorische Verschiedenheit der beiden grundverschiedenen Teile der Einheit nimmt die Position einer Zweiheit mit entgegengesetztem, völligem Gegenteil an. Es geht darum, aus dieser kategorischen Zweiheit heraus eine funktionale Einheit höherer Ordnung zu konstruieren und dabei diese beiden Verschiedenheiten mit zwei separat zuzuordnenden, jedoch zusammenhängenden Funktionen der beiden Elemente in eine dialogische Kommunikation *in der Zeit* zu bringen, ohne auf dieser Abstraktionsebene bereits auf das Analogmodell von Einheit und Vielheit in irgendeiner Weise zurückgreifen zu müssen.

Die Unterscheidungslogik muss sich somit zunächst auf die denkbar höchste Abstraktionsebene begeben, um von dort die größtmögliche Entgegensetzung von zwei gleichrangigen Elementen zu formulieren. Der Inbegriff der Verschiedenheit, so J. Diekmann, ist die Unterscheidung oder interne Zweiteilung zwischen *Unterscheidung und Nichtunterscheidung*.<sup>34</sup> Einheit ist nicht konstruierbar ohne das, was Einheit kategorisch eben gerade *nicht* ist; dieses Entgegengesetzte ist ebendieser bewusst konstruierten Einheit als Komplement entgegenzustellen. Allein die Kategorie „Nichtunterscheidung“ kommt als abstrakteste Abstraktion dafür in Betracht, sich von der Kategorie „Unterscheidung“ gleichrangig zu unterscheiden. Diese Fundamentalunterscheidung ergibt jedoch nur dann einen Sinn, wenn beide Seiten unentwegt aneinander reflektiert werden; nur in der permanenten Interaktion der beiden Teile aneinander kann diese Unterscheidungslogik für die Wissenschaft fruchtbar gemacht werden. Im binären Modell der Unterscheidungslogik kommt es dementsprechend unentwegt zu Dekompositionen und Rekombinationen dieser beiden Teile, ohne dabei das Ganze der beiden Teile aus den Augen zu verlieren. Die dynamische Veränderung in der Zeit und die verweilende Ruhe des Gleichzeitigen bilden durch die radikale Entgegensetzung von kategorisch absolut Verschiedenem eine Einheit höherer Ordnung. Die binäre Logik sieht den Schwerpunkt der dynamischen Entwicklung gleichrangig in wechselnder Folge auf beiden Seiten des Ganzen, d. h. auf der Seite der Nicht-Einheit (Verschiedenheiten) und anschließend, zeitgleich auf der Seite der Einheit (Nicht-Verschiedenheit). Als Beispiel nennt J. Diekmann das Wechselspiel zwischen dem Bearbeiten und Speichern einer Datei. Die Datei als Ganzes bleibt erhalten, aber zwischen jedem Speichern wird sie im Inneren durch ein Bearbeiten im *Niveau* verändert. Der dabei vollzogene Oszillationsprozess macht die Dynamik der

---

<sup>33</sup> J. Diekmann S. 31:“ Die veränderte Perspektive besagt: Es ist keineswegs selbstverständlich, der Gewohnheit gemäß eine Unterscheidung vom Ganzen her zu sehen... In der veränderten Perspektive werden die Teile selbstständig. Das bedeutet: Die Teile sind nicht länger Teile eines bestimmten konkreten Ganzen. Vielmehr repräsentieren die Teile die Verschiedenheit überhaupt und ganz allgemein... Mit dieser Umkehrung der Perspektive erhält die Verschiedenheit einen funktionalen Rang, der bei näherer Betrachtung des gesellschaftlichen Lebens zusteht.“

<sup>34</sup> J. Diekmann (2003) S. 33

binären Logik aus. Die Seite des Unterschiedenseins bedarf in jedem Vorgang der Ergänzung durch die Seite des Nicht-Unterschiedenseins. In der Wirtschaft findet dieser Vorgang im Zusammenspiel von Bilanz und Erfolgsrechnung eine Entsprechung, wobei das *Niveau* der Bilanz sich ändert.

Grundlage dieser Logik ist der von Parmenides begründete Satz vom ausgeschlossenen Dritten.<sup>35</sup> Geometrisch ausgedrückt lässt sich der Sachverhalt in der Entgegensetzung von geschlossenem Kreis und offener Geraden veranschaulichen: Der gedankliche Tangentialpunkt zwischen Kreis und Tangente ist einerseits Punkt eines *Kreises* und andererseits Element der *Geraden*, wobei logisch keine Berührung im Sinne von Verschmelzung erfolgt. Indem eine Aussage über die Neigung der Geraden getroffen wird, können wir auch etwas über die Lage des Punktes im Kreis aussagen. Die Reflexion einer Einheit zielt dabei jeweils auf *zwei* Größen, die miteinander in funktionaler Verbindung stehen, die aber zwei selbständige, gleichrangige Elemente eines Ganzen darstellen. Die binäre Entscheidungslogik erfolgt dabei aber nicht in *inhaltlichen* Gegensätzen, sondern in abstrakten *Entgegensetzungen*, die von zu konstruierenden Formeln her wieder mit inhaltlichen Bestimmungen versehen werden, so J. Diekmann.<sup>36</sup> Die abstrahierende Reflexion muss die der abstrakten Zweiteilung innewohnende Dynamik entsprechend auf eine nicht minder abstrakte binäre Struktur des Wechselspiels der beiden Teile ausdehnen, d. h. eine Sphäre schaffen, in der einerseits die Einheit in Ruhe dominiert und eine komplementäre Sphäre, in der die Verschiedenheit einen komplementären, dynamischen Prozess bestimmt. Im konkreten ökonomischen Modell wird eine Sphäre der Aktiva, in der Geld durch die Dominante „Arbeit“ erzeugt wird, jeweils einer komplementären Sphäre (Passiva) gegenübergestellt, in der das Geld die Arbeit an das Ganze zurückdirigiert. Reale und monetäre Sphäre werden unentwegt dynamisch, aber auch in der Vielheit der Teile komparativ-statisch in insgesamt jeweils *vier* Alternativen aneinander reflektiert.

Die binäre Unterscheidung erfordert wegen der abstrakten Zweiteilung *in der Zeit* als weitere Konsequenz die Unterscheidung von zwei *gegenläufigen* Sphären, die einerseits als kaufmännische Bilanz *zugleich*, dennoch aber in ihrer Prozessualität als Erfolgsrechnung zeitlich nacheinander zu beobachten sind. Die Zeit muss einerseits den Zustand der Ruhe der Nicht-Unterschiedenheit und andererseits die Bewegung der Verschiedenheit als wechselseitige Verständigung zweier grundverschiedener Seiten ein und desselben Vorganges abbilden, d. h. nur eine gedanklich als ein Drittes konstruierte Zeit ermöglicht eine binäre Unterscheidung der Entgegensetzungen. Binäre Modelle sind aus ihrer inneren, Zeit in Anspruch nehmenden Unterscheidungslogik heraus dynamisch, während Analogmodelle durch den Vergleich von in Zuständen zu vergleichenden Ähnlichkeiten inhärent als statisch anzusehen sind. Die in der Systemtheorie häufig anzutreffende Unterscheidung zwischen offenen und geschlossenen Systemen oder die in der ökonomischen Theorie entsprechende zwischen Gleichgewicht und Ungleichgewicht trifft nicht den Kern der Zweiteilung, da es sich um einer Differenzierung *innerhalb* eines Systems oder eines zu erreichenden Gleichgewichtes handelt. Öffnen und sich Schließen von Einheiten müssen sich vielmehr mit einem Gegenüber von Verschiedenheiten ergänzen. Der binäre Code (0,1), der dem Gegenüber eine Botschaft als Folge zweier aufeinander folgender Signale mitteilt, muss sich – alle Kombinationen nutzend - auf beide Teile beziehen und lässt sich dann in der Zeit zweimal zurückgekoppelt in insgesamt vier Informationen (00, 01, 11, 10) unterscheiden. Die Einheiten werden im binären Modell fortlaufend als in sich selbst geteilte Einheiten gesehen und einander gegenübergestellt. In der Abstraktion ergeben sich zwei funktional gleichgestellte Sphären, die

---

<sup>35</sup> J. Diekmann (2003) S. 28: „Die Teile zusammen sind Eines. Auch das Ganze ist Eines. Alle Teile werden vom Ganzen umfasst. Unter diesen Voraussetzungen wäre das Eine in sich selbst (Platon „Parmenides 145c).“

<sup>36</sup> J. Diekmann (2003) S. 38 und S. 39: „Angesteuert werden muss eine logische Ebene, in der es so etwas wie „Einheitsein“ und „Nichteinheitsein“ als Entgegensetzung gibt. Die Fortsetzung der abstrahierenden Reflexion muss auf die Zweiheit lossteuern, in deren erster Sphäre alles zu platzieren ist, was sich als Einheit überhaupt etikettieren lässt.“

in einem zeitlich strukturierten Verbundsystem miteinander vernetzt sind, wobei die eine Seite (Ruhe) ständig auf die andere, entgegengesetzte Seite (Handeln) zurückgreift, um die eigene Funktion zu erfüllen. Für eine binäre Handlungs- und Entscheidungstheorie gilt in der Ökonomie entsprechend auf der inhaltlichen, die Beschreibungen ausführenden Ebene, dass der Mensch stets *für Andere* handelt (oder arbeitet), d. h. sein eigenes Handeln ist in *doppelter* Hinsicht auf das gleichzeitige Handeln der Anderen angewiesen, um als Handeln zu einem logischen Abschluss zu gelangen. Zum Einen kann der Einzelne nur durch die Arbeit für Andere Geld erwerben, andererseits ist die eigene Reproduktion von der Arbeit der Anderen abhängig, die wiederum nur durch den erarbeiteten Geldlohn erworben werden kann. Im binären Modell begegnen sich die Menschen somit von Anfang an auf einer gleichrangigen, vertraglichen, d. h. Subjekt-Subjekt-Ebene, indem dem Einen der Andere gleichrangig als Gegenüber oder Verschiedenheit gegenübersteht. Die Vielheit der Objekte an sich treten erst auf einer untergeordneten, inhaltlich-objektiven Ebene in Erscheinung.

Das Handeln *in der Zeit* wird als eigenständige Kategorie dem Entscheiden in *Zeitpunkten* oder dem Schließen von Verträgen gleichrangig zur Seite gestellt; Handeln und Entscheiden werden in ihrer wechselseitigen Bedingtheit zu einer höheren Einheit als Kommunikationsbeziehung zusammengefügt. Eine analog gesteuerte Uhr, so führt J. Diekmann in einem weiteren Beispiel aus, lässt die Unterteilung der Zeit in unendlich viele Zeiteinheiten zu, eine digitale Uhr setzt hingegen von einer Zeiteinheit zur nächsten einen deutlich unterscheidbaren Übergang von einem zum jeweils folgenden, eindeutig unterscheidbaren Signal. Steuern und Gesteuertwerden gehört in einer binären Koordinationslogik als sich wechselseitige vervollständigende Frequenzanpassung unablässig zueinander und bedingen sich im Zeitverlauf. Die Selbststeuerung der Märkte wird im binären Modell darstellbar, weil eine notwendige Fremdsteuerung als grundverschiedenes Komplement zur Selbststeuerung im Rahmen einer selbst geschaffenen Zeitstruktur von Anfang an mitgedacht werden muss. Selbstreferenz und Fremdreferenz werden zu einer zweigeteilten Einheit verbunden. Politisch geht es dabei darum, gerade ausdrücklich *nicht* einem „Freiburger Imperativ“ zu folgen, d. h. *nicht* in einem „so wenig wie möglich und ein so viel wie notwendig“ zu lavieren, sondern um eine *konsequente* Verbindung von zwei sich ergänzenden Interaktionen. Der Wirtschaftsprozess funktioniert nicht ohne Politik, diese wiederum ist auf die Wirtschaftleistung angewiesen, insofern bilden sie eine gemeinsame Steuerungseinheit. Vom wirtschaftlichen oder politischen Standpunkt aus kann diese Interaktion unterschiedlich beobachtet werden. Nur eine im wahrsten Sinne des Wortes *minutiöse* Beschreibung einer klaren Aufgabenteilung kann die Frage klären, welchem Element im Kommunikationsprozess welche funktionale Aufgabe zugeordnet wird. Die binäre Logik wird dabei auf die zwei grundverschiedenen Ziffern 0 und 1 reduziert, während das analoge System auf zehn Ziffern zurückgreifen muss. In der höheren Geschlossenheit von Einheit und entgegengesetzter Nicht-Einheit kann sich immer nur an einer Stelle ein Ventil öffnen, sofern sich an anderer Stelle entsprechend *zeitgleich* ein Ventil schließt. Die Fremdreferenzfrequenz muss den Prozess dort stabilisieren, wo die Selbstreferenzfrequenz inhaltlich nicht hinreicht.

Die neue, von außen beobachtende Perspektive einer Einheit und der dieser Einheit nichtumgrenzten Sphäre der Nicht-Einheit zu einer Zweiheit, die *in der Zeit* eine zyklische Wechselbeziehung schafft, ermöglicht es, auch das analoge, traditionelle Modell der Einheit und Vielheit weiterhin im Rahmen der Doppel-Einheit zu analysieren, gleichwohl ist dabei die binäre Beziehung zwischen der Einheit und der dieser gegenüberstehenden, nichtumgrenzten Sphäre der Nicht-Einheit im Auge zu behalten, um so Rückschlüsse aus der Dynamik des Verschiedenen, d. h. des Geldes auf die Einheit der Arbeitsstunden zu gewinnen.<sup>37</sup> Es müssen also zudem darüberhinaus analoge und binäre Verfahren

---

<sup>37</sup> J. Diekmann (2003) S. 44: „Durch den Übergang der Blickrichtung in die nichtumgrenzte Sphäre des binären Systems verändert sich das Analog-System dahingehend, dass es nun im funktionalen Gefüge des binären Sys-

in einer Gesamtschau betrachtet werden, um Mikro- und Makrokosmos von außen und innen in der Gesamtschau als kommunizierenden Entwicklungsprozess zu analysieren. Insbesondere J. Habermas weist in seinen Schriften immer wieder darauf hin, dass Handlungs- oder Gesellschaftstheorie sowie System- oder Steuerungstheorie nur *gleichrangig* in einer Gesamtschau zu betrachten sind.<sup>38</sup> Das analoge Modell ist dabei als Sonderfall einer statischen Welt im binären, dialogischen Modell einzubinden. J. Diekmann fasst zusammen: *„Im binären Modell stehen sich das Ganze der Einheit für sich genommen auf der einen Seite und die Verschiedenheit für sich genommen auf der anderen Seite gegenüber. Die binäre Unterscheidung trennt zwischen Einheit und Negativeinheit, d. h. zwischen Unterschiedensein und Nichtunterschiedensein. Eine an der binären Logik orientierte Logik zielt auf die Einheit von Einheit und Negativeinheit.“*

Für die Bildung einer originär dynamischen Theorie der Ökonomie stellt sich die Frage, wie die beiden grundverschiedenen Seiten als Kategorien und Funktionen formuliert und insbesondere miteinander zeitbezogen verbunden werden können? Wie kann die traditionelle Beschreibung der Ökonomie aus der Beschreibung von Münztauschvorgängen in die Welt des Buchgeldes bzw. der virtuell oszillierenden Bits und Bytes überwechseln? Einen bahnbrechenden Schritt zu einem der realen Welt angemessenen Geldbegriff schaffen G. Heinsohn und O. Steiger, wenn sie in ihrem Werk „Eigentum, Zins und Geld“ die Geld- bzw. Kredit und Kapitalentstehung von Anfang an auf eine Subjekt-Subjekt-Ebene, d. h. auf eine zwischenmenschliche Vertragsebene von Eigentümern transformieren.<sup>39</sup> Geld entsteht „auf dem Papier“, d. h. im *Kreditvertrag*, indem die Gläubigerbank sich haftendes Eigentum vom Schuldner schriftlich übertragen lässt, um so einen Buchkredit zu erhalten, der wiederum auf der vertraglichen, d. h. rein zwischenmenschlichen Ebene zwischen Unternehmen und Arbeitern als Geldlohn operieren kann, damit auf diese Weise reale Arbeitsstunden in konkrete Waren transformiert werden können. Im Sinne der parmenidischen Entscheidungslogik trennen die Bremer Ökonomen streng die Kategorien „Eigentum“ (virtuell) und „Besitz“ (reale Nutzung) von Objekten voneinander und entwickeln aus dieser Entgegensetzung zweier grundverschiedener Kategorien das Kreditgeld. Indem haftendes Eigentum aufs Spiel gesetzt wird, wird der Kreditnehmer dazu gezwungen, seine Absichten mit dem Ganzen der Wirtschaft, d. h. den Erwartungen der übrigen Akteure oder mit allen Nicht-Anwesenden zu reflektieren. Nur wenn seine Absichten sich mit den Erwartungen der übrigen Marktteilnehmer im Zeitverlauf in Deckung bringen lassen, darf der Schuldner hoffen, dass die eingegangenen, buchungstechnisch oder rein rechtlich bestehenden Kreditverpflichtungen später auch durch Zins und Tilgung erfüllt werden. Stellt sich diese Situation nicht ein, so ist die Vermögensposition unwiderruflich verloren und damit die Möglichkeit, auch in Zukunft die Arbeitsteilung kreativ mitzugestalten. Entsprechend dieses verlorenen Entscheidungspotenzials wird – auf Veranlassung der Gesamtheit der Marktteilnehmer; ausgeführt durch eine beauftragte Bank - Entscheidungskompetenz oder Handlungsenergie reduziert, da sie sich in der Marktwirklichkeit nicht bewährt hat.

---

tems zu einem der beiden unablöslich verbundenen Bestandteile umgewandelt wird und seine Substantialität mit dem anderen Bestandteil teilen muss.“

<sup>38</sup> J. Habermas (1995) S. 299: „Anders als viele Systemtheoretiker der jüngeren Generation konnte Parsons nicht in Versuchung kommen, die Konstituierung des Gegenstandsbereiches ‚Handlung‘ oder ‚Gesellschaft‘ über der Anwendung des Systemmodells zu vergessen. Lehrreich ist gerade die Spannung, die zwischen beiden Paradigmen bestehen bleibt, eine Spannung, welche die orthodoxen Schüler schlicht leugnen, während die weniger orthodoxen diese Spannung in die entgegengesetzten Richtungen- in der eines verselbständigten Systemfunktionalismus oder in einer Rückbildung auf Positionen des Neukantianismus – aufzulösen trachten.“

<sup>39</sup> G. Heinsohn; O. Steiger (2006) S. 242: „Ebenso wie die Gläubiger wissen die Schuldner, dass die Generierung von Geld aus dem ‚Nichts‘ misslingen muss. Wie der Gläubiger belasten muss, damit gutes Geld entsteht, muss der Schuldner haften, damit er dieses Geld im Kreditkontrakt erwerben kann. Mit dem Riskieren seines Eigentums für die Haftung riskiert der Schuldner die Basis seines Wirtschaftens.“

Eine entsprechende Situation ergibt sich auch, sofern kein beleihungsfähiges Eigentum als Haftungsmasse eingesetzt werden muss und direkt z.B. Banknoten eingesetzt werden, da auch in diesem Fall bei einer Fehlinvestition der unwiederbringliche Verlust eines verbrieften Vermögens und damit von Entscheidungskompetenz (Energie) festgestellt werden muss. Die Annahme eines zum Anfang der Periode verfügbaren oder „wie Manna vom Himmel fallenden“ Geldbestandes ändert an der Argumentation prinzipiell nichts, da es sich nur um eine andere Form von haftendem Eigentum handelt. In letzter Konsequenz steht für eine Banknote die auf dem Papier genannte Bank im Falle einer Rückgriffshaftung ein. Banken können durch ihre internen Kreditbeziehungen unter Einhaltung der Eigenkapitalhaftungsregeln im Prinzip grenzenlos Kreditgeld schaffen, mit dem sie allein auf einer buchungstechnischen Ebene eine zeitliche Überbrückung von Produktionsprozessen in Szene setzen. Unternehmen können somit – ohne auf einen bereits vorhandenen Vermögensbestand rekurren zu müssen – mit dem Geldlohnvertrag ein Verpflichtungsgeschäft eingehen, welches sich erst in der Zukunft mithilfe der Interaktion mit den Banken durch die Kreditschöpfung oder durch zur Verfügung gestelltes Kapital zeitlich überbrücken lässt. Erfüllen sich dabei die Erwartungen nicht, so gehen im Vertrauen geschlossene Vermögens- oder Kapitalpositionen und damit Entscheidungskompetenz, auch die der Bank im Volumen der eingesetzten Eigenkapitalposition, im Interesse des Kollektivs verloren.

Erst aus der Beschreibung der dynamischen Interaktion von Teilen mit einem sich *in Bewegung* befindlichen Ganzen kann die Funktion des Ganzen als ein sich selbst regulierendes System der Teile erschlossen werden, wie L. Bertalanffy, der Begründer der *neueren, dynamischen* Systemtheorie feststellt.<sup>40</sup> Er wollte mit seiner neuen Methode u. a. die Zergliederung der Wissenschaften aufhalten und die sich zerfasernden Fachdisziplinen mittels einer neuen Methode wieder zusammenführen. N. Luhmann macht diesen Ansatz für die sozialwissenschaftliche Forschung fruchtbar, indem er z. B. in einem analog operierenden Modell die *Differenz* zwischen System und (Teil-) Umwelt zur *Leitunterscheidung* gestaltet und die jeweils von einem Teilsystem beobachtete Differenz zum Ausgangspunkt der Selbststeuerung von System-Umweltbeziehungen erhebt.<sup>41</sup> Die Koordination zwischen den Subsystemen erfolgt allein durch reflexive Kommunikation, d. h. allein durch die Interaktion zwischen den Teilen und ist insofern auf kein objektbehaftetes Tauschmedium angewiesen. N. Luhmann bleibt jedoch durch die Unterscheidung von System und davon zu unterscheidender Umwelt im Analogmodell verhaftet, wie er in „Die Wirtschaft der Gesellschaft“ selbst andeutet. Ihm gelingt es nicht, aus dem Analog-Modell von Einheit und Vielheit zu entkommen, um Handeln und Entscheiden miteinander zu verbinden. Die Eigendynamik von Handlungen kann nicht überzeugend mit den Ruhepunkten von Entscheidungen oder Vertragsschließungen zu einer Einheit von System und Umwelt unter Wahrung einer Differenz zusammengefügt werden. Es fehlt, wie er anmerkt, eine „zusätzliche Reflexionsfigur“, um die zwei Seiten des Kommunikationsprozesses, nämlich das Handeln in der Zeit und den Zeitpunkt des Vertragsschlusses zu einer höheren Einheit zu verbinden.<sup>42</sup> Die Lösung liegt, J. Diekmann folgend, in einer unterscheidungslogischen Zusammenführung (Synthetisieren) der aristotelischen mit der parmenidischen Unterscheidung, indem zwei entgegengesetzte Teile mit der Zeit in einem dynamisch oszillierenden Ganzen beobachtet werden.

---

<sup>40</sup> L. von Bertalanffy (1968) General Systems Theory S. XXI.

<sup>41</sup> N. Luhmann (1998): „Systemdifferenzierung heißt gerade nicht, dass das Ganze in Teile zerlegt wird und, auf dieser Ebene gesehen, dann nur noch aus den Teilen und den „Beziehungen“ zwischen den Teilen besteht. Vielmehr rekonstruiert *jedes* Teilsystem das umfassende System, dem es angehört und das es mit vollzieht, durch eine eigene (teilsystemspezifische) Differenz von System und Umwelt.“

<sup>42</sup> N. Luhmann (1994) S. 284: „Das diese Systeme sich veranlassen, Entscheidungen zu treffen, muss durch eine zusätzliche Reflektionsfigur erklärt werden, nämlich durch eine Verknüpfung von Struktur und Ereignis, die darin besteht, dass die strukturierende Erwartung an das Ereignis zurückdirigiert wird und es somit von Handlung zu Entscheidung aufwertet.“

Der von J. Diekmann vorgeschlagene Lösungsweg einer erweiterten Unterscheidungslogik, nämlich einerseits die analogen Handlungen und deren unentwegt voranschreitende Differenzierung zu beschreiben und andererseits diese wiederum mit einen sich selbst steuernden, zweistellig operierenden Kommunikationsintervall zu verbinden, indem Handlungen und Entscheidungen sich als Entgegensetzungen unentwegt ergänzen und fortpflanzen, hat J. M. Keynes mit der denkbar abstraktesten Formel der Entgegensetzung von Verschiedenem und Nicht-Verschiedenem ( $N \cdot W = E$ ) bereits als Idee formuliert und in einigen Teilen der GT auch umgesetzt. Durch die Abstraktion der Mikrowelt der verschiedenartigen Güter auf die sich dahinter verbergenden Arbeitsstunden verbindet er diese Güter bereits im ersten Analyseschritt mit *vereinheitlichenden* Zeiteinheiten, die wiederum als von konkreten Objekten völlig losgelöste Kategorie mit der nicht minder abstrakten, grundverschiedenen, d. h. denkbar abstrakt entgegengesetzten Makrokategorie „Einkommen“ in Interaktion treten können. Die nahezu unendliche Vielzahl unterschiedlicher Güter und Dienstleistungen wird auf die zur Herstellung benötigten Stunden an Arbeit reduziert und an deren Re-Produktion reflektiert. Während man diese Gütervielfalt nicht zu einer Einheit verbinden kann ohne irgendeine Bewertung vornehmen zu müssen, lassen sich die mit einheitlichen Zeiteinheiten bewerteten Stunden als Leistungseinheiten sehr wohl zur Menge der Beschäftigung, d. h. zur Makroeinheit der Produktion zusammenfassen.<sup>43</sup> Diese Ansammlung grundverschiedener Elemente zur Menge der Beschäftigung kann als eine Einheit bezeichnet werden, welche sich in eine unendliche Fülle von Verschiedenartigkeit ausdifferenzieren lässt. Indem in einer Unternehmung im Geldlohnvertrag jedem Beschäftigungsverhältnis eine individuelle, wenn auch höchst abstrakte Bewertung zugeordnet wird, kommt eine rein *zwischenmenschliche* Beziehung zwischen den Akteuren in den Mittelpunkt des Austauschprozesses. Die Arbeit erhält in der Produktionssphäre durch die Zuordnung eines Stundenlohnes eine einheitliche Gegenbewertung, die im Prozess durch die Anderen auf dem Markt entweder bestätigt oder – zum Teil – negiert wird. Im Geldlohnvertrag wird somit zeitgleich eine erwartete Leistung, ebenso aber auch eine schriftlich fixierte Gegenleistung vereinbart. Ob die Bewertung der Verschiedenheit mit der Geldeinheit zu einem Ganzen mit den Bewertungen der Anderen gelangt, entscheidet sich erst im Prozess des Reflektierens sämtlicher Einzelwerte in der Marktbewertung durch die Anderen.

Die Gesamtbewertung der Arbeitsstunden zeigt sich in dem Geldbetrag, der zur zweifachen Umsetzung einer Arbeitsleistung in zwei Prozessschritten als Gegenleistung auf einer rein virtuellen Ebene wirksam wird. Dieser Betrag wird als ein im Niveau variierendes und dennoch ruhendes Einkommen (E) der unentwegt Bewegung erzeugenden Arbeitsstunden (N) zeitlich zugeordnet. Die Identität der verschiedenen Arbeitsstunden mit dem in identischen Einheiten formulierten Einkommen erfolgt durch den sowohl auf der Mikroebene des Unternehmens als auch der höchsten Makroebene geltenden Stundenlohn (W), mit dem die beiden Sphären aus Bewegung (Arbeits- und entgegen gerichteten Geldstrom) und Ruhe (Geldbestand) zu einer höheren Einheit zusammenfinden. Der Stundenlohn wird zur universellen Unterscheidungskategorie einer hochgradig arbeitsteilig organisierten Ökonomie und gibt die Frequenz an, mit der die beiden Ebenen aneinander pulsieren. J. M. Keynes hat somit im vierten Kapitel der GT eine fundamentale Unterscheidung der Unterscheidungslogik für die ökonomische Theorie fruchtbar gemacht, indem er einerseits die Arbeit unmittelbar mit der Zeit verbindet und andererseits das Geld jeglicher Materialität entzieht und es als Gegeneinheit funktionalisiert, die eine unentwegte Reflexion eigener Arbeit mit fremder Arbeit ermöglicht. Einerseits entstehen Arbeitsleistungen (je Stunde) und Geldeinheiten (pro Woche) zeitgleich in der Produktionssphäre, andererseits müssen beide Formen sich im Prozess nochmals aneinander reflektieren, um die zyklisch wiederkehrende Einheit der stets vorhandenen Zweiheit in einem einen Zeitraum ausfüllenden Kom-

---

<sup>43</sup> GT S. 40: „wir können aber dann die  $N_r$  in einer Weise aggregieren, in der wir die  $O_r$  nicht aggregieren können, weil  $\sum O_r$  keine numerische Menge ist.“

munikationsprozess zu klären, bei dem der Wochenlohn wiederum in eine Vielheit von Produkten zurückdirigiert wird.

#### 4 Dialogisch operierende Unternehmer in einer sich verändernden Marktumwelt

Die Bildung und Selbst-Koordination von Entscheidungen wird nicht aus der Perspektive eines tauschenden Akteurs, sondern aus der einer produzierenden Unternehmensorganisation heraus beschrieben. Diese kleinste Organisationseinheit der Marktwirtschaft ist über vier grundverschiedene Märkte mit der Umwelt verbunden. Auf der Absatzseite befindet sich für das spezifische Endprodukt der Warenmarkt, auf der Beschaffungsseite befinden sich die Märkte für Personal, Kapital sowie für Rohstoffe. An den Grenzpunkten des Unternehmens zu den vier Märkten misst auf der untersten Beobachterebene ein *Unternehmer* (und seine Gehilfen) unentwegt sich ändernde *Differenzen* in Leistungs- und Gegenleistungsströmen und trifft auf der Basis der sich ergebenden, *permanent* zu messenden *Differenzrelationen* im Zeitverlauf Entscheidungen. Sofern eine unerwartete *Differenz* zwischen der im Bewusstsein gespeicherten Erwartung in Relation zum konkret beobachteten Marktgeschehen gemessen wird, ist auf den analog operierenden Märkten für homogene Rohstoffe bzw. homogenes Kapital eine zweistellige Mehr/Weniger-Entscheidung zu treffen, auf dem digital operierenden Personal- bzw. Absatzmarkt ist eine vierstellige Mehr/Besser-Entscheidung zu treffen, die jeweils spätestens nach vier hintereinander folgenden Signalen abgeschlossen werden kann. Trifft die erste zweistellige Entscheidung im Sinne der Marktteilnehmer bereits in der nächsten Marktfrequenz zu, so wird die Differenz geschlossen, ist sie hingegen nicht-zutreffend, so bleibt sie offen, d. h. der Dialog ist mit der jeweils komplementären, jetzt analog operierenden Folgeentscheidung anschließend abzuschließen. Dem Unternehmer stehen somit auf den beiden letztgenannten Märkten jeweils zwei Alternativen zur Auswahl, weil die Arbeit bzw. die angebotene Ware nach dem *Grad* der Arbeitsproduktivität sowie der spezifischen Art der Arbeitsqualität zu unterscheiden ist. An diesen Grenzpunkten zwischen System und Marktumwelt werden auch die vier Steuererhebungsarten der Fiskalpolitik wirksam, mit denen diese die jeweils unzureichende, weil nur für die Lohnperiode wirkende Selbstreferenz der Marktteilnehmer mittels einer ergänzenden Fremdreferenz stabilisieren.

Auf den Rohstoffmärkten fordern die Eigentümer eines jeden homogenen Rohstoffes eine *Knappheitsrente*, die sich aus einer *Grund-* sowie einer *Differenzrente* zusammensetzt. Jeder Rentier teilt seinen erwarteten Vorrat eines homogenen, knappen Rohstoffes für den Zeitraum der eigenen Lebensspanne oder den der Familiendynastie gleichmäßig auf die am Markt vereinbarten Handelsperioden auf und verlangt für den Verkauf eines Rohstoffabschnittes von den interessierten Unternehmen ein Renteneinkommen. Je höher die zu erzielende Rente, desto schneller wird der Vorrat verkauft. Die Unternehmen fragen Rohstoffe nach und treiben dadurch den Preis so weit nach oben, bis die vom jeweiligen Grenzanbieter noch geforderte Rente sich noch mit dem Grenznutzen dieses Rohstoffes in den Unternehmen in Einklang bringen lässt. Auf dem Rohstoffmarkt gilt somit wegen der objektiven Begrenzung des Angebotes das Grenzertrags- wie auch das Grenznutzenprinzip, wie es im Realtauschmodell generalisiert wird. Die Anbieter des Rohstoffmarktes können die intertemporale Allokation des Gutes analog regulieren. Erwarten sie eine steigende Nachfrage, so verlangen sie eine höhere Rente. Wird der höhere Rentensatz vom Markt akzeptiert, d. h. erfüllt sich die erwartete Absatzgeschwindigkeit, so konnte die Preissteigerung am Markt durchgesetzt werden. Sinkt jedoch die kalkulierte Absatzgeschwindigkeit, so wird der Preis in der kommenden Vertragsrunde nach unten angepasst. Die für die Bergung und den Transport der Rohstoffe notwendigen *Arbeits- und Kapitalkosten* werden direkt in die Kalkulation der Unternehmungen integriert, sodass die Rentiers ihr Einkommen auf Konsum- und Sparanteile aufteilen. Die höchste Grundrente erhält derjenige Rentier, der für den Vertrieb keine Transportkosten aufwenden muss. Die im Verhältnis zum Verbrauchsort entfernt lie-

genden Rentiers müssen auf einen Teil der Rente verzichten, um die in Arbeitsstunden zu messenden Transportkosten zu finanzieren. Auch diese Kosten erscheinen durch diese Zurechnung in den Kalkulationen der jeweiligen Unternehmen.

Das auf dem Kapitalmarkt den Unternehmen angebotene, homogene *Kapital* entsteht, indem erstmals der konkrete *Besitz*, z. B. von Handelswaren oder nutzbarem Ackerland - der Parmenidischen Unterscheidungslogik folgend – in virtuelle, d. h. in einem Vertragsdokument in einem *Eigentumsrecht* transformiert wird.<sup>44</sup> Der Kreditbetrag entsteht somit im Vertrag, indem der nominale Gegenwert eines realen Sicherheitsäquivalentes als Buchgeld ausgewiesen wird. In entwickelten Volkswirtschaften können alle denkbaren Vermögensgegenstände zur Kapitalerzeugung als Haftungsäquivalent herangezogen werden. Das angebotene Kapital wird gegen eine regelmäßige Zinsentschädigung den Unternehmen nach Abtretung einer äquivalenten Realsicherheit zur Produktions-, bzw. Investitionsfinanzierung zur Verfügung gestellt und nach einem exakt festgelegten Zeitraum zurückgefordert. Grundsätzlich steht in entwickelten Volkswirtschaften hinreichend Eigentum als Sicherheit zur Unternehmensfinanzierung zur Verfügung, um damit sämtliche notwendigen Kapitalien zu generieren, d. h. um zeitlich sämtliche Produktion mit dessen Konsumption zu verbinden. Die Kapitaleigentümer fordern neben einer Realsicherheit einen *Zins*, um zum Einen dem Schuldner eine zeitlich vertragsgemäße Rückzahlung aufzudrängen und andererseits, um für die insgesamt ausgegebenen Kapitalien eine angemessene Entschädigung für einen denkbaren Untergang einzelner Kapitalien zu erhalten. Der Zins wird somit *nicht* aus einer Zeit- oder Konsumpräferenz abgeleitet, sondern ist ein Phänomen der gegenwärtig zu betrachtenden Allokations- und Produktionssphäre und wird auf die Haftung oder das zu verantwortende *Risiko* und damit auf ein *Informationsproblem* des Kapitalgebers zurückgeführt. Nehmen die erwarteten Risiken des Kapitalunterganges zu oder droht in der Rückzahlungsphase eine nominale Entwertung der Tilgungsraten, so wird ein höherer Zins verlangt.

Jedes Unternehmen wendet sich an den Kapitalmarkt, um das für die Überbrückung der Geschäfte notwendige, haftende oder geliehene Kapital permanent zur Verfügung zu haben. Die Unternehmensleitung sieht sich veranlasst, das Unternehmen nach allgemein vereinbarten Kapitalgrundsätzen zu lenken, damit zu jeder Zeit hinreichend Haftungskapital zum Marktzins zur Verfügung steht. Liquiditätsengpässe oder Zinsaufschläge kann ein Unternehmen durch die transparente Einhaltung der Regeln vermeiden. Eine Expansion oder Verfeinerung der Ausrüstung bzw. eine geplante Personalentwicklung, d. h. die Entscheidung zu einer Investition erfordert zusätzliches Kapital, welches nur dann auf dem Markt – ob von Darlehensbanken oder von Kapitaleigentümern oder mittels der Innenfinanzierung von den Arbeitnehmern – zu beschaffen ist, wenn die erwarteten Überschüsse aus dem Engagement in der erwarteten Amortisationsphase mindestens Zins und Tilgung erwirtschaften. Unternehmen erhalten somit für die neben dem laufenden Geschäftsbetrieb geplanten Investitionen nur dann Kapital, wenn die erwartete Grenzleistungsfähigkeit der Investition mindestens dem Zins entspricht. Die Zinseinkommen der Kapitalgeber fließen in deren Konsum oder dienen als neu geschaffenes Haftungskapital für weitere Kredit- bzw. Kapitalangebote. Die Kapitalgeber erwirtschaften ein Einkommen, weil sie einerseits einem strikten Eigeninteresse folgen, andererseits aber einem Gemeinwohl dienen, indem sie nur Investitionen finanzieren, von denen auf dem Markt eine Rückkopplung durch die Nachfrage zu erwarten ist, d. h. eine Verschwendung von Arbeit auszuschließen ist.

---

<sup>44</sup> O. Steiger und G. Heinsohn (2003); S. 137: „Obwohl die moderne Forschung daran gescheitert ist, die Eigentumsentstehung aufzuhellen, hat sie doch immerhin gesehen, das in der *Polis* mit ihrem Eigentum umgehend zinsbelastete Kontrakte über Geld das eigentlich auffällige, ja überwältigende Element des Wirtschaftens werden. Mehr als dieses gemeinsame Auftreten – als bloß empirische Korrelation – von Eigentum mit Kredit- und Kaufkontrakten hat die Forschung allerdings nicht auszumachen vermocht. Wie das eine – Eigentum – mit dem anderen – ökonomische Kontrakte – zusammenhängen könnte, gilt nun nicht nur für die Wirtschaftsgeschichte, sondern auch für die Wirtschaftstheorie als schmerzliches Rätsel.“

Das Kapital oder der Bankkredit sind nicht in einem physischen Sinn produktiv, es ist aber auch nicht, wie J. M. Keynes andeutet, in einem physischen Sinn *ertragreich*, sondern nur in einem nicht-physischem, d. h. rein zwischenmenschlichen Verhältnis in hoffnungsvollen Marktbeziehungen einzusetzen, damit sich dort Produktivität zu entfalten vermag, die dem Kapital einen Ertragsanteil ermöglicht.<sup>45</sup> Das Kapital übernimmt im Interesse des Kollektivs zur *zeitlichen Überbrückung* einer Investition bzw. zur Finanzierung der dazu benötigten Arbeitsstunden eine Dienstleistungsfunktion. Die Kapitaleigner werden mit einem Ertrag entschädigt, sofern diese Dienste nicht allein dem Eigeninteresse, sondern indirekt auch dem Kollektivinteresse folgen und diesem zufolge einer marktgerechten Produktentwicklung entsprechen. Dieser Ertrag tritt nur dann in Erscheinung, wenn der eingesetzte Geldbetrag in den Marktprozess einfließt und nach kürzeren oder längeren Umweg-Zeiträumen früher oder später durch die (demokratischen) Ausgabeentscheidungen der Konsumenten an den Ausgangsort vollständig zurückgeführt wird. Jeder Eigentümer erhält die Möglichkeit, seinen Besitz aufs Spiel zu setzen, um im Rahmen einer Sicherungsübereignung dadurch bei einer Bank Kreditgeld oder Kapital zu generieren, mit dem eine Produktion finanziert werden kann. Wegen der Homogenität des gehandelten Kapitals können die Anbieter den Markt mit dem analogen Code ja/nein steuern. Trifft die Investitionsentscheidung auf dem Markt, d. h. bei den Konsumenten, auf eine *positive* Resonanz, so werden die eigene Kapitalposition und damit die eigene Entscheidungskompetenz in Höhe der erwirtschafteten Differenz erweitert. Ist diese hingegen negativ, so geht Eigentum verloren und die Realsicherheit auf den Gläubiger über. Nicht das Kapital ist somit knapp, sondern die *Informationen* darüber, welche Waren in welcher Art und Güte *in naher Zukunft* auf dem Markt kommuniziert werden können.

Die dritte Verbindung des Unternehmens zur Umwelt führt zum *Arbeitsmarkt*, auf dem *artspezifisch* zu unterscheidende Stundenleistungen beschafft und als Gegenleistung *Geldlöhne* bezahlt werden. Zudem ist zu entscheiden, wie viele Stunden die Ausrüstung genutzt und dabei der Grad der Arbeitsproduktivität entschieden wird. Für die Entscheidungsgrundlagen der Arbeitnehmer gelten die bereits thematisierten Ausführungen im zweiten Kapitel der GT. Die Arbeitszeit pro Woche, die Währungseinheit wie auch die Vertragsdauer sind aus rein pragmatischen Gründen zur Organisation einer komplexen Arbeitsteilung in einem Rahmenvertrag einheitlich, d. h. *kollektiv* festgelegt, während der individuelle Arbeitsvertrag auf den *relativen* Reallohn und die dort verlangten individuellen Qualifikationen abstellt. Zu Beginn jeder Lohnperiode erwarten die Arbeitnehmer eine Lohnerhöhung, die sich an der erwarteten relativen Produktivitätssteigerung des Unternehmens ausrichtet. Als zweites Relationskriterium wird das erwartete *allgemeine* Warenpreinsniveau herangezogen, aus dem Rückschlüsse zur allgemeinen Investitions- und Wachstumsaktivität gezogen werden. Erwartete Preissteigerungen sind, so wird in Abb. 1 in der dargestellten Modellformulierung deutlich, Indiz für allgemein steigende *Investitionen* und weisen insofern auf zu erwartende Produktivitäts- und Lohnsteigerungen in der Zukunft hin. Indem die Beschäftigung im I-Sektor zunimmt, strebt ein höheres Einkommen auf eine gegebene Produktion. Das höhere Einkommen löst somit einen Anstieg der Nachfrage je Zeiteinheit und damit allgemeine Preissteigerungen aus, die zunächst zu einer Verminderung des Warenangebotes der Beschäftigten des C-Sektors und im Gefolge zu einer Vermehrung führen. Die tatsächliche Kaufkraft oder der Lohngütergegenwert ergibt sich erst bis zum Periodenende, sodass am Periodenanfang nur eine allgemeine Schätzung des erwarteten Preisniveaus bzw. der Kaufkraft möglich ist. Diese Argumentation ist als Skizze eines Gegenentwurfs zur Theorie rationaler Reallohnerwartungen anzusehen, eine tiefergehende Argumentation würde den Rahmen sprengen.

---

<sup>45</sup> GT S. 179: „Es ist viel zweckmäßiger zu sagen, dass das Kapital während seines ganzen Bestandes einen seinen ursprünglichen Kosten übersteigenden Ertrag hat, als es *produktiv* zu nennen.“

Das Unternehmen finanziert mit den insgesamt aufgewendeten Lohn- und Maschinengebäuhungskosten nicht allein die Reproduktion der eingesetzten Arbeitsstunden, sondern auch diejenige der jeweils in Anspruch genommenen Ausrüstung. Die Produktionskosten werden auf die hergestellten Produkte aufgeteilt, sodass im Angebotspreis die Stückkosten zuzüglich einer erwarteten Gewinndifferenz  $\gamma_r$  ausgewiesen werden. Der Angebotspreis wird somit auf die zu bezahlenden Arbeitsstunden zurückgeführt, die vom Unternehmen für die Bereitstellung der drei notwendigen, grundverschiedenen Faktoren Arbeit, Kapital und Rohstoffe zu bezahlen sind, d. h. die herausströmenden Geldbeträge dienen zunächst allein dazu, die *Konsumausgaben* der drei Eigentümer-Gruppen zu finanzieren. Jedes Unternehmen nutzt zudem die Möglichkeit, in einem direkt zugeordneten Investitionssektor Arbeitsstunden für die technische Erweiterung (Prozessinnovationen) sowie im Rahmen der Personalentwicklung für die qualitative Verbesserung der Produkte (Produktinnovationen) zu beschäftigen, um so Entwicklungschancen für die Stabilisierung der Wettbewerbsposition zu sichern. Die in diesem Bereich zu bezahlenden Arbeitsstunden zur Erweiterung und Verfeinerung der Ausrüstung bzw. zur Qualifizierung des Personals entsprechen der Investitionssumme, die über drei Kanäle im Unternehmen finanziert wird. Erstens werden Investitionen im Rahmen der *Innenfinanzierung* über einen Aufschlag auf den Produktionspreis und damit direkt über den Absatzmarkt aus Ersparnissen der Arbeitnehmer finanziert, indem ein Gewinn realisiert wird, der in der Folgeperiode zu einem höheren Lohn und damit zu mehr Kaufkraft führt. Zweitens werden Investitionen über Bankkredite, d. h. über das Kapital des Bankensystems sowie verwaltetes Vermögen und drittens über zu verkaufende, neue Eigentumsanteile finanziert. Das Unternehmen verteilt die Finanzierung auf diese drei Kanäle, um sich bei Veränderungen in den relativen Finanzierungsbedingungen, d. h. in sich ändernden Risikoeinschätzungen der verschiedenen Kapitalgeber stets Wahlmöglichkeiten offen zu halten. Ergeben sich bei einem Kanal zusätzliche Erschwernisse, so kann das Unternehmen auf zwei Alternativen ausweichen, um ein von der Absatzseite signalisiertes Investitionsniveau kostengünstig zu realisieren.

Im Angebotspreis sind für die spezifischen, auf dem Markt angebotenen Waren somit im *Produktionspreis* die Stückkosten enthalten, die sich aus den Faktorkosten für die drei Produktionsfaktoren ergeben. Im tatsächlich realisierten *Marktpreis* sind zusätzlich die jeweils zugeordneten Investitionskosten der Innenfinanzierung als zu bezahlende Arbeitsstunden berücksichtigt. Die beobachtbare Gewinndifferenz zwischen Kosten und Erlösen dient als zentrale Informationsgrundlage des Unternehmens, um das jeweils folgende Investitionsniveau in einer ersten Annäherung zu entscheiden. In der GT wird zwischen den kurzfristigen Absatzerwartungen zur Finanzierung des Konsumgütersektors, die im *Produktionspreis* ( $p_r^s$ ) reflektiert sind und den langfristigen Profiterwartungen zur Finanzierung der Arbeitsstunden im Investitionssektor unterschieden, die im Marktpreis ( $p_{r,t}$ ) reflektiert werden. J. M. Keynes betont im fünften Kapitel, dass bereits mit den kurzfristigen Erwartungen ein *Zeitraum* bis zur Realisierung der Produktion überbrückt werden muss.<sup>46</sup> Im Zentrum der digital zu interpretierenden Beobachtungen des Unternehmens steht die *Relationsdifferenz* zwischen der *Absatzmenge je Stunde* im Verhältnis zum in Gegenrichtung einströmenden Erlös je Stunde, die in der Differenz zwischen erwartetem und realisiertem Stückpreis reflektiert wird. Eine stabile Relation ergibt denjenigen Angebotspreis, der bei konstanten Geschwindigkeitsrelationen auf dem Absatzmarkt als zentrale

---

46 Allgemeine Theorie S. 41: „Jede Erzeugung dient letzten Endes der Befriedigung des Verbrauchers. Zwischen den auf den Verbraucher abgestellten Aufwendungen des Erzeugers und dem Ankauf der Produktion durch den endgültigen Verbraucher vergeht aber gewöhnlich Zeit und manchmal sogar viel Zeit. Inzwischen muss der Unternehmer...seine bestmöglichen Erwartungen über den Preis bilden, den die Verbraucher zu bezahlen bereit sein werden...und er hat keine andere Wahl, als sich durch diese Erwartungen leiten zu lassen, wenn er überhaupt durch Zeit beanspruchende Verfahren produzieren will.“... S. 42: „Es sind diese verschiedenen Erwartungen, auf die sich die von den Firmen angebotene Beschäftigungsmenge stützt. Die wirklich erzielten Ergebnisse der Erzeugung und des Verkaufs der Produktion sind nur insofern für die Beschäftigung maßgebend, als sie Veränderungen in den späteren Erwartungen verursachen.“

Marktinformation beobachtet werden kann. J. M. Keynes unterscheidet in diesem Zusammenhang die Arbeitsstunden zweistellig, d. h. nach dem streng gleichartigen *Grad*  $N_r(\varphi_r)$ , der dem spezifischen Ausrüstungsstand oder der physischen Arbeitsproduktivität entspricht und der strengverschiedenen *Art* der Arbeit  $N_r(\psi_r)$ , d. h. andererseits nach der Qualifikation oder Kunstfertigkeit der in der Produktlinie eingesetzten Mitarbeiter.

Der binären Entscheidungslogik folgend wendet der Unternehmer zunächst eine duale, analog operierende Entscheidungshypothese an, aus der sich dann in einem zweiten Schritt im dialogisch operierenden Zeitverlauf *vier* Alternativen ableiten lassen: Ein unerwartetes Steigen der Absatzmenge gegenüber der erwarteten Absatzmenge pro Zeiteinheit wird vom Unternehmer spontan zu Preisanhebungen genutzt, um so die erwartete Absatzgeschwindigkeit, auf die sich die konkrete Produktion bezieht, mit der beobachteten Geschwindigkeit im Marktverlauf möglichst rasch wieder in Einklang zu bringen. In einem solchen Fall ergibt sich bis zum Periodenende, d. h. bis zu neuen Lohnverhandlungen, ein über den Erwartungen liegender Gewinn, der entweder in eine Erweiterung der Ausrüstung (Grad der Arbeit) oder eine Qualifizierung des Personals (Art der Arbeit) fließt. Liegt hingegen die gemessene Absatzgeschwindigkeit je Stunde unterhalb der Erwartungen, so ergibt sich bei unverändertem Absatzpreis zunächst ein ungeplantes Lager, welches zu Beginn der folgenden Periode entweder Anpassungen in den Vergütungsrelationen oder in der Beschäftigungsmenge nach sich zieht. Eine spontane Senkung des Angebotspreises würde bei den Konsumenten *spekulatives* Warten auf Vermögensvorteile auslösen, wodurch das ungeplante Lager im Zeitverlauf noch höher ausfallen kann. Zunächst wirkt somit eine analog operierende Anpassungsregel: positive Umsatzänderungen werden zunächst mit walrasianischen Preisanpassungen, negative hingegen marshallianisch mit ungeplanten Lagerbeständen kompensiert. Diese einfache Entscheidungsregel ist aber in diesem Konzept an keine weiteren Stabilitätsbedingungen, z. B. an der Annahme abnehmender Ertragszuwächse geknüpft, es ergeben sich jedoch aus *beiden* Veränderungsmöglichkeiten im Zeitverlauf jeweils zwei unterschiedliche, sich anschließende Reaktionsmöglichkeiten, um das Unternehmen nach einer solchen Resonanz über die Auswahl von insgesamt *vier* Alternativen wieder in eine stabile Wettbewerbsposition zu bringen. Im Preis-Mengendiagramm können somit vier Entwicklungsrichtungen des Angebotspreises beschrieben und in einer sich in der Zeit entwickelnden Räumungslinie verdichtet werden.

Die weitere Beschreibung soll auf eine *positive* Resonanz, d. h. auf einen unerwarteten *Gewinn* konzentriert werden. Der Unternehmer empfängt diese positive Differenz als einen binären Code, aus dem zu interpretieren ist, in welcher Weise sich das Unternehmen spontan der neuen Situation anpassen soll, um so die Wettbewerbsfähigkeit fortzuentwickeln. Die beiden Kriterien sind *strengverschieden* voneinander zu beurteilen. Der Grad der Arbeit bezieht sich auf Subjekt-Objekt-Beziehungen oder die Menge der anzubietenden gleichartigen Waren, die Art auf eine rein zwischenmenschliche Komponente, die in der Wertschätzung der im Produkt enthaltenen Botschaft (Design, Image) verkörpert ist. Der binäre Code enthält somit auf dem positiven Impuls die beiden strengverschiedenen Botschaften: *mehr* oder *besser*. Der Unternehmer muss den Code im Zustand der Ungewissheit interpretieren und im Zeitverlauf im Dialog mit der gegenüberliegenden Marktseite abschließend klären. Entscheidet er sich für *mehr*, so erwarten die Konsumenten zum unveränderten Preis in Zukunft eine höhere Angebotsmenge. In diesem Fall besteht bei den Konsumenten in dieser Wachstumsphase eine gegenüber anderen Produkten höhere *Priorität* für dieses Produkt. Der Unternehmer wird bei dieser Interpretation die Beschäftigungsmenge und ggfls. die Kapitalausrüstung steigern, um bei gegebenen Stückkosten und erwartetem Gewinnaufschlag eine nachhaltig größere Absatzmenge des artspezifisch homogenen Produktes zu realisieren. Sofern die Absichten der Konsumenten dieser Interpretation entsprechen, so wird in der folgenden Periode der erwartete Angebotspreis bei höherer Absatzmenge realisiert. In der Folgezeit werden die Löhne angehoben, um diese höhere Menge zu verkaufen. Wird die Änderung im Angebotspreis im Code jedoch als *qualitatives*, zwischenmenschliches Signal inter-

pretiert, so wird in diesem Fall die in den Waren verkörperte Produktqualität im Verhältnis zu den übrigen Produkten höher bewertet, d. h. bei unveränderter Angebotsmenge lässt sich wegen der höheren Arbeitsqualität nachhaltig ein höherer Angebotspreis realisieren, der sich auf die relative Entlohnung positiv auswirkt.

Im Fall der graduellen Veränderung führt der höhere Umsatz, der sich aus einer höheren Absatzmenge ergibt, zunächst zu Erweiterungs- resp. Rationalisierungsinvestitionen und entsprechend zu höheren Kapitalkosten. Sobald jedoch die Investition amortisiert ist, wird sich die höhere Produktivität in höhere Löhne und damit in eine höhere Kaufkraft niederschlagen, mit der die höhere Menge zu unveränderten Angebotspreisen abgesetzt werden kann. Im Fall der artspezifischen Änderung der Nachfrage entwickelt sich ein Sog auf die Löhne, da die höhere Produktqualität aus den handwerklichen und kommunikativen Fähigkeiten der Beschäftigten resultiert. Sofern das Unternehmen den Impuls richtig interpretiert, wird die Anpassung vom Markt positiv zurückgekoppelt, bei einer Fehlinterpretation erfolgt in der Folgeperiode eine entsprechend entgegen gerichtete Anpassung, die jedoch in diesem Fall von weiteren Konsumentenreaktionen überlagert wird. Grundsätzlich lässt sich die Kommunikation zwischen Produzenten und Konsumenten anhand der zweistelligen Entscheidungsregel (mehr/besser) unter Inanspruchnahme einer strukturierenden Zeit bewerkstelligen, sofern die Kontrollinstanz der beobachtenden Bank dieser Interpretation des Unternehmers prinzipiell unterstützt.

Die Interaktion zwischen den drei Akteuren auf dem kombinierten Arbeits- und Warenmarkt, die als Basismarkt des Systems bezeichnet werden soll, lässt sich in einer Hicks Woche darstellen. Am Montag vereinbaren die unmittelbaren Vertragsparteien im Geldlohnvertrag eine in Stunden fixierte Arbeitsleistung und den als Gegenleistung vereinbarten Geldlohn. Am Freitagabend ist die Arbeitsleistung in marktfähige Waren transformiert. Das Unternehmen reicht auf Basis der gefertigten Produktion gegenüber der Bank einen *Handelswechsel* als Realsicherheit aus, der auf der Basis des erwarteten Marktwertes akzeptiert wird und zur Gewährung des notwendigen Handelskredites führt; auf Grundlage des Handelskredites werden dann die Geldlöhne ausbezahlt. Am Samstag, dem Markttag, wechseln die beiden Ströme aus Leistungen und Gegenleistungen ihre Richtung. Jetzt wandern die homogenen Wareneinheiten von den Unternehmen zu den verschiedenen Konsumenten (Arbeitern), wobei die Unternehmer die Absatzgeschwindigkeit pro Stunde beobachten und Preis- oder Mengenanpassungen vornehmen. Das Geld bewegt sich entsprechend während der Marktöffnungsphase simultan zu den Unternehmen zurück. Treffen die Absatzerwartungen zu, so kann das Unternehmen am Periodenende die Wechselurkunde bei der Bank einlösen. Die Bank hat zwar im Eigeninteresse, aber zudem in einem Allgemeininteresse gehandelt, indem sie sicherstellt, dass nur für „gute Ware“ ein Handelswechsel in Umlauf gebracht wird.

Die insgesamt in jedem Unternehmen für die Produktion und Investition aufzuwendenden Kosten zuzüglich der für die Rohstoffe und das Kapital zu zahlender Renten ( $QR_t$ ) entsprechen den Markterlösen zuzüglich der neu beanspruchten Darlehen und Eigenkapitalanteile. In den Erlösen werden zum Einen die Reproduktionskosten der im C-Sektor sowie die der für den Erhalt Ausrüstung beschäftigten Arbeiter berücksichtigt, zum Anderen dient die Differenz zwischen Produktionspreis  $p_t$  und dem Marktpreis  $p_{r,t}$  der Innenfinanzierung von Investitionen. Aus den Erträgen der Innenfinanzierung kann in der Folgeperiode entweder bei gegebenem Preis ein höherer Lohn und eine korrespondierende größere Absatzmenge finanziert oder aber bei unverändertem Lohn und einem *niedrigeren* Preis eine höhere Absatzmenge verkauft werden. Diese Alternativen spielen bei der Analyse der strukturellen Arbeitslosigkeit eine zentrale Rolle. Dieses Konzept kann auf die gesamte Palette der in einer Ökonomie verkauften Waren und Dienstleistungen angewendet werden. Ergeben sich im Evolutionsprozess Änderungen in den Prioritäten (Grad) oder Präferenzen (Art) der Konsumenten, so ergeben sich im geschlossenen System jeweils zeitgleich *zwei* komplementäre Reaktionen. Zum Einen ergeben

sich auf der gegenüberliegenden Marktseite Anpassungen in der Produktionskonstellation, zum Anderen passen sich die übrigen Unternehmen in Mengen und Preisen dieser Konstellation unter der Annahme eines gegebenen Durchschnittslohnes an. Indem für insgesamt drei konkurrierende Unternehmen vollständige Produktionslinien formuliert werden, ergibt sich ein Modell, auf dem sowohl die Ergebnisse der neoklassischen als auch der klassischen Gleichgewichtstheorie als sich selbst steuernde Kommunikationsprozesse beschrieben werden können.<sup>47</sup>

$$W_{C,1} \cdot (N_{C,1} + N_{u,1}) + QR_1 + \gamma_1 + N_{I,1} \cdot W_{I,1} = p_1 \cdot O_1 + (p_1 - p_{t,1}) \cdot O_1 + KR_1 + EK_1 = E_1$$

$$W_{C,2} \cdot (N_{C,2} + N_{u,2}) + QR_2 + \gamma_2 + N_{I,2} \cdot W_{I,2} = p_2 \cdot O_2 + (p_2 - p_{t,2}) \cdot O_2 + KR_2 + EK_2 = E_2$$

$$W_{C,3} \cdot (N_{C,3} + N_{u,3}) + QR_3 + \gamma_3 + N_{I,3} \cdot W_{I,3} = p_3 \cdot O_3 + (p_3 - p_{t,3}) \cdot O_3 + KR_3 + EK_3 = E_3$$

-----

$$C_S \quad + \quad I_S + \mathcal{U} \quad = \quad C_D \quad + \quad S_D + \lambda \mathcal{L}$$

$$\Sigma N \cdot W \quad = \quad \Sigma E$$

Auf der Angebotsseite der Produzenten wird auf der mittleren Aggregatebene noch der Stundenbetrag  $\mathcal{U}$  ausgewiesen, der die *potenziell* noch zu organisierenden Arbeitsstunden oder den Grad der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit ausweist. Diesem Betrag entspricht auf dem Vermögensmarkt der in der Produktionssphäre noch *nicht* aktivierte Vermögensanteil  $\lambda \mathcal{L}$ , der als beleihungsfähige Realsicherheit im Prinzip zur Finanzierung der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit zur Verfügung steht. Durch eine Vermögenssteuer auf nicht als Haftungsmasse in Anspruch genommenes Vermögen kann eine zusätzliche Kraft ausgelöst werden, die haftendes Kapital und damit Beschäftigung in Bewegung zu versetzen vermag. Bei einem Steuersatz von z. B. zwei Prozent wird ein Vermögen nach fünfzig Jahren wegen offensichtlicher Passivität des Eigentümers an das Kollektiv zurückdirigiert. Auf der linken Seite des Gleichungssystems lassen sich die aktivierten Arbeitsstunden als Stundenmenge zur Beschäftigung summieren, auf der rechten Seite ergeben die summierten Umsätze das Einkommen. Jedes Unternehmen beobachtet an den vier Übergängen zum Markt permanent Veränderungen in den Leistungs- und Gegenleistungsrelationen und sichert dabei Anschlussreproduktionen und Entwicklungschancen am Markt ab. Diese Änderungen in den Relationen sind strikt vom realisierten Niveau der Beschäftigung zu unterscheiden. Die *Änderung* des Gewinns  $((p_1 - p_{t,1}) \cdot O_1)$  in der Zeit bildet dabei die ausschlaggebende Entscheidungsgrundlage ab, um an den vier „Menge/Zeit-Reglern“ an der Grenze des Unternehmens zu den vier Märkten jeweils Korrekturen in den Stromrelationen vorzunehmen, sodass der zum Periodenende realisierte Gewinn den Erwartungen entspricht und auf dieser Basis das Unternehmen weiterentwickelt wird. Im Rahmen einer digital operierenden Entscheidungslogik lässt sich der *Dialog* zwischen den Marktparteien als sich öffnender und schließender Kommunikationsprozess darstellen, der seine letztendliche Stabilität durch die (von der Allgemeinheit) zwischengeschalteten, vermittelnden Institutionen bzw. den jeweils komplementär zu beschreibenden Makroebenen erhält, die für die überbrückende Geld-, Kredit- oder Kapitalversorgung verantwortlich zeichnen. In diesem Marktkonstrukt spielen Neigungen von Gleichgewichtskurven keine Rolle, vielmehr kann im Preis-Mengen-Diagramm die Verschiebungsrichtung des Preises in die vier Himmelsrichtungen beschrieben werden, der jeweils einen Stromausgleich herbeiführt. Änderungen im Grad zeigen sich in West-Ost, Änderungen in der Art in Nord-Süd Bewegungen des Gleichstrompunktes.

## 5 Die Interaktion von Investition und Spekulation als fragiler Kommunikationsprozess

<sup>47</sup> Vergl. H. Meemken (2009)

Die Entscheidungen der für Investitionen zu bezahlenden Beschäftigung, d. h. über die Modernisierungs- und Erweiterungskosten der Produktionsanlagen bzw. über Umfang und die Art der Personalentwicklung werden in einer hochentwickelten Marktwirtschaft nicht mehr ausschließlich aus der *unmittelbaren* Interaktion von investierenden Unternehmen, Investitionskreditbanken und sparenden Haushalten getroffen, sondern zu einem wesentlichen Teil auf den diese Informationen in einem Zeitpunkt verdichtenden Vermögensmarkt (Börse) verlagert. Das Marktsystem wird somit durch den organisierten Markt für Eigentumsanteile (Aktien) um eine institutionalisierte Entgegensetzung von Individual- bzw. Kollektiventscheidungen höherer Ordnung erweitert. Jeweils einen maßgeblichen Teil der Investitionen finanzieren die Unternehmen mit neuen Aktien über die Börse, um auf diese Weise sowohl die Innen- als auch die Kreditfinanzierung zu stabilisieren. Die vermögenden Haushalte entscheiden im *Grenzhang zum Verbrauch*, welchen Anteil des verfügbaren Einkommens sie entsprechend der *erwarteten* Kursentwicklung spontan an die Börse lenken und damit die effektive Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen für die Unternehmen unerwartet vermindern können. Zusätzlich hinzugewonnene Vermögen stimulieren den Konsum (Vermögenseffekt), die *Erwartung* eines kurzfristig enorm steigerungsfähigen Vermögens mindert hingegen den kurzfristigen Konsum. Die Unternehmen entscheiden dementsprechend anhand der *Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals*, in welchem Umfang sie diesem Markt neue Aktien zur Investitionsfinanzierung anbieten oder angesichts der erwarteten allgemeinen Kursgewinne ihre eigene Liquidität für den Erwerb bestehender Aktien verwenden und damit Investition und Konsum zunächst destabilisieren. Das Zusammenspiel dieser beiden im Zeitverlauf schwankenden Kräfte der Produzenten und Konsumenten wird durch den *Zustand des Kredites* ergänzt. Die Banken können diesen Prozess stabilisieren, indem sie den Unternehmen (und Haushalten) Kredite zu niedrigen Zinsen anbieten, sie können aber auch bei relativ hohen Zinsen ihr eigenes sowie das verwaltete Kapital in den bereits bestehenden spekulativen Handel mit Wertpapieren einbringen oder gar Kredite für Spekulationen zur Verfügung stellen, und damit das Klima an der Börse anheizen.

Erst durch die Einführung einer zusätzlichen Zeitdimension kommt ein Destabilisierungselement höherer Ordnung in diesen Prozess, der in der GT als ein drittes psychologisches Gesetz im Rahmen der Geldnachfragefunktion der Haushalte thematisiert wird, welches jedoch insbesondere für Unternehmen, Banken und Vermögensverwalter von zentraler Bedeutung ist, um die eigene Vermögensposition jederzeit sichern zu können. Zu bestimmten Zeitpunkten entscheiden alle Akteure abrupt, häufig einem Herdentrieb folgend, ob sie angesichts einer unverhofft auftretenden, ungewissen Risikosituation den Aktienhandel spontan reduzieren und eine *Vorliebe für Liquidität*, d. h. für den Konsum von Sicherheit entwickeln. Zunächst soll das Phänomen der Liquiditätspräferenz ausgeblendet bleiben, um so den normalen Konjunkturzyklus und dessen Stabilisierungsmöglichkeit zu veranschaulichen. Die Interaktion der beiden erstgenannten psychologischen Gesetze verdichtet J. M. Keynes im zwölften Kapitel der GT in das Zusammenspiel von zwei jedem Akteur zugesprochenen Verhaltensweisen. Jeder Akteur erwirbt mit der *Unternehmungslust* neu angebotene Aktien und löst dabei unmittelbar Investitionen und Beschäftigung aus oder er handelt alternativ in einer *Spekulationslust* mit den bereits bestehenden Aktienvermögen, um das zu erwartende Erträgnis der verschiedenen Aktien in naher Zukunft, d. h. in der nächsten Lohnperiode besser vorausszusehen als der Markt. Im Prinzip bewerten somit sämtliche Akteure der Basismärkte von dieser nochmals höheren Beobachter- oder Makroebene ausgehend im Kollektiv regelmäßig im Zuge der unentwegt neu eintreffenden Informationen ihr Aktienportefeuille neu, um entweder Anteile zu veräußern, falls ein Marktteilnehmer das voraussichtliche Erträgnis spontan deutlich höher einschätzt oder entsprechend Anteile zu kaufen, sofern ein erwartetes Erträgnis höher als von den übrigen Marktteilnehmern eingeschätzt wird. Sämtliche Akteure können somit entsprechend der ihnen innewohnenden Verhaltensweisen unentwegt die Rolle des Käufers bzw. Verkäufers wechseln, um so die eigene Markteinschätzung mit derjenigen des Kollektivs unentwegt aufeinander abzustimmen.

Um die Bewertung der neu angebotenen Aktien durchführen zu können, ist als notwendiges Bezugssystem die relative Ertragserwartung sämtlicher bereits bestehender Aktien notwendig. Dementsprechend werden sämtliche auf diesem Markt bereits gehandelten sowie die jeweils neu angebotenen Aktien unentwegt in einer kollektiven Gesamtschau bewertet. Die tatsächlich von dieser höheren Werte aus objektiv beobachtbaren, in der Vergangenheit nachgewiesenen Ertragsentwicklungen der Unternehmen dienen dabei lediglich als eine erste *Orientierung*, um auf dieser Basis die langfristigen Gewinnerwartungen für jedes Unternehmen zu schätzen und dabei die jeweils aussichtsreichsten Projektangebote durch den Erwerb neuer Aktien zu finanzieren. Die Akteure sind somit bemüht, (neue) Kognitionen mit vertrauten Re-Kognitionen in Einklang zu bringen.<sup>48</sup> Nur *neu* angebotene Titel führen zu Investitionen und Beschäftigung im I-Sektor und münden schlussendlich in den Multiplikatorprozess ein, mit dem der Einkommenszuwachs und die Ersparnisse diesen Investitionen im Zeitverlauf angepasst werden, während das auf den langfristigen Erwartungen beruhende Null-Summenspiel mit den bestehenden Titeln klärt, welchen Unternehmen in naher Zukunft Investitionen, d. h. ein Angebot neuer Aktien zugetraut werden. Die Unternehmer entscheiden somit an der Börse in der Gegenwart über die unmittelbar zu initiiierenden Projekte, während die Spekulanten sich zeitgleich in die im *Gefolge* dieser Investitionsrealisationen zu erwartenden Zukunft der kommenden Lohnperiode vordenen, d. h. auf Erträge der *nächsten* Marktphase hoffen. Durch diese Interaktion von Investition und Spekulation wird der Entscheidungshorizont der Akteure so weit wie möglich auf die nahe Zukunft erweitert. Einerseits werden durch das Markt Kollektiv das aktuelle Investitionsniveau und damit die sich tatsächlich realisierende Beschäftigung entschieden, andererseits aber auch die sich daraus ergebenden Zukunftsaussichten spekulativ vorweggenommen.

Im Markt erfolgreich zurückgekoppelte Investitionen können als *Informationsgewinn* der Wirtschaft interpretiert werden, d. h. die Kapitalerträge reflektieren den zwischen Produzenten und Konsumenten erwirkten Zuwachs an gelungener Kommunikation. Die binäre Entscheidungslogik wird somit im zwölften Kapitel der GT für eine dynamisch wachsende Wirtschaft erweitert und auf einer nochmals höheren Beobachterebene für die Beschreibung des zunehmend komplexen Investitionsvorganges verdichtet, um so die Evolution neuer Marktinformationen als einen sich selbst regulierenden, zyklisch schwankenden Informationsgewinnungsprozess aus der Interaktion der drei psychologischen Gesetze zu beschreiben, die ihrerseits zunächst in zwei miteinander korrespondierenden Kräften der Unternehmungs- bzw. der Spekulationslust zusammengeführt werden. Haushalte, Unternehmen und Finanziere und damit alle in der Wirtschaft handelnden Akteure beobachten von dieser höheren Ebene der Börse aus im Zeitverlauf zunächst die Differenzen in den von den Unternehmen ausgewiesenen, objektiv gemessenen Gewinnen, um diese im Hinblick auf deren *erwartete* Änderungen hin zu interpretieren. Gleichzeitig beobachten sich die Akteure jedoch auch gegenseitig, um so die subjektiv erwartete, allgemeine Stimmungslage für Folgeinvestitionen und damit eine Reflexion zum Ganzen des zu erwartenden Marktes abzutasten, die sich bereits jetzt zum Teil im *allgemeinen* Kursniveau sämtlicher handelbarer Vermögenstitel spiegelt.

Erst in der Relation zwischen dem allgemein *erwarteten* Kursniveau sämtlicher Aktien und dem erwarteten Renditeniveau der neu angebotenen Aktien für konkrete Investitionen kann die Entscheidung getroffen werden, ob einem neuen Projekt das eigene Kapital anvertraut werden soll. Sofern die objektiven Fakten konkreter Projekte und/oder die zuweilen launische Stimmung der Masse der Marktteilnehmer, die u. a. als Indikator für die effektiv zu erwartende Gesamtnachfrage der nahen Zukunft zu bewerten ist, sich für Investitionen als wenig tragfähig erweisen, konzentrieren sich die Akteure auf den Handel mit bestehenden Aktien und treiben durch ihre Handelsaktivitäten die Nominalwerte unentwegt bewertend vor sich her, wodurch sich wiederum bei allgemein steigenden Kursen

---

<sup>48</sup> Vergl. G. Gigerenzer (2008)

weitere Akteure diesem Geschäftszweig widmen. Um an erwarteten Kursgewinnen zu partizipieren, werden unentwegt die entsprechenden Aktien im Kollektiv neu bewertet und jeweils an denjenigen Akteur veräußert, der der angebotenen Aktie den höchsten Erwartungswert beimisst. Damit werden die objektiven Erfolgsdaten jedes Unternehmens unentwegt an der *subjektiven Stimmung des Kollektivs* als zweiter Informationsquelle reflektiert, Mikrodaten als Repräsentanten der Teile und Makrodaten als Reflexion des Ganzen werden aneinander gespiegelt, um so die erwartete Profitabilität von aktuell durchzuführenden und später zu erwartenden Investitionen zueinander in Relation zu setzen, um so im Kollektiv den *einzig* richtigen Zeitpunkt für jede Einzelinvestition möglichst exakt zu treffen.<sup>49</sup> Ergibt sich dabei eine neue Differenz zwischen objektiv- kollektiver und subjektiv- individueller Einschätzung, so werden Titel entsprechend entweder gekauft oder verkauft.

*Relativ* hohe, von der Durchschnittsentwicklung abweichende Bewertungen einzelner Aktien erleichtern es den Unternehmen, mit relativ wenigen, neu anzubietenden Anteilen möglichst viel Investitionskapital für ein Projekt zu beschaffen. Nur ein *relativ* hoher Nominalwert stellt somit die beste Voraussetzung für Investitionen dar. Nur die jeweils *neu* im Markt platzierten Aktien (Investitionen) vermögen im Zusammenwirken mit dem einbehaltenen Gewinn (Innenfinanzierung) und zinsgünstigen Bankdarlehen in entsprechendem Umfang Arbeitsstunden (Beschäftigung) im Investitionssektor in Bewegung zu versetzen. Die Unternehmen bewerten die jeweils aktuell einbehaltenen Gewinne, die eine objektive Resonanz des Absatzmarktes darstellen, als *Basisinformation* (Initialzündung) für zu erwartende Gewinne und fragen, sofern auch diese Marktdaten attraktiv sind, zusätzlich neues Eigenkapital sowie Bankkredite nach, um so in einem risikoarmen Finanzierungsmix einen marktgerechten Umfang an Investitionen zu realisieren. Nur wenn die Kurse des betroffenen Titels und der geforderte Zins auch den Erwartungen der Unternehmer entsprechen, werden sie Kapital und/oder Kredite nachfragen. Die eigenen Informationen werden auf diese Weise optimal mit den Marktinformationen zurückgekoppelt.

Die Akteure an der Börse entscheiden durch die unentwegte Reflexion von Bestehendem an Neu-Fließendem das für Investitionen individuell zur Verfügung gestellte Kapitalangebot. Einerseits müssen sie sich individuell für eine Expansion oder Kontraktion der Investitionen entscheiden, andererseits müssen sie dabei aber auch die sich insgesamt ergebende Reaktion der übrigen Marktteilnehmer berücksichtigen, die den eigenen Erwartungen exakt entgegenwirken können. Inwieweit individuelle und kollektive Erwartung in Einklang zu bringen sind, kann nur im Zeitverlauf des Kommunikationsprozesses beobachtet werden. Die Bewertung bestehender Aktien ist somit unmittelbar von der Massenpsychologie sämtlicher Marktteilnehmer abhängig, d. h. einem Herdentrieb oder der Stimmung folgend können die Nominalwerte sämtlicher Titel in einem sich selbst beschleunigenden Prozess z. B. nach oben gezogen werden oder aber auch unabsehbar schnell kollabieren. Jeder Akteur sucht somit seinen Weg zwischen den Sandbänken eines an die Masse mechanisch angepassten Investitionsverhaltens und den Felsenklippen einer eigenwilligen Spekulation, wohlwissend, dass auch die übrigen Akteure sich in diesem Spannungsfeld hin und her bewegen. Zwar soll das Börsengeschehen in erster Linie zur Organisation der Investitionen dienen, gleichwohl müssen auch die bestehenden Titel sich stets in den Händen von Optimisten befinden. Die neue Binarität höherer Ordnung für die Entschei-

---

<sup>49</sup> Vergl. Allgemeine Theorie S. 180 „Das heißt, in Zuständen des Optimums sollte die Erzeugung derart aufgebaut sein, dass sie in der wirksamsten Weise erzeugt wird, die mit der Ablieferung an den Zeitpunkten vereinbar ist, an denen das Wirksamwerden der Verbrauchernachfrage erwartet wird. ... Wenn man erwartet, dass der Verbraucher nach Kenntnisaufnahme aller Einzelheiten über die Mahlzeiten, die er zu verschiedenen Essenszeiten bekommen kann, sich zugunsten 8 Uhr entscheidet, so ist es die Aufgabe des Koches, das beste Essen zu liefern, das er für diese Zeit bereitstellen kann, unbekümmert darum, ob 7.<sup>30</sup>, 8 Uhr oder 8.<sup>30</sup> die Stunde ist, die ihm am besten passen würde, wenn die Zeit in der einen oder anderen Richtung keine Rolle spielen würde und seine einzige Aufgabe wäre, das absolut beste Essen zu kochen.“

dungsfindung erreicht J. M. Keynes durch die Zweiteilung der Akteure – oder eines jeden Akteurs - in Unternehmer (Investoren) und Händler (Spekulanten) und beschreibt deren Interaktion *in der Zeit* z. B. als „Reise nach Jerusalem“, oder als „Schönheitswettbewerb höherer Ordnung,“ um so in dem Wechselspiel von abschließender Investition (Beschäftigung) und unentwegt fortlaufender Spekulation (Nicht-Beschäftigung) das im Zeitverlauf in Schüben schwankende Beschäftigungsniveau im Investitionssektor zu beschreiben.<sup>50</sup> In diesem zweigeteilten Prozess aus Investition und Spekulation wird somit ein kollektives Abstimmungsverfahren zur Festlegung der Investitionen institutionalisiert, indem der Zeithorizont bis zum erwarteten Kapitalrückfluss der Projekte in eine *Augenblicksentscheidung* der Gemeinschaft der Akteure transformiert und dabei dennoch sämtliche vorhandenen Informationen der erwarteten nahen Zukunft berücksichtigt werden. Sofern ein Akteur durch die unentwegt neuen Nachrichten in seinen langfristigen Ertragserwartungen enttäuscht wird, veräußert er die entsprechenden Titel spontan an einen diesen Titel optimistischer einschätzenden Marktteilnehmer.

Die Dynamik eines die Informationen verdichtenden Prozesses wird in der Biologie mit der Interaktion von Pflanzen fressenden Fried- und Fleisch fressenden Raubfischen beschrieben. Finden die Friedfische durch eine intelligente Nahrungssuche (Selektion) die richtige Nahrungszusammenstellung, so können sie sich vermehren und entsprechend in der Art stärker variieren, d. h. noch besser dem sich wandelnden Pflanzenangebot anpassen; in einem solch gesunden Milieu kann sich nur eine geringe Population an Raubfischen ernähren. Im Idealfall entwickeln sich das sich differenzierende Pflanzenangebot und die sich differenzierenden Friedfischarten harmonisch. Die Raubfische suchen von ihrer gegenüber den Friedfischen nochmals höheren Beobachterebene aus nach einer Energie höherer Ordnung und dezimieren dabei durch ihre Beutezüge diejenigen Friedfische, die sich der Pflanzenumwelt nicht flexibel genug anpassen. Im Zeitraffer lassen sich zeitweise rasch wachsende Populationen an Friedfischen beobachten, die mit nur kleinen Populationen an Raubfischen interagieren, in anderen Phasen, z. B. bei einer sich durch ein zu rasches Wachstum der Friedfische einstellende Pflanzenknappheit, kann das Verhältnis jedoch abrupt umschlagen, sodass bei den Friedfischen die Überlebensenergie versiegt und die Raubfische sich zunächst rasch vermehren, um sich dann aber durch diese Entwicklung relativ schnell selbst der eigenen Lebensgrundlagen zu entledigen. Durch die Kontraktion beider Fischarten vermag sich die Pflanzenwelt neu zu formieren. In der Biologie wird auf diese Weise ein sich selbst regulierender Evolutionsprozess beschrieben, bestehend aus dem Wechselspiel von Selektion und Variation sowie Expansion und Kontraktion. Die zweistellig-dynamische, sich wechselseitig steuernde Dynamik einer sich selbst regulierenden Wirtschaftsentwicklung kann analog auf den Suchprozess zwischen Investition und Spekulation im Rahmen von abgewandelten Lotka-Volterra-Gleichungen veranschaulicht werden.<sup>51</sup>

$$dU/dt = U \cdot (\epsilon_U - \gamma_U \cdot S) \quad \text{und} \quad dS/dt = - S \cdot (\epsilon_S - \gamma_S \cdot U) \quad \text{mit}$$

<sup>50</sup> GT.“S. 134:“Wenn wir den Ausdruck Spekulation für die Tätigkeit der Voraussage der Massenpsychologie gebrauchen dürfen, und den Ausdruck Unternehmertum für die Tätigkeit der Voraussage der voraussichtlichen Erträge von Vermögensbeständen während ihrer gesamten Lebensdauer, so trifft es keineswegs immer zu, dass die Spekulation die Oberhand über das Unternehmertum hat. Mit der Verbesserung der Organisation von Investmentmärkten nimmt aber die Gefahr zu, dass die Spekulation die Oberhand gewinnt.“ Und weiter S. 135:“Spekulanten mögen als Seifenblasen auf einem steten Strom des Unternehmertums keinen Schaden anrichten. Aber die Lage wird ernst, wenn das Unternehmertum die Seifenblase auf einem Strudel der Spekulation wird.“

<sup>51</sup> Für diesen Hinweis möchte ich Herrn L. Hollweg danken, der mir auf der diesjährigen Keynes-Tagung ein Diskussionspapier zu dieser Gleichung zur Verfügung gestellt hat.

$U_1$  – Investitionsvolumen der Unternehmer;  $\varepsilon_U$  – Wachstumsrate des Einkommens;  $S$  – Handelsvolumen der Spekulanten – zeitabhängig -;  $\varepsilon_S$  – Abnahme des Spekulationsvolumens, wenn die Investitionen abnehmen;  $\gamma_U > 0$  Inanspruchnahme von Vermögen der Händler für Spekulationen;  $\gamma_S > 0$  Anteil des Finanzvolumens, welches für Spekulationen absorbiert wird;  $\lambda_U, \lambda_S$  – ungestörte Wachstumsraten für Investitionen und Spekulationen;  $\alpha \cdot U \cdot S$  – Anzahl der Interaktionen zwischen Spekulanten und Unternehmern pro Zeiteinheit

Im Prinzip sollen die beiden sich wechselseitig steuernden Kräfte der Akkumulation (Investition) und Allokation (Spekulation) von Wissen zwischen der Basis der vielen Arbeits- und Warenmärkte und der übergeordneten Interaktion auf dem Vermögensmarkt skizziert werden, um dabei insbesondere die zeitweise stabilen, aber zeitweise auch höchst instabilen Investitionswellen zu beschreiben, die im konventionellen Akzelerator-Multiplikator-Modell einer entsprechenden Mikrofundierung entbehren. Am unteren Wendepunkt eines Konjunkturzyklus konzentrieren sich die Unternehmer auf diejenigen Aktienangebote, deren geplante Investitionen in naher Zukunft am aussichtsreichsten erscheinen, während einige wenige Spekulanten sich darauf konzentrieren, die zu erwartenden Investitionen der näheren Zukunft zu erraten und entsprechend bestehende Anteile dieser Unternehmen bereits *jetzt* erwerben, um bereits im herannahenden Zeitpunkt der Neuemission durch den Besitz des dann höher bewerteten Vermögens daran im Vorfeld partizipieren zu können. Spekulanten nehmen somit die erwartete Zukunft der Investitionen bereits im aktuellen Marktgeschehen vorweg. Gegenüber der Mehrzahl der Alteigentümer haben die Spekulanten den Vorteil, den erwarteten Investitionsertrag in einem wesentlich kürzeren Zeitraum zu erzielen. Sofern sich diese Einschätzung in der nächsten Marktphase als richtig erweist, können die neu angebotenen Titel dann nicht das geplante Ausmaß an Investitionen vollständig abdecken, da ein Teil dieses Vermögenszuwachses bereits in den Nominalwerten der Spekulanten vorweggenommen wurde, d. h. die dann auftretenden Unternehmen müssen sich den erwarteten Gewinn bereits jetzt mit den erfolgreichen Spekulanten teilen. Die Spekulanten verkaufen diese Titel entsprechend zu den höheren Preisen und erwerben wiederum für die nächste Börsenrunde diejenigen Titel, von denen sie vermuten, dass sie in der dann folgenden Phase zu Investitionen, d. h. neu angebotenen Aktien führen. Die Spekulanten nehmen gegenüber den Unternehmern eine jeweils die nahe Zukunft *vorwegnehmende*, beobachtende Ebene ein (Beobachten von Beobachten) und versuchen, die Erwartungen der Unternehmer in der kommenden Phase jeweils richtig zu erwarten, um sich so im Voraus einen Anteil an erwarteten Investitionsgewinnen zu sichern.

Beide Gruppen suchen in diesem die vorhandenen Informationen verdichtenden Markt den richtigen *Zeitpunkt*, damit das vermehrte oder verbesserte Produkt der Unternehmen zu exakt dem Zeitpunkt auf den Markt gelangt, an dem die Konsumenten dieses veränderte Warenangebot auch erwarten, wie J. M. Keynes diese „jetzt oder später“-Entscheidung anschaulich beschreibt.<sup>52</sup> Sofern die Unternehmer durch jetzt zu realisierende Projekte die unmittelbar initiierten Gewinne und die Spekulanten in gleicher Weise die erwarteten Gewinne aus erwarteten Projekten gleichermaßen zum richtigen Zeitpunkt korrekt erwarten, werden die tatsächlichen Überschüsse nach der Realisation jeweils auf alte und neue Titel proportional aufgeteilt, d. h. die Vermögen beider Gruppen wachsen zueinander proportional. Sofern die Unternehmer richtig erwarten und die Spekulanten Fehleinschätzungen unterliegen, so wächst der Gewinn allein den Unternehmern zu und deren Vermögen (Population) wächst, während die der Spekulanten dezimiert wird. Liegen hingegen die Unternehmer beim initiierten Gewinn zeitlich daneben, während die Spekulanten für die nahe Zukunft richtige Einschätzungen vollziehen, so wachsen in dieser Konstellation die Zuwächse den Spekulanten zu. Sofern sie in jeder der folgenden Phasen immer erfolgreich spekulieren, können sie ihren Anteil am Marktvermögen (Population) vermehren, während der den Unternehmen für Investitionen verbleibende Anteil wegen der geringeren Gewinnrückflüsse zwar wachsen aber *relativ* kleiner werden. Mit jeder Periode können die Spekulanten ihren Anteil steigern, sofern ihre *Erwartungserwartungen* im Hinblick auf die Unternehmenserwartungen richtig getroffen werden. Andererseits geben die Unternehmer keine Anteile an die

---

<sup>52</sup> GT Ebenda S. 180

Spekulanten ab, sofern sie selbst richtige und die Spekulanten falsche Prognosen treffen. Jede Investition wird durch diese zusätzliche Reflexion an den Entscheidungen der Unternehmen bzw. Spekulanten *doppelt* geprüft. Dementsprechend können Unternehmen und Spekulanten gleichermaßen Marktanteile verlieren oder gewinnen und dabei Investitionszyklen generieren. Das unmittelbare Investitionsvolumen wird dabei ausschließlich von dem resultierenden Vermögensanteil der Unternehmer für Investition und Beschäftigung geprägt; die Innenfinanzierungskomponente, die von der Lohnpolitik abhängig ist, sowie der Kreditanteil können dieses Volumen entsprechend stützen, aber auch schwächen.

Ein sich selbst verstärkender Investitionsprozess wird solange vorangetrieben, bis die mittlerweile realisierten Vermögenszuwächse z. B. die vermögenden Haushalte (oder andere Gruppen) dazu veranlassen, *vermehrt* Geld in die Spekulation zu transferieren. In einer solchen Situation können die Unternehmer ihre Absatzerwartungen nicht mehr erfüllen. Die bei rückläufiger Nachfrage einsetzenden Gewinneinbußen führen zu einer Investitionsverlangsamung, sodass ein Übergang vom Boom in die nächste Rezession eingeleitet wird. Die in beiden Sektoren verstärkt einsetzende unfreiwillige Arbeitslosigkeit führt zu einer Verschlechterung der Einkommensverteilung, aus der heraus die Konsumnachfrage nochmals an Kraft verliert. In dieser Phase präferieren die Akteure massenhaft zunehmend Liquidität, d. h. sie transferieren ihr Vermögen in liquide Staatsschuldtitel bzw. Bankguthaben, um sich vor drohenden Vermögensverlusten zu schützen. In diesem entscheidenden Augenblick ist der erwartete Ertrag des liquiden und dennoch wertbeständigen Geldvermögens in der dynamischen Perspektive am höchsten und bringt somit den Investitionsprozess zum Stillstand, bzw. verzögert eine Neubelebung.<sup>53</sup> Durch ebendiese Entscheidungen kommt es tatsächlich zu einem Einbruch bei den Investitionen, zu einer weiteren Verminderung der Beschäftigung im I-Sektor und zu nochmals steigender unfreiwilliger Arbeitslosigkeit sowie einem Kollabieren der spekulativ aufgebauten Vermögen, d. h. zu einer kollektiven Rückbesinnung auf den eigentlichen Zweck von Investitionen. Mit Lotka-Volterra Gleichungen wird zum Ausdruck gebracht, dass die tatsächlichen zyklischen Ausschläge der beiden Marktkräfte (Investition/Multiplikator; Spekulation/Multiplikatorerwartung) enorme Ausmaße annehmen können, die Spekulation kann dabei z. B. über längere Zeiträume als Seifenblase auf einem Strom der Unternehmungslust schweben, es kann jedoch ebenso die Unternehmungslust nur noch als Seifenblase auf dem Strudel der Spekulation ein Schattendasein führen.<sup>54</sup> Durch die Spekulation wird der zu überschaubare Erwartungshorizont verlängert, bzw. so weit möglich in die Zukunft projiziert. Im Extrempunkt der Spekulation entwickelt der Markt eine zerstörerische Eigendynamik, das Symbolon „Geld“ mutiert zu einem eine Krise auslösenden Diabolon. Das Umschlagen des Prozesses in eine allgemeine Liquiditätspräferenz kann in den beiden Gleichungen nicht mehr nachvollzogen werden; hier wäre eine dritte Gleichung notwendig, die erst bei bestimmten *Entwicklungsgeschwindigkeiten* der Spekulation einsetzt. Grundsätzlich ist dieser Informationsgewinnungsprozess hochgradig *effizient*, weil tatsächlich durch die Meta-Aktivität der Spekulanten der Basisprozess der Investition *endogen* unentwegt zusätzlich motiviert wird. Die Erwartungen der Unternehmen werden durch die Erwartungserwartungen der Spekulanten, in welche Richtung auch immer, zusätzlich kontrolliert. Eine sich aufblähende Spekulation kann als drohende Fehlentwicklung in den Unternehmensentscheidungen interpretiert werden, eine nahezu abgestorbene Spekulation deutet andererseits darauf hin, dass bei den Unternehmen in größerem Ausmaße Fehlinvestitionen drohen, weil die unmittelbare Zukunft der Investitionen nicht mehr durch die erwartete Zukunft der Spekulanten stabilisiert wird. Die beiden Prozesse können sich somit, dem realen Konjunkturverlauf entsprechend, wechselseitig stabilisieren bzw.

---

<sup>53</sup> GT S. 192: „Es wird nun deutlich, ..., dass es der Zinssatz jenes Vermögensgegenstandes ist, der bei einer allgemeinen Zunahme des Vorrats an Vermögensgegenständen am langsamsten fällt, der letzten Endes die gewinnbringende Erzeugung aller anderen Vermögensgegenstände unmöglich macht...“

<sup>54</sup> GT S. 135: „Aber die Lage wird ernst, wenn das Unternehmertum die Seifenblase auf dem Spiel der Spekulation wird.“

destabilisieren, je nachdem, in welcher Weise neue Nachrichten an der Börse eintreffen und in welcher Art und Weise diese in zeitlicher Hinsicht von den beiden Gruppen interpretiert werden.

Die quasi organische Umkehrung des Prozesses in eine weitere Wachstumswelle kann jedoch misslingen, sofern es den Unternehmern nicht gelingt, am unteren Wendepunkt neue, überzeugende Investitionen zu initiieren. In einem solchen Fall kann die Liquiditätspräferenz sich zu einer sich selbst erfüllenden Selbstreflexion verselbstständigen, d. h. es werden überwiegend wertstabile, d. h. kurzfristig nicht vermehrbare Vermögenswerte, wie z.B. Gold, alte Meister oder nominalwertgesicherte Staatsschuldtitle gehalten.<sup>55</sup> Die Spekulation benötigt somit für ihre Existenzgrundlage eine stabile Entwicklung der Investitionen und stabilisieren diese nochmals, indem sie jeweils in der folgenden Phase mit *relativ* hohen Nominalwerten, die sich in der jeweiligen Gewinnerwartung spiegeln, den Unternehmern eine zusätzliche Orientierung bieten. Die Investoren benötigen neue Informationen, deren Erzeugung eine kreative Pause verlangen, da die Trenderwartungen der Spekulanten sich offensichtlich als nicht zutreffend erwiesen haben. Die politische Stabilisierung dieses hocheffektiven, weil alle Akteure im Prinzip einbeziehenden Kommunikationsprozesses konnte in den drei Dekaden nach dem Zweiten Weltkrieg nahezu unproblematisch bewältigt werden, indem zum Einen über Umlagesysteme die unfreiwillig Arbeitslosen beider Sektoren mit Einkommen versorgt wurden und zum Anderen im Zeitpunkt des abrupten Einbruchs der Investitionsnachfrage die öffentliche Hand eigene, langlebige Investitionsprojekte zeitlich vorziehen, bzw. in Boomphasen entsprechend zeitlich strecken konnte. Einerseits wurden dabei bestehende Kapazitäten im I-Sektor besser ausgelastet, ohne andererseits im C-Sektor mit bestehenden Kapazitäten der Unternehmen zu konkurrieren, d. h. private Investitionen zu verdrängen. Die Finanzierung erfolgt naheliegend über Staatsanleihen, da deren Liquiditätseigenschaft am Vermögensmarkt im Zeitpunkt des Umschwunges sehr geschätzt wird. In der heutigen Zeit muss wegen des mittlerweile enormen Vermögensbestandes der Handel mit bestehendem Vermögen einer Umsatzsteuer (Tobin-Tax) unterzogen werden, um so die Beobachtung der Beobachtung, d. h. die den Investitionsprozess beobachtende und damit die sich *beschleunigende* Spekulation ihrerseits durch eine übergeordnete Politik zu entschleunigen. Indem mit steigender Handelsgeschwindigkeit immer größer werdende Anteile des rein spekulativen Handelsvolumens vom Fiskus abgeschöpft werden und z. B. unmittelbar in die Finanzierung von Grundlagenforschungen, sowie Wissenschaft und junger Kunst gelenkt werden, stabilisiert sich auf dem Fundament neu entstehenden Basiswissens der Investitionsprozess auf einer nochmals übergeordneten Ebene durch Informationen höherer Ordnung, z. B. durch generationenübergreifend relevantes neues Wissen. Das Niveau des Umsatzsteuertarifens variiert somit entsprechend er Umsatzänderungen *je Zeiteinheit*.

## 6 Die Stabilisierung strukturell ungleicher Qualitätsentwicklungen durch ausgleichende Produktsteuern

Während Theoretiker und Praktiker glauben, „endlich kapiert zu haben, wie eine Wirtschaft in konjunktureller Hinsicht stabilisiert werden kann“,<sup>56</sup> treten ab der Mitte der siebziger Jahre zunehmend strukturelle und generationenübergreifend zu erfassende Phänomene auf, die nur im Rahmen einer deutlich erweiterten allgemeinen Beschäftigungstheorie zu analysieren und politisch zu bewältigen sind. Das neu auftretende Problem einer sich in einer geschlossenen Volkswirtschaft aus dem struktu-

---

<sup>55</sup> GT S. 203: „Das die Welt nach verschiedenen Jahrtausenden beständigen Sparens der Individuen so arm an angehäuften Kapitalgütern ist, ist nach meiner Ansicht weder durch die geringe Vorsorgeneigung der Menschheit, sogar nicht einmal durch die Zerstörungen von Kriegen, sondern durch die hohen Liquiditätsprämien zu erklären, die früher dem Besitz von Land anhafteten und die jetzt an dem Besitz von Geld hängen.“

<sup>56</sup> So der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt in einer Bundestagsrede Mitte der siebziger Jahre.

rellen Wandel heraus ergebenden Arbeitslosigkeit wird nach Vorstellungen des „Mainstream“ durch den Lohn-Preis-Mechanismus, d. h. durch Substitutions- und Einkommenseffekt bewältigt. Die im Folgenden zu definierende strukturelle Arbeitslosigkeit ist aber auf der Grundlage der traditionellen Mikrotheorie analytisch im Grunde nicht fassbar. Bei den Ökonomen besteht wenig Interesse, diese Erscheinungsform der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit systematisch zu analysieren. In einer aktuellen Studie greift W. Nordhaus jedoch die von W. Baumol entwickelte Hypothese der „Kostenkrankheit im Bereich sozialer Dienstleistungen“ auf bestätigt in einer Langzeitstudie der USA die unterschiedliche Produktivitätsentwicklung sowie sich daraus ergebende Konsequenzen für Beschäftigung und Wachstum recht eindrucksvoll.<sup>57</sup> Da die *allgemeine* Theorie der Beschäftigung jedoch auf *Arbeitsstunden* und *Branchenstrukturen* sowie der Unterscheidung von Grad und Art der Arbeit aufbaut, ist mit nur einer zusätzlichen Hypothese auch die strukturelle Arbeitslosigkeit als eine *unfreiwillige*, d. h. nicht durch Lohn- und Preisbewegungen zu beseitigende zu analysieren. J. Fourastie hat zu Beginn der fünfziger Jahre auf Basis umfassender Quer- und Längsvergleiche bereits eine Theorie der strukturellen Verschiebung der Beschäftigtenstruktur zugunsten einer Zunahme von Dienstleistungen entwickelt.<sup>58</sup> Ursache der strukturellen Dynamik ist der durch sich in den verschiedenen Branchen *unterschiedlich schnell* entwickelnde technische Fortschritt, der zu einer sich unterschiedlich schnell entwickelnden Produktivität je Arbeitsstunde führt. Der Terminologie des vorgestellten Marktmodells folgend entwickelt sich zwischen den Branchen der *Grad* oder die physische Produktivität der Arbeit im Zeitverlauf systematisch ungleich. J. Fourastie gelingt es leider noch nicht, auf der soliden Grundlage einer auf *Arbeitsstunden* zurückgreifenden Branchenanalyse, diese mit einer auch die monetäre Seite mitberücksichtigenden Theorie zu erweitern und die von ihm selbst ins Auge gefassten Konsequenzen für die Finanz- und Steuerpolitik zu formulieren. Offenbar unterstellt er, dass die Tertiarisierung der Ökonomie ohne eine systematisch mitwirkende Steuerpolitik, d. h. ohne Fremdreferenz zu bewältigen ist.

Ab den frühen siebziger Jahren wird immer deutlicher, dass mit jedem Konjunkturzyklus die Arbeitsstundenproduktivität in den klassischen Industriesektoren überdurchschnittlich anwächst und die in diesen Branchen *unmittelbar* wirksame Beschäftigung bei tendenziell langsamer wachsender Absatzmenge nur zum Teil reduziert wird. Nach den Vorstellungen der Wirtschaftstheorie nehmen die Dienstleistungsbranchen diese Arbeitskräfte über den Einkommenseffekt der höheren Produktivität in der hochproduktiven Industrie, d. h. ohne die Fremdreferenz von Politik vollständig auf, um so insgesamt die Arbeitsteilung bei wachsendem Angebot an Dienstleistungen voranzutreiben. Es ergibt sich jedoch seit Mitte der siebziger Jahre, dass mit jedem Konjunkturzyklus die Arbeitslosigkeit weiter ansteigt, insbesondere weil der Dienstleistungsbereich die aufgrund der rasanten technologischen Entwicklung frei werdenden Beschäftigungsmengen der Industrie über den regulären Marktmechanismus nicht aufnimmt und andererseits eine gegenüber den Dienstleistungsbranchen erfolgende Verkürzung der Arbeitszeit – bei vollem Lohnausgleich - in der Industrie das Problem allein auch nicht zu lösen vermag. Vielmehr geht eine steigende Arbeitslosigkeit mit einem Auseinandertreiben der Einkommensverteilung einher. Wird die Beschäftigungsstruktur, wie in der GT vorgeschlagen, konsequent im Hinblick auf die für den *Endverbrauch* bestimmten Konsumgüter unterschieden, so ergibt sich zunächst, dass viele der in den produktionsnahen Dienstleistungen in den vergangenen Jahrzehnten entstandenen Beschäftigungsverhältnisse im Grunde genommen als direkte *Zulieferer* der klassischen Industrien zu zählen sind. Daraus ergibt sich zunächst eine deutlich weniger ausgeprägte Ver-

<sup>57</sup> W. Nordhaus (2008) S 9: „It finds that technologically stagnant sectors clearly have rising relative prices and declining relative real outputs. Additionally, technologically progressive sectors tend to have slower hours and employment growth outside the manufacturing. Finally, sectoral shifts have tended to lower overall productivity growth as the share of stagnant sectors has risen over the second half of the twentieth century.“

<sup>58</sup> J. Fourastie (1954)

schiebung der Beschäftigung in Richtung einer Tertiarisierung, als insbesondere von J. Fourastie zu Beginn der fünfziger Jahre vermutet wurde.

Innerhalb der Produktionslinien der klassischen, in hohem Maße mit der Verarbeitung von Material befassten Industriebranchen gibt es in den vergangenen Jahrzehnten tatsächlich zunächst wesentlich stärkere Umwälzungen der Beschäftigung *innerhalb* der hochproduktiven Branchen, als zwischen diesen und den angrenzenden, arbeitsintensiven. Die innerhalb der Industriebranchen vorhandenen, durchaus lohnkostenintensive Bereiche für Forschung und Entwicklung sowie für Marketing und Vertrieb werden im Hinblick auf eine *qualitative* Produktverbesserung personell erweitert, während in den Werkhallen die Materialtransformation zunehmend von Automaten und Robotern bewerkstelligt wird. Im Ergebnis erfahren die Produkte durch die zusätzliche Implementierung hochqualifizierter Arbeitsstunden eine enorme *Produktinnovation*, die sich jedoch wegen der überragenden, komplementären *Prozessinnovationen* in den Herstellungsbereichen nicht in steigenden Stückkosten niederschlägt. Die qualitativ hochwertigen Produkte kommen zu nahezu unveränderten Preisen auf den Markt. In der Mengenentwicklung eher stagnierende Industrieprodukte werden mit jedem Konjunkturzyklus qualitativ verbessert und gleichwohl zu einem nahezu unveränderten Preis, d. h. ohne einen entsprechenden Anstieg des Einkommens angeboten. Der sich mit jeder Maschinengeneration weiter ausbreitende technische Fortschritt wird also in hohem Maße innerhalb der Branche für zusätzliche Qualitätssteigerungen genutzt, die erst in den letzten Jahren nur halbherzig in der Einkommensmessung mittels einiger Hilfskonstruktionen berücksichtigt werden, da sie in den relativen Produktpreisen und damit in der Einkommensrechnung *nicht* unmittelbar in Erscheinung treten.

Nach der traditionellen Preistheorie führt die Erhöhung der Qualität (Nutzenstiftung) eines Industrieproduktes dazu, dass dieses - bei unveränderten Produktionskosten - relativ mehr nachgefragt wird. Die Beschäftigungsstruktur bleibt aufgrund der einseitigen Qualitätsverschiebung theoretisch unverändert, sofern die Entlohnung und der Preis bei den *komplementären* Dienstleistungen dieser Situation angepasst werden, indem z. B. bei gegebenem Brancheneinkommen der Anteil der Dienstleistungen steigt. Eine theoretisch denkbare, die Beschäftigung im Dienstleistungssektor fördernde relative Lohn- und Preissenkung verschärft die Disparitäten in der Einkommensentwicklung. Im Ergebnis können die in der Industrie Beschäftigten bei verringerter Arbeitszeit und nahezu gleichem Ausgabevolumen auf mehr Dienstleistungen zugreifen. Die hochproduktiven Exportindustrien verfolgen vor dem Hintergrund dieser für sie vorteilhaften binnenwirtschaftlichen Preisentwicklung zudem aus Rücksicht auf den *Erhalt* des Exportanteils und der dort vorhandenen, gutbezahlten Arbeitsplätze gegenüber den ausländischen Wettbewerbern eine moderate Lohnpolitik. Die Löhne in den hochproduktiven Branchen laufen systematisch dem tatsächlich realisierten Produktivitätszuwachs weit hinterher, sodass auch von dieser Seite kein zusätzliches Einkommen zur Stimulierung der *Einkommen* im Bereich der Dienstleistungen entsteht. Schließlich ist der Organisationsgrad der Arbeitnehmer in den Dienstleistungsbereichen nicht so ausgeprägt, sodass z. B. im Rahmen der Konjunkturerwicklung bei steigender Arbeitslosigkeit der Lohndruck dort überproportional wirksam und im Rahmen einer weiter auseinanderdriftenden Einkommensverteilung kaum noch zusätzliche Nachfrage geschaffen wird. In der folgenden Argumentation wird unterstellt, dass Einkommens- und Substitutionseffekt sehr wohl *innerhalb* einer Branche vergleichbarer Produkte voll zur Entfaltung kommen, dass aber die Reproduktion der Arbeitskraft auf einer objektiv gegebenen Struktur von *komplementären* Branchenangeboten zwingend angewiesen ist.

Der aus dem versagenden Preismechanismus heraus unterdrückte Strukturwandel, der gerade im hochindustrialisierten Deutschland sehr ausgeprägt zu beobachten ist, führt bei schwacher Finanzlage der öffentlichen Hand zu einer hartnäckigen Wachstumsschwäche. Die sich aus der sich verstärkenden Exportorientierung noch verschärfenden Disproportionalitäten im Außenhandel werden interessanter-

weise durch die Politik aktuell mit umfangreichen Finanzhilfen stabilisiert, während die binnenwirtschaftlichen Komplementärscheinung einer schwachen Entwicklung der Einkommen in den arbeitsintensiven Branchen kaum wahrgenommen wird. Die Selbstreferenz des Lohn-Preis-Mechanismus versagt somit bei der Bewältigung der strukturell bedingten Arbeitslosigkeit in mancherlei Hinsicht. Steigende Löhne und Preise für Dienstleistungen, insbesondere in Verbindung mit der Durchsetzung hoher Mindestlöhne, führen teilweise zum Abbau von offiziellen Arbeitsplätzen bzw. zu deren Verlagerung in inoffizielle Beschäftigungsverhältnisse. Faktisch verwenden die Konsumenten für eine Mehrnachfrage qualitativ hochwertiger Industrieprodukte kaum zusätzliches Einkommen, während die arbeitsintensiven Dienstleistungen sich relativ eher verteuern bzw. in der Qualität verschlechtern.

Das Dilemma einer ungleichen Entwicklung der auf Endprodukte zugeordneten Arbeitskosten wird durch die Steuerpolitik in mehrerer Hinsicht verschärft. Indem die Politik sowohl Rohstoffe als auch die Erträge hochproduktiver Arbeit nur rudimentär steuerlich belastet, wirkt die Steuer- und Sozialabgabenlast vor allem auf die unmittelbaren Arbeitskosten und damit auf den arbeitsintensiven Branchen. Hinzu kommt ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz, der die arbeitsintensiv hergestellten Endprodukte nochmals überproportional verteuert. Es ergeben sich aus den in hohem Maße auf die *unmittelbaren* Arbeitskosten konzentrierten Bemessungsgrundlagen der Besteuerung eine Fülle von zusätzlichen, offenen bzw. verdeckten Selbsthilfeaktionen, mit denen die fehlende politische Stabilisierung des Preisbildungsprozesses teilweise kompensiert wird. Diese sollen nur in Stichworten genannt werden: steuer- und abgabenbefreiter Sektor für Do-it-Yourself-Produkte; Nachbarschaftshilfe, Schwarzarbeit, Reparatur- und Renovierungsverzicht, Tauschringe, Bau- und Instandsetzungssubventionen und Verlagerung von produktionsnahen Dienstleistungen aus freien Unternehmen in die unbezahlte und damit von Abgaben und Steuern befreite Selbsterledigung, insbesondere seit der allgemeinen Einführung des Internets. Diese Ausweichreaktionen verletzen das von A. Smith als zentral erkanntes *Grundprinzip* einer in einheitlichen Märkten geordneten, *zunehmenden Arbeitsteilung*, um so den Wohlstand der Nationen durch eine zunehmende Spezialisierung der Arbeit im Rahmen einer einheitlichen Rechtsordnung zu vermehren. Die Spezialisierungsvorteile der Arbeitsteilung werden aufgrund der systematischen politischen Fehlsteuerung aufgegeben, da sie den ökonomischen Vorteil gegenüber einer Nachbarschaftshilfe oder einer einfachen Subsistenzwirtschaft nicht mehr aufzuwiegen vermögen. Der Trend ist insbesondere an der enorm zunehmenden Spreizung der relativen Geldlöhne zwischen den verschiedenen Branchen festzustellen; die aktuell geführte Debatte um einen Mindestlohn greift in diesem Zusammenhang viel zu kurz.

Diese negativen Kräfte im Hinblick auf eine notwendig weitergehende Differenzierung der bezahlten Beschäftigungsverhältnisse werden im öffentlichen Sektor von der Verschiebung der Steuerlast von den hochproduktiven Industrie- zu den arbeitsintensiven Dienstleistungsbranchen verschärft. Zunächst fallen dauerhaft die potenziellen Einkommen und öffentlichen Einnahmen der Arbeitslosen aus. Ferner sind die hochproduktiven Industrien über die nationalen Grenzen verteilt und können daher Gewinne innerhalb der Konzerne im globalen Wirtschaftsraum mit anderenorts entstehenden Verlusten verrechnen, zudem werden auf diese Weise die direkten Unternehmenssteuern an steuergünstige Orte verlagert. Der sogenannte Steuerwettbewerb der Nationalstaaten gegenüber global operierenden Unternehmen führt im Ergebnis dazu, dass die Steuerlast auf die unmittelbaren Arbeitskosten weiter erhöht wird. Bei rückläufigen direkten Unternehmenssteuern und einer kontraproduktiven Besteuerung der arbeitsintensiven Branchen nehmen die Einnahmen aus Steuern und Abgaben relativ ab. Im Ergebnis kann die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben auf dieser Bemessungsstruktur nur noch über zunehmende Budgetdefizite finanziert werden. Die Entscheidungskompetenz der Politik wird somit in den vergangenen dreißig Jahren schrittweise beschnitten, weil ein größer werdender Anteil der öffentlichen Ausgaben für den Zinsendienst verwendet werden muss. In den typischen, arbeitsintensiven Sektoren der Gesundheit, Bildung und Kultur werden entsprechend der sich verschlechternden Haus-

haltslage, insbesondere in den Bundesländern und Kommunen in den vergangenen Jahrzehnten regelmäßig weitere Einsparungen oder eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durchgesetzt. Quantität und Qualität der öffentlichen Dienstleistungen verschlechtern sich, während Industrieprodukte bei stabilen Preisen in der Qualität unentwegt verbessert werden. Die asymmetrische Produktivitätsentwicklung führt bei relativ sinkenden Steuereinnahmen schließlich dazu, dass die konjunkturelle Steuerung der effektiven Nachfrage sich zunehmend schwierig gestaltet. Fiskalpolitik wird wegen der knapper werdenden Haushaltsmittel in den neunziger Jahren zum Teil prozyklisch, d. h. nach Haushaltslage umgesetzt. Der Produktivitätsdrift gipfelt in den vergangenen Jahren in dem neuen Trend, dass eine boomende, exportorientierte Industrie zu enormen Auslandsvermögen und einer ausufernden staatlichen Rückversicherung der Handelsungleichgewichte beiträgt, andererseits jedoch im Bereich der arbeitsintensiven, insbesondere der sozialen Dienstleistungen im In- und Ausland zunehmend der „Rotstift“ angesetzt wird.

Das seit drei Jahrzehnten zunehmend beobachtbare Problem einer strukturell bedingt *unfreiwilligen* Arbeitslosigkeit kann auf der Steuerungsebene der Politik insbesondere durch eine strukturierende Produktsteuer vermindert werden, ferner sind eine Reform der Bemessungsgrundlage der öffentlichen Altersversorgung sowie weitere den Dienstleistungsbereich fördernde Maßnahmen notwendig, die im Schlussabschnitt skizziert werden.<sup>59</sup> Die von den Unternehmen an den Absatzmarkt ausgelieferten Produkte sollen im Rahmen einer produktivitätsorientierten Bemessungsgrundlage entsprechend der Quote von *Personalkosten zu Erlösen* einen branchenbezogenen Steueraufschlag erhalten, der von den Unternehmen als zusätzlicher Kostenfaktor am Markt durchzusetzen ist. Branchen mit hohen Personalkostenanteilen am Umsatz erhalten einen geringen, Branchen mit niedrigen entsprechend einen hohen Zuschlag. Statt eines einheitlichen Mehrwertsteuersatzes wird entsprechend eine Palette von z. B. zehn Steuersätzen für unterschiedliche Branchen erhoben. Die Spreizung der Steuersätze ist so zu konzipieren, dass bei sozialen Dienstleistungen kein Zuschlag erhoben wird, während gegenüber den aktuellen Sätzen in den hochproduktiven Branchen eine deutliche Anhebung, z. B. eine Verdoppelung erfolgt, damit der Fiskus an den enormen Qualitätssteigerungen dieser Produkte finanziell beteiligt wird, um so seine öffentlichen Aufgaben bei ausgeglichenem öffentlichen Budget zu bewältigen. Das Niveau des durchschnittlichen Steuersatzes muss so hoch angesetzt werden, dass im Prinzip sämtliche öffentlichen Leistungen, die sich nicht direkt auf Personen beziehen, durch diese Steuer und durch Gebühren, Abgaben und Umlagepauschalen zu finanzieren sind. Auf dieser tragfähigen, sich den Fakten regelmäßig anpassenden Bemessungsgrundlage kann dann auch die Finanzierung der konjunkturellen Stabilisierung wieder bewältigt werden.

Sofern Einfuhren jeweils denselben Branchenzuschlag erhalten, werden die heimischen Produkte diesen gegenüber strikt gleichbehandelt. Im Schlussabschnitt wird zudem bei den im Inland operierenden Unternehmen auf der Beschaffungsseite ein unterschiedlicher Öko-Zuschlag erhoben, der aufgrund der Systematik auch im Einfuhrzuschlag berücksichtigt wird. Der höchst destruktive „Wettbewerb“ im Bereich der Unternehmensbesteuerung zwischen unterschiedlichen Industrienationen wird unterbunden, sofern in diesem Zusammenhang auf eine Besteuerung einbehaltener Unternehmensgewinne (Innenfinanzierung) im Inland gänzlich verzichtet wird und die Unternehmen nur noch bei Überschreitung der Unternehmensgrenze auf der Basis der branchenbezogenen Produktzuschläge sowie durch Steuern auf Entnahmen für Löhne, Gewinne, Zinsen und Renten besteuert werden. Der innerhalb des Unternehmensorganismus erwirtschaftete und einbehaltene Gewinn ist in einer mittlerweile global organisierten Wirtschaft eine denkbar schlechte Bemessungsgrundlage für die Besteuerung dieser Institution. Einerseits ist nicht einzusehen, warum gerade erfolgreiche Unternehmen die Steuer-

---

<sup>59</sup> Ich möchte den Herren S. Bayer, H. Evers und M. Storck und weiteren Teilnehmern für die vielen anregenden Diskussionen danken, in denen die im folgenden ausgeführten Vorschläge zu einer großen Steuerreform ausführlich erörtert wurden. Ohne diese intensiven Gesprächsrunden wäre die Konzeption nicht möglich gewesen.

last tragen, obwohl sie doch auf dem Markt von den Verbrauchern die höchste Zustimmung erhalten. Andererseits verschieben insbesondere global vernetzte Unternehmen diese Steuern ohnehin über interne Verrechnungspreise nahezu beliebig in ein „Steuerparadies“ und setzen dadurch Wettbewerbsvorteile gegenüber regionalen Anbietern durch. Eine sich ergebende hohe Eigenkapitalquote ist als Haftungsmasse gegenüber Banken, Lieferanten und Kunden sowie als Grundlage für Lohnerhöhungen sowie Unternehmensbeteiligungen auch für die Arbeitnehmer von großem Vorteil. Die am Übergang des Unternehmens zum Warenmarkt erhobene, strukturierte Produktsteuer kann zudem von den vier Ebenen öffentlicher Körperschaften für die jeweiligen Aufgaben separat zugeschlagen werden, d. h. insbesondere, dass die Kommunen und Bundesländer ein eigenes, regionales Zuschlagsrecht erhalten und somit eine längst überfällige Finanzautonomie der öffentlichen Gebietskörperschaften umgesetzt wird. Mit einem solchen Steuerkonzept begeben diese sich mit den jeweiligen Nachbarregionen gegenüber den Bürgern (Wählern) und nicht mehr gegenüber den Unternehmen in einen produktiven, weil transparenten Steuerwettbewerb.

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass eine strukturierte Produkt- wie auch eine Mehrwertsteuer entgegen landläufiger Meinung für eine *Umverteilung* von Einkommen gänzlich ungeeignet ist. So werden z. B. durch subventionierte Steuersätze auf Grundnahrungsmittel die mittleren und höheren Einkommen gleichermaßen begünstigt, d. h. die unteren Einkommen erlangen keinen *relativen* Vorteil, da z. B. auch „Edelprodukte“ diesem Steuersatz unterliegen. Eine insbesondere in theoretischer Hinsicht enttäuschende Studie zur Strukturierung der Mehrwertsteuer, die von der EU-Kommission in Auftrag gegeben wurde, kommt immerhin auch zu dem Ergebnis, dass die unteren Einkommensschichten unvergleichlich effizienter durch *direkte* Zuwendungen als durch Subventionierungen des Mehrwertsteuersatzes der mittlerweile industriell hergestellten Agrarprodukte unterstützt werden.<sup>60</sup> Gezielte Einkommensumverteilungen zugunsten der unteren Einkommensklassen sollen in der vorliegenden Konzeption im Rahmen der Einkommenssteuer bewältigt werden. Dabei soll vor allem ein hoher Freibetrag dazu führen, dass die Grundbedürfnisse mit selbst verdientem Geld abgedeckt werden und die Krankenversicherung über eine negative Einkommenssteuer bis zur Höhe des Freibetrages finanziert wird.

## 7 Generationenübergreifende Stabilisierung der erweiterten Reproduktion

Seit Beginn der siebziger Jahre werden zwei weitere Phänomene beobachtet, die in einer zeitgemäßen *allgemeinen* Theorie der Beschäftigung zu berücksichtigen sind. In einer generationenübergreifenden Perspektive sind umfangreiche Potenziale zu bezahlender Arbeitsstunden im Rahmen einer marktwirtschaftlich organisierten Arbeitsteilung zu erschließen. Zum einen wird die industrielle Produktion im Hinblick auf den Ge- und Verbrauch der nicht erneuerbaren und der nachwachsenden Rohstoffe von der Politik im Wesentlichen mit planwirtschaftlichen und damit wenig die Kreativität der Produzenten und Konsumenten anregenden Methoden gelenkt. Zudem werden die die Umwelt belastenden Reststoffe der Produktionsprozesse mit den Instrumenten des Verwaltungsrechts zu bewältigen versucht. Zum Anderen weitet sich die Arbeitsteilung immer weiter in die ehemals als Subsistenzwirtschaft organisierten Bereiche, d. h. insbesondere in die bisher rein familiär organisierten Arbeitsteilungen aus. Insbesondere Kinder und Jugendliche der Unterschichten werden durch die zunehmende Berufstätigkeit der Frauen nicht ihren Neigungen und Fähigkeiten gemäß erzogen und ausgebildet, insbesondere weil die damit verbundenen, insbesondere von Frauen verrichteten, arbeitsintensiven Dienstleistungen von der Öffentlichkeit immer noch nicht mit den hochproduktiven, teilweise aber auch nur

---

<sup>60</sup> Copenhagen Economics (2007); Study on reduced VAT applied to goods and services in the Member States of the European Union, Final report 6503 DG TAXUD Thursday, 21 June 2007

gering entlohnten Beschäftigungsverhältnissen auf dem Markt gleichgestellt werden. Hinzu kommt, dass die Erziehung und Bildung höchsten Qualitätsansprüchen genügen muss und insofern gerade in diesem Bereich die Arbeitsteilung qualitativ weiter ausdifferenziert werden sollte. Die Folgen der mangelnden Fremdreferenz sind auch hier unerschlossene Beschäftigungsfelder, die ebenfalls erheblich zu einem nachhaltigen Wachstum beitragen. Eine zentrale Ursache für diesen Rückstau ist der Umstand, dass beide Bereiche von umfangreichen Bürokratien verwaltet werden, die aus Eigeninteresse eine Integration in eine angemessene Marktsteuerung behindern. Die Beschäftigungstheorie soll abschließend in dem Sinne erweitert werden, dass der Erwartungshorizont der in Zukunft lebenden Generation auch in den Entscheidungshorizont der heute entscheidenden Produzenten und Konsumenten integriert, d. h. aus der Obhut des Verwaltungsstaates in den Markt überführt werden. In diesen beiden Bereichen überbrückt die Politik von der denkbar höchsten Beobachterebene aus einen denkbar weiten Erwartungshorizont, indem für die Erziehung und Ausbildung der jungen Generation notwendiges Kapital dieser Generation für die Zeitspanne einer Generation als „Ausbildungskredit“ zur Verfügung gestellt wird. Andererseits soll den Unternehmen und Haushalte zu Beginn der Produktions- und Verbrauchsprozesse im Interesse einer schonenden Behandlung der Umwelt Kapital entzogen werden, welches der älteren Generation simultan als Grundrente zurückerstattet wird. Die Politik trägt im Rahmen der erweiterten Fremdreferenz dazu bei, dass mittels Geld bzw. Kapital die Gegenwart mit der Zukunft verbunden wird, damit auch diese Entscheidungen in der Gegenwart im Rahmen einer sich selbst steuernden Marktwirtschaft *systemrational* entschieden werden.

Seit drei Jahrzehnten steigt in Deutschland das Durchschnittsalter der Bevölkerung rapide an. Der sich aktuell erstmals abzeichnende Facharbeitermangel und die Forderung nach gezielter Zuwanderung sind ein Indiz für seit Jahrzehnten wirkende Fehlentwicklungen. Eine Studie der Bundesbank besagt, dass durch die von einer Vielzahl von unterschiedlichen Bürokratien gewährten Geldleistungen an die junge Generation insgesamt ca. hundertsechzig Milliarden Euro pro Jahr betragen, d. h. dass monatlich ungefähr neunhundertfünfzig Euro pro Kind und Jugendlichen zur Verfügung stehen. Das Einkommensteueraufkommen entspricht in etwa diesem Betrag. Das daraus abzuleitende Steuerungskonzept für die Politik folgt der Parmenidischen Entscheidungslogik, die durch größtmögliche *Entgegensetzungen* von Arbeitsstunden und Geldmengen mit einem möglichst geringen politischen Steuerungs- oder Umverteilungsaufwand eine größtmögliche Steuerungs- oder Umverteilungswirkung erzielen will. Wird das Aufkommen der Einkommenssteuer im Rahmen eines neuen, erweiterten Generationenvertrages als bundeseinheitliches, gleichhohes Grundeinkommen für die junge Generation ausgezahlt, so entfallen zum Einen große Anteile der aktuell erhobenen Verwaltungskosten, andererseits wird der denkbar größte Umverteilungseffekt erzeugt. Die Einnahmen werden unter Beachtung eines hohen Freibetrages im Rahmen eines progressiven Tarifes von den Gruppen mit einer relativ geringen Konsumquote zu der Gruppe mit der denkbar höchsten transferiert. Dabei werden bei einem gleichen Grundeinkommen die Kinder der Geringverdiener am meisten gefördert, während die besser verdienenden Erziehungsberechtigten nur relativ wenig Zusatzeinkommen für den Erziehungs- und Bildungsauftrag erhalten. Auf dieser Basis lässt sich ein neuer, überwiegend lokal organisierter Markt für Früh- und Vorschulerziehung sowie für Bildung und Ausbildung schaffen. Die Kinder werden entsprechend ihrer Fähigkeiten und Neigungen in dezentral organisierten Schulen bestmöglich erzogen, sofern die Erziehungsberechtigten, Lehrer und Berater ihre Interessen vor Ort, d. h. in den Schulen unmittelbar im Rahmen von zivilrechtlichen Verträgen regeln, während die Politik sich *im Interesse der Kinder und Jugendlichen* in eine Kontrollposition (Beobachten von Beobachten) zurückzieht und von dort korrigierend eingreifen kann.

Diese extreme Umlenkung eines Kapitalstromes ist an Prinzipien einer liberalen Wirtschaftspolitik orientiert. Einerseits wird das *Subsidiaritätsprinzip* gewahrt, d. h. das Geld wird unmittelbar an den den Kindern am Nächsten stehenden Personenkreis verteilt. Die Erziehungsberechtigten können dann

– unter Zuhilfenahme von Beratern - gemäß Art. 6 (2) GG im Interesse der anvertrauten Kinder eine Vielzahl von Wahlentscheidungen treffen und das gleichhohe Grundeinkommen – zu Beginn als zweckgebundener Bildungsscheck - nach individuellen Überlegungen, den Neigungen, Interessen und Bedürfnissen des Kindes entgegenkommend, auf einem sich neu etablierenden Erziehungs- und Bildungsmarkt verwenden, die Politik übernimmt ein Wächteramt. Diesem Subsidiaritätsprinzip steht das *Gleichbehandlungsprinzip* denkbar weit entgegen und ergänzt es somit sehr wirkungsvoll. Jedes Mitglied der jungen Generation erhält ein gleiches Grundeinkommen, wodurch zum Einen eine maximale Umverteilungswirkung und eine minimale politische Willkür möglich werden. Die beiden Grundelemente werden schließlich durch das *Transparenzprinzip* miteinander in Relation gebracht, der zufolge diese Umverteilungsmaßnahme von allen Bürgern leicht nachvollzogen werden kann. Da die Steuerpflichtigen exakt wissen, für welche Maßnahmen die Mittel verwendet werden, ergibt sich eine relativ hohe Zahlungsbereitschaft. Zudem können Besserverdienende in späteren Zeiten eine hohe Steuerzahlung u. a. darauf zurückführen, dass ihnen vor dem Berufsleben eine gute Erziehung und Bildung zuteilwurde. Die Umsteuerung des Geldstromes ist somit äußerst steuerungswirksam, weil in der Kombination der drei liberalen Prinzipien das Geld strengverschieden nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip der Wirtschaft entzogen und strenggleichartig an die Bedürftigen zurückdirigiert wird. Das Grundeinkommen soll insbesondere bundeseinheitlich erhoben werden, um so dem Art. 74 GG (2) folgend die Chancengleichheit in wirtschaftlich schwächeren Regionen zu fördern. Durch dieses Konzept werden eine Vielzahl neuer, bezahlter Beschäftigungsverhältnissen organisiert, die im Ergebnis entscheidend zu einer intensiven, weil marktwirtschaftlich organisierten Erziehung und Ausbildung beitragen, die zudem unter einer strikten Kontrolle durch das Kollektiv ergänzt wird. Die zusätzlich geschaffenen, mit Einkommen gekoppelten Beschäftigungsverhältnisse rühren daher, dass die Politik die Zukunft der Bürger der jetzt jungen Generation in sehr effizienter Weise in den Entscheidungsbereich der unmittelbar betroffenen Erziehungsberechtigten und der (Vor-)Schulen integriert. Die langfristigen Konsequenzen von Bildung und Erziehung werden somit in den kurzfristigen Entscheidungsbereich der Erziehungsberechtigten durch die Fremdreferenz der Politik integriert.

Diese generationenübergreifende Zeitdimension soll in der *allgemeinen* Beschäftigungstheorie entsprechend auch für die Nutzung der Rohstoffe und die Integration der Reststoffe berücksichtigt werden, da diese Horizonte nicht in den Erwartungen der Eigentümer (Rentiers) auftauchen. Der sich am Markt zwischen Unternehmen und Rentiers einstellende Rohstoffpreis berücksichtigt nicht die erweiterte Reproduktion der natürlichen Lebensgrundlagen. Wie schon bei der auf den anderen Märkten ausgeführten Preisbildung gilt es auch hier, die Selbstreferenz durch gezielte politische Steuerungsmaßnahmen im Sinne der Überbrückung einer verlängerten Zeitspanne mittels der Umlenkung von Kapital zu stabilisieren. Die Produktion der Rohstoffe erfolgte in Zeiträumen von Jahrzehntmillionen, der Verbrauch scheint in Zeiträumen von nur wenigen Jahrhunderten geplant zu sein. Häufig werden in diesem Zusammenhang höchst unpassende Analogien und fragwürdige Legitimationen für den Raubbau an Rohstoffen, dem Überfischen der Meere, massiven Eingriffen in das Klima oder der Vergiftung von Lebensräumen angeführt, um so von der unverantwortlichen Kurzsichtigkeit des Handelns abzulenken. Durch die enorme Beschleunigung der Verbrennung von Rohstoffen entstehen zudem Reststoffe, die in diesem Tempo von der Umwelt nicht systematisch aufgenommen werden. Es gilt, die Nutzungszeiträume der Ressourcen zu strecken und insgesamt ökonomisch mit den Stoffen umzugehen, um neben einem *sparsamen* Umgang mit den natürlichen Elementen auch die durch den Verbrauch entstehenden Umweltbelastungen zu reduzieren. Zudem lassen sich technisch manche Stoffe durch neue, intelligente Technologien absondern, um sie nicht unbedarft in die Umwelt zu senden. Damit die Unternehmen und Haushalte in einen kreativen Wettbewerb der Entdeckungsverfahren um die besten technischen Lösungen gebracht werden, werden im Rahmen einer umfassenden Ressourcensteuer der Ge- und Verbrauch sowie die Schadstoffbelastungen durch deutliche Steueraufschläge entschleunigt, indem die genannten Aspekte der Produktion durch einen allmählich einsetzenden, dann

aber nachhaltig spürbaren Steuerzuschlag in den Marktpreisen implementiert werden. Um insbesondere die Monopolrenten der Rentiers zu verringern, sollte der Ge- und Verbrauch der nicht vermehrbaren Ressourcen (Boden, Luft, Wasser) an den Landes- bzw. Unternehmensgrenzen steuerlich belastet werden, ebenso wären die von den Produktionsprozessen ausgehenden Emissionen, z. B. CO<sub>2</sub> steuerlich an den Unternehmensgrenzen zu belasten, um schrittweise zunehmend möglichst hohe Einnahmen zu erzielen. In einem möglichst europaweiten Wettbewerb der Ressourcenschonung werden die Unternehmen angehalten, sich nach intelligenten Verfahren zu erkunden, um so gegenüber den Konkurrenten eine *relative* Öko-Profitrate zu erwirtschaften. Ebenso erhalten die Verbraucher durch einen Preisvergleich die Möglichkeit, sich für die Produkte zu entscheiden, die in ökologischer Hinsicht wettbewerbsfähig sind. Indem die Umweltbelastung in den Marktpreisen implementiert wird, ist die heutige Steuerung durch „Anreizprogrammierungen“ einer übergeordneten Bürokratie obsolet. Diese kann sich nicht länger ein „Expertenwissen“ anmaßen, welches in Verordnungen und Verfügungen, gleichsam mit planwirtschaftlichen Instrumenten den Unternehmen übergestülpt wird und zu grandiosen Fehlplanungen, Verschwendung, Lobbyismus und Korruption geradezu einladen.

Die politische Ebene übernimmt vielmehr eine übergeordnete, beobachtende *Kontrollfunktion* und legt die verschiedenen Steuersätze nach den jeweils aktuellen Forschungsergebnissen neu fest, ohne sich in die Frage, welche Verfahren geeignet sind, den unerwünschten Missstand zu vermeiden, direkt einzumischen. Aus aktuellem Anlass ist in diesem Zusammenhang festzustellen, dass die Erzeugung von Energie durch Kernkraftwerke in einer Marktwirtschaft dadurch gekennzeichnet ist, dass auch diese Unternehmen im Prinzip für Schäden gegenüber Dritten im Rahmen des Unternehmenskapitals haften. Sofern die Risiken durch das vorhandene Kapital nicht selbst getragen werden, können diese an eine Haftpflichtversicherung übertragen werden. Die zu erwartenden Versicherungsprämien ist in diesem hypothetischen Fall so hoch, dass eine wirtschaftliche Stromerzeugung nicht mehr möglich wäre, zumindest nicht für die Vielzahl der Anlagen. Alternativ kann das Risiko auch vom Kollektiv übernommen werden, dann sollte dieses jedoch im Rahmen von kollektiven, d. h. in diesem Fall supranationalen bzw. kontinentalen Abstimmungsverfahren *regelmäßig* die Zustimmung neu erteilen.

Das Volumen der Ressourcensteuer sollte so umfangreich sein, dass durch diesen erheblichen Eingriff in die Preisstruktur auch ein möglichst umfangreicher Steuerungseffekt erzielt wird. Je länger der Rückfluss des eingesammelten Kapitals durch die Marktprozesse zurück zu den Unternehmen zu gestalten ist, desto intensiver ist die Spürbarkeit der Kosten und entsprechend hoch der Impuls zur Schöpfung neuen Wissens zur Steuervermeidung resp. Kostenreduktion. Allein aus diesem Grunde müssen die auf strengverschiedenen Bemessungsgrundlagen erzeugten Steuereinnahmen möglichst weit entfernt, d. h. mit einer möglichst großen „Hebelwirkung“ in den Marktkreislauf zurückgeführt werden. Die auf den Ge- und Verbrauch der natürlichen Ressourcen und die Abgabe von Reststoffen ausgelegten Steuereinnahmen werden in diesem Sinn am besten dazu verwendet, den Mitgliedern der älteren Generation eine einheitliche, gleichhohe Altersrente zu bescheren, um so die Altersversorgung auf eine solide Bemessungsgrundlage zu stellen und um insbesondere die heute beachtlichen, zutiefst beschäftigungsfeindlichen Sozialversicherungsbeiträge im Verlauf eines Jahrzehnts gänzlich abzuschaffen. Diese wirken insbesondere auf die bereits angesprochene strukturelle Arbeitslosigkeit in hohem Maße verschärfend, da die Einnahmen weitgehend von den arbeitsintensiven, im Inland wirkenden Beschäftigungsverhältnissen getragen werden. Das heutige, vom autoritären Bismarck-Staat eingeführte System führt zu der Paradoxie, dass z. B. eine in den unteren Lohngruppen beschäftigte Frau nach einem vollen Erwerbsleben kaum eine höhere Rente erreichen kann als eine Geschlechtsgenossin, die von einer Sozialrente leben muss, weil sie zeitlebens keine eigenen Beiträge eingezahlt hat. Eine über die Ressourcensteuer finanzierte Grundrente für alle Bürger, die während ihres Erwerbslebens ihren Lebensmittelpunkt im europäischen Erhebungsraum nachweisen, senkt insbesondere die Sparneigung der unteren Einkommensgruppen und fördert deren Konsumnachfrage während der Er-

werbsphase und im Alter. Insgesamt wirken sämtliche thematisierte Änderungen enorm stabilisierend auf die Verteilung des Einkommens und stimulierend auf die Investitionen. Da insbesondere die unteren Einkommensgruppen *relativ* stark von der Ressourcensteuer betroffen sind, wäre eine deutliche Anhebung der Freibeträge in der Lohnsteuer der Erwerbsbevölkerung notwendig, damit jede Erwerbsperson zunächst ein steuer- und abgabefreies Grundeinkommen am Markt erreicht, welches mit dem der jüngeren und der älteren Generation vergleichbar wäre. Das Steuermodell soll schließlich *aufkommensneutral* gestaltet werden und die aus individueller Rationalität sich ergebenden Preise durch die systematisch wirkende Fremdreferenz in systemrationale, d. h. die Märkte nachhaltig stabilisierende Preise überführen. Das zu diesen Preisen ausgewiesene Wachstum entspricht einem qualitativen oder ökosozialen Wachstum.

## 7 Zusammenfassung

Die vorgestellte, ganzheitliche Analyse einer durch Selbst- und Fremdreferenz sich steuernden Marktwirtschaft stellt eine *Synthese* zwischen der klassischen Produktions-, der neoklassischen Tausch- sowie der postkeynesianischen Makrotheorie dar. Sie ist klassisch, weil sie auf Arbeitswerte zurückgreift, d. h. die Wertschöpfung erfolgt eindeutig im Bereich der Unternehmenssphäre und in Verbindung mit *aktiven* Produzentenentscheidungen. Dabei wird das *Niveau* der Beschäftigung nicht auf dem Arbeits-, sondern auf dem Vermögensmarkt entschieden. Ferner wird das lebendige Spannungsverhältnis zwischen Produktion und Reproduktion zur treibenden Kraft der Entscheidungskoordination. Die Analyse ist aber auch neoklassisch, weil die Produzenten und Konsumenten für alle zu überblickenden Zeithorizonte in der unmittelbaren Gegenwart offene Wahlentscheidungen treffen, wenngleich diese durch die *Zeit* mittels Geld überbrückenden Institutionen unterstützt werden. Die Analyse ist schließlich postkeynesianisch, weil der Marktprozess *prinzipiell* ohne die politisch zu verantwortende Fremdreferenz nicht über die zu überbrückenden Zeiträume im Sinne einer ökosozialen Marktwirtschaft zu stabilisieren ist. Diese Synthese wird durch den Rückgriff auf die in der GT bereits skizzierte, fundamental unterschiedliche Werttheorie möglich, bei der Geld, Kredit und Kapital als selbst geschaffene Entscheidungsenergien die Gegenwart mit der Zukunft verbinden. Die aus liberalen Steuerungsprinzipien entwickelten fiskalischen Regulierungen führen dazu, dass die Politik im Bereich der Wirtschaft ihre Entscheidungskompetenz und damit im Interesse des Kollektivs ihre Kontrollfunktion zurückgewinnt.

- Bertalanffy, L. v. (1968) General System Theory: Foundations, Developments, Applications, überarb. Aufl. New York 1969
- Copenhagen Economics (2007); Study on reduced VAT applied to goods and services in the Member States of the European Union, Final report 6503 DG TAXUD Thursday, 21 June 2007
- Dieckmann, J. (2005); Einführung in die Systemtheorie München
- Ders.; (2006) Schlüsselbegriffe der Systemtheorie München
- Eucken, W.; Die Grundlagen der Nationalökonomie. Jena, 1939
- Fourastie, J. (1954) Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln
- Gigerenzer, G. (2007); Bauchentscheidungen – Die Intelligenz des Unbewussten und die Macht der Intuition; München
- Habermas (1995); Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt 1981, TB-Ausgabe Fischer 1995
- Heinsohn, G. und O. Steiger (2003); Eigentum, Zins und Geld – ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft; Neuauflage Metropolis Verlag Marburg
- Keynes, J. M.; The Collected Writings of John Maynard Keynes; Bd. 14 und 29
- Ders. (1983); Die Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes; dt. Ausgabe; Berlin; 10. verbesserte Auflage
- Luhmann, N. (1994); Die Wirtschaft der Gesellschaft; Frankfurt
- Meemken, H. (2009); Systemische Markttheorie – Eine Neuinterpretation der Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes; Marburg
- Nordhaus, W. (2008); Baumol's diseases: a macroeconomic perspective, The B. E. Journal of Macroeconomics (8) 1, Article 9
- Radermacher, F. J. (2002); Balance oder Zerstörung: Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung. Ökosoziales Forum Europa (ed.), Wien,
- Riese, H. (2003) Grundlegungen eines monetären Keynesianismus Band 1, Marburg
- Smith, A. (1978); Der Wohlstand der Nationen; München